

Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen
und Sozialisten
Deutschlands e.V.

4/18

Dezember 2018 · 71. Jahrgang
Einzelverkauf 7,- €

CHRISTIN
CHRIST UND
SOZIALISTIN
SOZIALIST
CuS

Traditionslinien für heutige Sozialethik und -politik

Die Phase CuS 1996–2003

Die Sozialdemokratie und Karl Marx

Die aktuellen Kriege und der globalisierte Kapitalismus

Kirche des gerechten Friedens

Seebrücke Herford

Gedenkansprache. Henny und Heiko Ploeger

Eine andere Demokratie

Und Friede auf Erden

Armut und soziale Ausgrenzung überwinden

Anarchismus und Gewaltfreiheit

Biblische Botschaft und ihre Korrelation

Buchtipp

Bundesnachrichten

KREUZ UND ROSE



IMPRESSUM

**CuS. Christin und Sozialistin/
Christ und Sozialist. Kreuz und Rose.**
Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands, erscheint seit 1948.

Herausgeber:

Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V., gegründet 1919/1926

Vorstand:

Gerhard Emil Fuchs-Kittowski, Jürgen Gorenflo, Andreas & Sabine Herr, Thomas Kegel

Redaktion:

Dr. Reinhard Gaede (v.i.S.d.P.)
Wiesestr. 65, D-32052 Herford
Tel. 0 52 21/34 25 56
cus@brsd.de, reinhard-gaede@gmx.de
Thomas Kegel, Hannover
Elmar Klink, Bremen

Redaktions-Beirat:

Friedrich-Wilhelm Bargheer, Blomberg
Volker Beckmann, Herford
Doris Gerlach, Herford
Wilfried Gaum, Barsinghausen
Jürgen Gorenflo, Norderstedt
Dietlinde Haug, Bad Oeynhausen
Dieter Hönerhoff, Bielefeld
Jens-Eberhard Jahn, Leipzig
Thomas Kegel, Hannover
Elmar Klink, Bremen
Helmut Pfaff, Frankfurt

CuS/BRSD im Internet:

www.BRSD.de

Webmaster:

Thomas Kegel, Hannover

Erscheinungsweise:

Vierteljährlich

Abonnements:

Andreas & Sabine Herr, Effnerstr. 26,
85049 Ingolstadt, brsd-sued@gmx.de

Preise:

Einzelheft: € 7,-, Jahresabonnement,
Inland: € 20,-, Welt: € 30,-, Förder-
abonnement € 25,- oder mehr.
Kündigungen werden zum Jahresende
wirksam. Bitte überweisen Sie den
Betrag jeweils zum Jahresbeginn an
den BRSD e.V., KD-Bank,
IBAN DE15 3506 0190 2119 4570 10,
BIC GENODED1DKD

Gestaltung & Layout:

Kreativ-Schmiede, Hamburg
www.kreativ-schmie.de

Druck:

satz- und druckprojekte TEXTART ver-
lag, Solingen, textart@t-online.de

ISSN 0945-828-X

Christ und Sozialist / Christin und Sozialistin

INHALT

Editorial	1
Reinhard Gaede	
Freude	2
Gottfried Orth	
Dankbarkeit	4
Reinhard Gaede	
Friedensethik und -politik. Traditionslinien	10
Marco Hofheinz/Jens Riechmann	
Zwischen Revolution und Kirchenkampf. Otto Piper ..	14
Elmar Klink	
Mut, Wagnis, Angst. Die Weiße Rose	24
Matthias Hui	
Gegen das bequeme Schweigen. Leonhard Ragaz	31
Reinhard Gaede	
CuS. Die Phase 1996–2003	34
Elmar Klink	
Die Sozialdemokratie und Karl Marx	43
Eva-Maria Schreiber	
„Was haben die aktuellen Kriege mit dem globalisierten Kapitalismus zu tun?“	48
Martin Schindehütte	
Ökumene. Theologische Fundierung und Impulse	54
Winfrid Eisenberg	
Seebrücke Herford	60
Dieter Begemann	
Gedenkansprache. Henny & Heiko Ploeger	62
Siegfried Wendt	
Leserbrief. Eine andere Demokratie	64
Barbara Rauchwarter	
Und Friede auf Erden	66
Friedrich W. Bargheer	
Armut und soziale Ausgrenzung	68
Wilfried Gaum	
Anarchismus und Gewaltfreiheit	71
Elmar Klink	
Biblische Botschaft und ihre Korrelation	73
<hr/>	
Buchtipps	
„Luther kurz & bündig“	76
<hr/>	
Bundesnachrichten	
Neue Vereinsnachrichten	77
Die Jahrestagung des BRSD in Kassel	78
Stimmen zur Jahrestagung	81
Der neue Vorstand des BRSD	82
Glückwünsche für Prof. Friedrich-Wilhelm Bargheer ..	84

Editorial

Dankbarkeit! Traditionslinien für die heutige Sozialethik und -politik ist der Schwerpunkt dieses Heftes. Gottfried Orth sieht Theologiegeschichte als eine Geschichte der Dankbarkeit für Versuche, „von Gott und Welt innerhalb konkreter ökonomischer, gesellschaftlicher, politischer, kultureller und kirchlicher Kontexte zu reden“ und stellt als seine Lehrer vor: Karl Barth, Dorothee Sölle, Helmut Gollwitzer, Dieter Stoodt, Ulrich Becker. „Lernen aus der Geschichte“ ist mein Anliegen, um Traditionslinien der Friedensethik wieder zu finden und Linien für eine Friedenspolitik vorzuschreiben. Marco Hofheinz und Jens Riechmann erinnern an den weithin vergessenen Theologen Otto Piper und seinen Weg zwischen Revolution und Kirchenkampf. Elmar Klink gedenkt des Widerstands der „Weißen Rose“ gegen das NS-Regime vor 75 Jahren. Heute noch stehen die Namen von Hans und Sophie Scholl und der Studenten im Widerstand für Mut und Kampf gegen das Unrecht. Mathias Hui würdigt den Gründervater des Religiösen Sozialismus Leonhard Ragaz, geboren vor 150 Jahren. Seine Botschaft vom Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit für die Erde hinterlässt uns als Vermächtnis: „Eine andere, eine bessere Welt ist möglich, wenn Menschen da sind, die den Verheißungen des Reiches Gottes im Diesseits den Weg bereiten.“ In der Reihe „Themen und Aktionsfelder der Religiösen Sozialisten“ ist in 7. Folge jetzt von der Nachkriegszeit die Rede. Ulrich Peter hat diese weithin unbekannte Zeit dargestellt. Gelbe Hefte aus dieser Zeit sind in unserm Archiv bei uns noch erhalten. –

Natürlich erinnern auch wir an den 200. Geburtstag von Karl Marx und damit an das unverzichtbare Recht der ökonomischen Betrachtung der Wirklichkeit. Elmar Klinks Artikel schließt die Geschichte der SPD ein und prüft, was von ihrer „ursprünglich marxistischen Grundlage“ zur Garantie für eine moderne Politik der Gerechtigkeit und des Friedens geblieben ist.

„Eintreten für einen Gerechten Frieden“ ist das Lebensthema von Martin Schindehütte. Sein Beitrag wurde auf der Jahrestagung des BRSD vorgetragen. Der vorliegende 2. Teil enthält eine Theologische Fundierung und auch Impulse aus der ökumenischen Bewegung.

Eva Maria Schreibers Vortrag auf der Jahrestagung sah Krieg und Kapitalismus in engem Zusammenhang: „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.“ (Jean Jaurès) „Je verheerender die Zerstörung, desto mehr können Unternehmen anschließend am Wiederaufbau verdienen“, stellte die Referentin fest und gab einen Kommentar mit vielen aktuellen Beispielen zum Satz des Münchener Philosophen und eme-



Redaktionsbeirat am 06.10.2018; v.l.u: Doris Gerlach, Dietlinde Haug, Elmar Klink, Wilfried Gaum; v.l.o.: Volker Beckmann, Jürgen Gorenflo, Reinhard Gaede, Thomas Kegel

ritierten Professors Elmar Treptow: „Unter den Voraussetzungen des Kapitalismus herrscht permanente Friedlosigkeit.“ –

Bei einer Demonstration in Herford klagt Winfrid Eisenberg das Recht der See-Notrettung ein und verurteilt die Kriminalisierung der Retter. Siegfried Wendt trägt in einem Leserbrief Gedanken zu einer anderen Demokratie vor. Wer gelangt auf den Wahlzettel? – Dieter Begemanns Gedenk-Ansprache für das Ehepaar Plöger, Opfer der NS-Justiz warnt gleichzeitig vor Gefahren durch das Erstarken der Gegner der Demokratie. Barbara Rauchwarters poetischer Text „Und Friede auf Erden“ verweist auf den Anspruch und die Hoffnung des Datums Weihnachten.

In den Bundesnachrichten berichten wir über die Jahrestagung in Kassel, und der neu gewählte Vorstand des BRSD stellt sich vor. Friedrich – Wilhelm Bargheer gratulieren wir zum 80. Geburtstag.

Noch ein persönliches Wort des „Schriftleiters“, wie er in unserer Tradition bisher hieß. Von 1976-1996 war ich Mitglied der Redaktion von CuS; 2 Jahre zuletzt, und wieder verantwortlich als Schriftleiter 2005-2018. Nun ist es Zeit, Aufgaben Jüngeren zu überlassen. Statt eines Rückblicks steht hier die Besinnung „Freude“. Im nächsten Jahr werden Redaktion und Beirat neu gebildet. Den Freunden wünsche ich Gottes Segen.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich ein frohes gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr unter der Jahreslosung „Suche Frieden und jage ihm nach.“ Ps. 34,15

Reinhard Gaede

Euer/Ihr Reinhard Gaede

Freude

Von Reinhard Gaede

Psalm 73, 28: „Das ist meine Freude, dass ich mich an Gott halte und meine Zuversicht setze auf Gott, den Herrn, dass ich verkündige all dein Tun.“

Eine Geschichte aus dem alten China erzählt von einer Familie, die wegen ihres glücklichen Zusammenlebens bekannt war. Nur die heiratsfähigen Töchter hatten die Familie verlassen, aber nur, um wieder glückliche Familien zu gründen. Der Kaiser wollte dann das Geheimnis der seltenen Harmonie ergründen. Da ergriff der Großvater der Familie lächelnd Pinsel und Tuschel, brachte Schriftzeichen zu Papier, verschloss die Rolle und übergab sie den Boten des Kaisers. Als der das mit Spannung er-

wartete Schriftstück bekam und entrollte, fand er keine andere Kunde als das hundertmal wiederholte Schriftzeichen für Liebe.

Freude am Hochzeitstag spiegelt das Glück, dass sich zwei Menschen gefunden haben, die ihren Lebensweg zusammen gehen wollen. Freude am Tag der Geburt eines Kindes spiegelt das Glück der neu entstandenen Familie, die ihren Weg gemeinsam gehen will. Und der Grund der Freude ist die Liebe. Ihr Geheimnis ist, dass sie andere glücklich machen will und dabei selbst reich beschenkt wird.

„Willst Du glücklich sein im Leben, / trage bei zu anderer Glück, / denn die Freude, die wir geben, / kehrt ins eigene Herz zurück“, sagt Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832).

Die Bibel enthält eine Fülle von Mah-

nungen zur Freude. Und wenn Freude fehlt, sieht sie das als eine Folge der Trennung von Gott, und wie der Psalm sieht sie die Freude selbst als Folge der Vereinigung mit Gott. Dabei besitzt man die Freude ja nicht einfach. Sie ist etwas Kostbares.

Zunächst ist die Freude da als Lebensfreude.

„Glück ist jeder neue Morgen, / Glück ist bunte Blumenpracht, / Glück sind Tage ohne Sorgen, / Glück ist, wenn man fröhlich lacht. Glück ist Wärme, wenn es kalt ist, / Glück ist weißer Meeresstrand, / Glück ist Ruhe, die im Wald ist, / Glück ist eines Freundes Hand.

Glück ist niemals ortsgebunden, / Glück kennt keine Jahreszeit, / Glück hat immer den gefunden, / der sich seines Lebens freut.“

Clemens von Brentano werden diese Verse zugeschrieben. Momente der Freude nennen wir Glück.

Der Theologe Paul Tillich hat in seinen „Religiösen Reden viel über Freude nachgedacht. (Paul Tillich: Das Neue Sein. Religiöse Reden II, Stuttgart 1959, 3. Aufl., S. 135-143)

Sein Ergebnis ist: Die Freude am Leben eint uns mit Gott, dem Schöpfer.

„Alle guten Gaben, / alles, was wir haben, / kommt o Gott von dir, / Dank sei dir dafür“

sagt ja mit Recht das alte Tischgebet. In der Freude am Leben sagen wir „Ja“ zu uns selbst und zu unserer Welt mit ihren schönen Seiten, wie sie von dem Schöpfer gemeint ist. Gott ist ja der schöpferische Grund allen Leben, und seine Gabe ist die Lebensfreude. Freude am Leben und Freude an Gott im Lob und Dank für seine guten Gaben gehört zusammen.

In der Freude wenden wir uns mit Hingabe bestimmten Tätigkeiten zu. Der Schöpfer hat den Menschen begabt, schöpferisch zu sein in der Arbeit. Mit Freude sehen Menschen ihr Werk wachsen. Sinnvolle Tätigkeiten, die dem Leben dienen, machen

Freude. Anders als bei Verwüstung der Natur oder Zerstörung und Töten im Krieg. Da ist Buße im biblischen Sinn von Umkehr und Umdenken angesagt. Freude vermittelt Erkenntnis der Wahrheit und Erlebnis von Schönheit. Kann auch Gebrauch von Macht Freude vermitteln? Ja, aber nur wenn sie im Dienst des Lebens und der Erhaltung von Leben steht. Beziehungen zu Menschen vermitteln Freude, wenn sie das Wohlergehen der Menschen meinen. In der Freude erfüllt sich unser Leben in Einheit mit Gott, dem Schöpfer, in Einheit mit Christus, der Menschen die selbstlose Liebe lehrt und Liebe als Gabe schenkt. So ist Freude etwas anders als solche Vergnügungen, die nur eine innere Leere überdecken wollen.

Ein Teil der Lebensfreude ist Lust. Lustvoll genießen wir Speisen und Getränke. Das gehört zu unserer Lebensfreude. Lustvoll betrachten wir Kunstwerke. Das gehört zur Lebensfreude. Auch die menschliche Sexualität, die mit Lust erfüllt, gehört zu Lebensfreude. Aber nur, wenn sie mit Liebe zum geliebten Menschen vereint ist. Lust, die zugleich Freude ist, ist gut. Lust, die Freude ausschließt, ist schlecht. Lebensfreude soll sich entfalten dürfen. Wird sie unterdrückt und verhindert, entsteht oft Hass mit zerstörerischen Wirkungen. Wir erschrecken über Hassausbrüche und Terrorismus von Menschen, die keine Lebensfreude mehr haben. Und mit Trauer darüber denken wir: als Kinder hatten sie noch Lebensfreude.

Die Freude am Leben eint uns mit Gott, dem Schöpfer.

Aber wie ist es mit dem Leid, das ja auch Teil unseres Lebens ist? Wir spüren es in der Krankheit. Wenn wir älter werden, erleiden wir öfter Krankheiten. Trauer über den Verlust geliebter Menschen erleiden wir. Schwermut, Depression, kann uns befallen.

In solchen Situationen soll uns Gottes

Geist wieder erinnern an die Worte Christi. In der Bergpredigt nennt er die Armen, die Leid Tragenden, die nach Gerechtigkeit Hungernden und Dürstenden, die Verfolgten selig und sagt ihnen: „Seid fröhlich und getrost!“ (Matth. 5, 3-12)

Paul Tillich kommentiert: „Seligkeit ist das Element des Ewigen in der Freude, das, was es der Freude ermöglicht, Leid in sich aufzunehmen... Seligkeit ist der Ausdruck für ewige Erfüllung, die Gott gibt.“

Hier weitet sich das Wort unseres Psalmen zum Neuen Testament, das Gott in Christus gesetzt hat. „Diese Freude, die in sich selbst die Tiefe der Seligkeit hat, wird in der Bibel gefordert und verheißen. Sie umschließt ihr Gegenteil, das Leid. In ihr gründen Glück und Lust. Sie ist gegenwärtig auf jeder Stufe des menschlichen Strebens nach Erfüllung. Sie heiligt und lenkt es. Sie macht es nicht geringer und schwächer. Sie hebt das Wagnis und die Gefahren der Lebensfreude nicht auf. Sie macht die Lebensfreude erst möglich in Lust und Schmerz, in Glück und Unglück in Ekstase und Leid. Wo Freude ist, da ist Erfüllung. Und wo Erfüllung ist, da ist Freude. Erfüllung und Freude sind das innerste Ziel des Lebens, der Sinn der Schöpfung und der Erlösung.“ (Paul Tillich)

„Die Erfahrung lehrt uns, dass die Liebe nicht darin besteht, dass man einander ansieht, sondern, dass man in die gleiche Rich-

tung blickt“, hat der Pilot und Dichter Antoine de Saint-Exupéry (1900–1944) gesagt. Gemeinsame Erfahrungen werden die gemeinsame Blickrichtung bestimmen: Die Anteilnahme am Leben der Kinder, Enkelkinder Verwandten, Freundinnen, Freunden, Nachbarinnen und Nachbarn, die Verbundenheit mit der Gemeinde, Freude an der Musik und Freude am Garten.

Manches müssen wir im Alter loslassen, den Jüngeren überlassen.

Ein übersteigertes Kraftgefühl verliert sich. Wir fragen: Was ist geblieben? Was ist gewonnen. Eine alte Musikerin hat einmal auf Glückwünsche zu ihrem 80. Geburtstag so geantwortet:

*„Ich werde mehr und mehr so geführt,
dass die Kraft, die Hilfe bescheiden wird.*

*Aber zweierlei ist mir noch geblieben:
Ich kann noch danken und kann noch lieben.“*

Danken und lieben ist Lebensäußerung und Lebenskraft, die entsteht, wenn Gott in seiner Fürsorge uns trägt. Es bleibt das Staunen und Lächeln über die Schönheiten der Schöpfung und die verständnisvolle und geduldige Teilnahme am Leben anderer.

Danken und Lieben – Bei wem die Fröhlichkeit eines Christenmenschen noch sichtbar wird, durch den entsteht auch ein Mut machendes Zeichen für andere. Unsere Zuversicht gründet sich in der Erfahrung der ewigen Treue Gottes, die das Geheimnis unseres Lebens ist.

Teil I

Dankbarkeit – dem Chaos standhalten, ohne verrückt zu werden

Von Gottfried Orth

Beginn

Manès Sperber, der jüdische Sozialpsycho-

loge, Philosoph und Schriftsteller aus Galizien, erzählt in seinen autobiographischen Erinnerungen „Die Wasserträger Gottes“¹ von einem Freund namens Berele, den er nie vergessen werde: Berele habe ihn gelehrt, auf

Händen zu gehen und auf dem Kopf zu stehen. Wie kam es dazu? Die jüdischen Kinder seiner Heimatstadt, so erzählt es Manès Sperber, nannten dies messianische Gymnastik, weil sie davon überzeugt waren: Wenn der Messias kommt, dann stellt er die Welt auf den Kopf! Dann wäre es wichtig, gut darauf vorbereitet zu sein! Für Ungeübte wäre dieser plötzliche Perspektivwechsel, wenn die Welt auf den Kopf gestellt wird, ein großes Problem, daher gilt es, den Kopfstand früh genug einzuüben.

Mir gefällt diese Geschichte: Wenn der Messias kommt, dann stellt er die Welt auf den Kopf, d.h. für mich wir sollen mit der messianischen Gymnastik früh genug lernen, die Welt aus einer anderen Perspektive zu sehen – und dann so zu leben, „als ob“² es gelingt.³

I
Meine theologischen Lehrer und die eine theologische Lehrerin waren alle Christenmenschen, die evangelische Theologie auf die Füße stellten und so versuchten, die Welt auf den Kopf zu stellen. Ich bin diesen fünf und vielen anderen, die ich hier nicht namentlich nenne, insbesondere – und die seien genannt – meinen Studentinnen und Studenten dankbar.

Theologiegeschichte ist auch eine Geschichte der Dankbarkeit für immer neue Versuche, von Gott und Welt innerhalb konkreter ökonomischer, gesellschaftlicher, politischer, kultureller und kirchlicher Kontexte zu reden und Menschen zum Glauben einzuladen. Deshalb zuerst ein wenig Theologiegeschichte des 20. Jahrhunderts – anhand der Menschen, von denen ich am meisten gelernt habe.

Da gab es die beiden erlesenen Lehrer und Lehrerin Karl Barth und Dorothee Sölle, die mehr gemeinsam haben, als man gemeinhin annimmt.

Eine Zeitungsanzeige im Sommer 1914. Der deutsche Kaiser befiehlt deutschen Soldaten einen Krieg zu beginnen. *Karl Barth*, damals Pfarrer in einer schweizerischen Arbeiter-Gemeinde, liest die Huldigungsadresse deutscher Intellektueller an den deutschen Kaiser. Barth erinnert sich: „Mir persönlich hat sich ein Tag am Anfang des Augusts jenes Jahres als der dies ater (schwarzer Tag) eingepägt, an dem 93 deutsche Intellektuelle mit einem Bekenntnis zur Kriegspolitik Kaiser Wilhelms II. und seiner Ratgeber an die Öffentlichkeit traten, unter denen ich zu meinem Entsetzen auch die Namen so ziemlich aller meiner bis dahin gläubig verehrten theologischen Lehrer wahrnehmen musste. Irre geworden an ihrem Ethos, bemerkte ich, ... dass die Theologie des 19. Jahrhunderts jedenfalls für mich keine Zukunft mehr hatte.“⁴ Barth ist entsetzt über die unlösliche Verquickung christlicher und politischer Optionen im deutschen Kaiserreich, über den selbstverständlichen Zusammenhang christlicher Kirche und deutscher Kultur, über den offensichtlichen Verlust kritischer theologischer Reflexion der liberalen Theologie seiner Lehrer in dieser vom Chaos des beginnenden Weltkrieges geprägten Zeit. Und dann stellt er sein Leben lang die Theologie vom Kopf auf die Füße und denkt dem Gott nach, der ganz anders unter den Menschen lebt als auf dem Koppelschloss deutscher Soldaten „Gott mit uns“ oder dem Dollarschein – „In God we trust“, nämlich als ein Gott, dessen Menschlichkeit⁵ in Jesus, dem gewaltfreien Christus aus Nazareth, zur Welt kam, in der Tradition des Gründungsmythos Israels: der Befreiung aus ägyptischer Sklaverei. Und Barths Nachdenken über den ganz anderen Gott, der eine ganz andere Gesellschaft will, führt ihn dann 1946 (!) zu der Maxime: „Nachdem Gott Mensch geworden ist, ist der Mensch

das Maß aller Dinge“⁶ – „nicht das anonyme Kapital oder der Staat als solcher oder die Ehre der Nation oder der zivilisatorische oder auch kulturelle Fortschritt oder auch die so oder so konzipierte Idee einer historischen Entwicklung der Menschheit. ... Nachdem Gott Mensch geworden ist, ist der Mensch das Maß aller Dinge.“⁷

Dorothee Sölle war eine messianische Gymnastikerin von Anfang an. Auch Sie arbeitete sich ab an den überkommenen Gottesreden⁸ und wurde zu einer kritischen Liebhaberin der Bibel. Sie schreibt in dem bedeutenden Aufsatz „Wozu wir die Bibel brauchen“: „Die eigentliche Botschaft des Evangeliums ... ist nämlich nicht: Ihr seid kleine Kinder und müsst warten, ob Papa oder Mama das machen, sondern die Botschaft ist: Ihr sollt sein wie Jesus. Das hat Jesus gesagt: Ihr könnt auch Wunder tun. Er sagt ausdrücklich zu den Jüngern: Geht, heilt die Kranken, erweckt die Toten, macht die Lahmen gehend. Die Wunder sind nicht dazu erzählt, dass wir den Wundertäter Jesus anglotzen, sondern dazu, dass wir sie tun. An die Wunder wirklich glauben heißt, an die Macht Gottes so zu glauben, dass wir ein Teil dieser Macht werden und diese Wunder tun. Das ist das Wunder der Liebe. Nur wer an die Liebe glaubt und Anteil hat an dieser Macht Gottes, ist in der Lage, das Wunder zu sehen, das vor unseren Augen geschieht.“⁹ Um Empowerment geht es da, um Ermächtigung, wenn wir Gott erfahren, um Ermächtigung, die Wirklichkeit anders zu sehen, mit anderen Augen das Chaos anzuschauen und ihm in subversiver Liebe entgegenzustehen, es subversiv zu unterlaufen in der Nachfolge dessen, der – wie Sölle einmal Auferstehung frech übersetzte – seit 2000 Jahren nicht totzukriegen ist.¹⁰

Und es gab die Lehrer, denen ich begegnet bin und mit denen ich lernen durfte: Hel-

mut Gollwitzer, Dieter Stoodt und Ulrich Becker.

Ich nenne als ersten *Helmut Gollwitzer*, den Schüler Karl Barths und den gesprächsbereiten solidarischen Kritiker Dorothee Sölles. Er hat gültig zusammengebracht, was heute erst wieder zu entdecken ist, z. B. bei Papst Franziskus, einem messianischen Gymnastiker besonderer Art, dass theologisches Denken und marxistische Analyse zusammengehören. In seinem 1983 veröffentlichten Aufsatz „Dank an Karl Marx“¹¹ hält Gollwitzer, der von Marx gelernt hatte, dass das Überleben in eine menschenwürdige Zukunft hinein von der Überwindung des Kapitalismus abhängt, fest: „Die Instrumentalisierung des Marxismus zu einer konsequent innerweltlichen Methode zur Analyse von Weltlichem ... ist eine Reinigung des Marxismus zu dem, was er eigentlich sein will und sein kann, zu einer kritischen Theorie der bürgerlichen Gesellschaft in Absicht ihrer Überwindung.“ Es geht um „die Befreiung der Menschen zur Menschlichkeit, d.h. zur Entfaltung ihrer positiven, ihrer als Menschen eigenen Möglichkeiten.“¹² Auf dieses „Abenteuer des bürgerlichen Bewusstseins“¹³ hat sich Gollwitzer, wie wir ihn seinerzeit nannten, mit Haut und Haaren eingelassen – theoretisch theologisch und politisch praktisch. Und er hat in der Friedens- oder Solidaritätsbewegung, im innenpolitischen Streit mit den Verfassungsfeinden über uns wie in der ökumenischen Bewegung der reichen Männer und der armen Lazarusse¹⁴ zu leben versucht, was er lehrte, dass besondere Leistungen nicht Anspruch auf Vorteile, sondern Anlass zu besonderem Dank, dass Privilegien Dienstgelegenheiten sind¹⁵. „Gollwitzer“ war in Berlin und weit darüber hinaus jahrzehntelang ein Synonym für Menschlichkeit, Solidarität, Bescheidenheit und persönlichen Einsatz. Als er 1981 auf dem

Höhepunkt der Berliner Hausbesetzerbewegung mit einer Matratze auf der Schulte in ein besetztes Haus ging, um dieses durch seine Anwesenheit vor der polizeilichen Räumung zu schützen, ging dieses Bild durch die Presse und ein Raunen durch Berlins autonome Gruppen. Sie betrachteten ihn fast als einen der ihren.¹⁶

Die Befreiung der Menschen zu selbstbestimmtem Denken und Handeln in Kirche, Schule und Gesellschaft anzubahnen, war das eine, was ich von *Dieter Stoodt* gelernt habe. Dazu rekonstruierte er entgegen seiner theologischen Herkunft und deren Lehrer einen lebensstauglichen Religionsbegriff im Interesse von „Seelsorge und Aufklärung“ in der Volkskirche. „Unter Volkskirchlichkeit“, so schreibt er einmal, „verstand ich zunehmend die Anerkennung der Freiheit zu alternativer Teilnahme an der Kirche im Vergleich zu der engen Kirchlichkeit und Normativität, wie sie in großen Teilen sog. – landeskirchlicher, v.m. – Lebensordnungen vorgeschrieben war. Das war selbstverständlich auch politisch gemeint.“ ... Und weiter: „Ich begreife die Volkskirche als eine Kirche für Protestanten, die Wert auf Selbstbestimmung legen und das Recht auf Dissens gegenüber denen, die in der Kirche das Sagen haben, in Anspruch nehmen und auch begründen können.“¹⁷ Um das zu erlernen, braucht es u.a. einen Religionsunterricht in der Schule und einen Konfirmandenunterricht in der Kirche, der sich als Sozialisationsbegleitung hin zu einem emanzipierten Ich¹⁸ versteht. Und auch das war bei Dieter Stoodt „selbstverständlich politisch gemeint“, denn er hatte von Georges Casalis gelernt, „dass alles politisch ist, aber die Politik nicht alles“¹⁷. Das, was mich vielleicht am meisten prägte in meiner Tätigkeit als Gemeindepfarrer, Erwachsenenbildner und die letzten 26 Jahre als Hochschullehrer war das, was Dieter „als

das für den Pfarrer Wichtigste“²⁰ erschien: die seelsorgliche Begleitung der Menschen.

Und als letzten meiner Lehrer, mit dem und seiner lieben Frau Inge ich noch immer lernen darf, nenne ich *Ulrich Becker*, der heute bald 88jährig hier ist. Lieber Ulrich, sei herzlich bedankt, dass du hierher nach Braunschweig gekommen bist. Auch du hast die messianische Gymnastik eingeübt, wie es werden wird, wenn der Messias kommt und die Welt auf den Kopf stellt, weil er die Kinder zu sich kommen lässt. Du lehrtest uns viel mehr, vor allem aber will ich zwei Perspektivenwechsel nennen. Der eine Perspektivenwechsel: die Welt und uns selbst mit den Augen der an den Rand des bewohnten Erdkreises Gedrängten wahrzunehmen²¹. Ökumenisches Lernen und Lehren, das war und ist dir wichtig, kann nur von dieser Parteilichkeit aus auf Verständigung zielen.²² Und – so zitierst du zustimmend Harry Noormann – „erst in der Gegenwart der ‚anderen‘, in gemeinsamer Aktion und Reflexion mit ‚anderen‘ Christen, mit Menschen anderer Religionen und Menschen mit säkularen Lebensentwürfen, werden wir mit unseren eigenen Begrenzungen und den Chancen unserer eigenen Herkunft und Prägung so leben lernen, dass sie andere bereichern.“²³ Und der zweite Perspektivenwechsel: Gott und sein Heil sind nur dort, wo auch Kinder sein können. Du wolltest angesichts eines „unvorstellbaren Kinder-Elends auf unserem Globus und einer Kinder-Entfremdung ungeahnten Ausmaßes“, so hast du es beschrieben, dazu anregen, dass die Kirchen zu Anwälten von Kindern in Gemeinde und Gesellschaft werden, dass das Kind in der Mitte steht und ‚der Vorrang der Kinder uneingeschränkt und bedingungslos gilt‘²⁴. Damit hast du einen zweiten, den kinder- und jugendtheologischen Paradigmen-

wechsel in Religionspädagogik und Praktischer Theologie ausgelöst. Danke.

Ich habe Ihnen als Zeichen meiner Dankbarkeit einige wenige Schlaglichter aus der Theologiegeschichte des 20. Jahrhunderts ins Gedächtnis gerufen, festgemacht an den Namen meiner Lehrer und meiner Lehrerin. Soweit ein Blick in die Vergangenheit.²⁵ Dabei wurde deutlich: alle fünf haben mit ihrer Theologie in ganz unterschiedlicher Weise die Machtfrage gestellt: Ulrich Becker im Interesse der Kinder, Dieter Stoodt in besonderer Weise für Menschen in prekären, belasteten Lebenssituationen, Dorothee Sölle im Blick auf die Frauen, Helmut Gollwitzer für Hausbesetzer, Friedensstifter und „Waffen für El Salvador“ und schließlich Karl Barth für Insassen von Gefängnissen und im Blick auf die Systemfrage, die für ihn wie für seinen Schüler Helmut Gollwitzer ebenso wie für Dorothee Sölle keine Frage, sondern Klarheit war: Für Christen gibt es ausschließlich sozialistische Wahl- und Handlungsmöglichkeiten.
Fortsetzung folgt.

- 1 Vgl. M. Sperber, *All das Vergangene*. Wien 1983. S. 38. Vgl. dazu Abt Johannes, *Christus nimmt man im Alltag auf – oder gar nicht*. In: *Bergecho* 3/2016. S. 18 f.
- 2 Vgl. H. Vaihinger, *Die Philosophie des Als Ob. System der theoretischen, praktischen und religiösen Fiktionen der Menschheit auf Grund eines idealistischen Positivismus. Mit einem Anhang über Kant und Nietzsche*, 1911.
- 3 Vgl. dazu auch: W. Wink, *Die Verwandlung der Mächte*. Regensburg 2014, insbes. S. 66.
- 4 K. Barth, *Evangelische Theologie im 19. Jahrhundert*. Zürich 1947. S. 6.
- 5 K. Barth, *Die Menschlichkeit Gottes*. Zürich 1956.

- 6 K. Barth, *Christengemeinde und Bürgergemeinde*. Zürich 1970 (1946). S. 68.
- 7 AaO. S. 67 f.
- 8 D. Sölle, *Gott denken*. In: *Gesammelte Werke, Bd. 9*, hrsg. von Ursula Baltz-Otto und Fulbert Steffensky. Stuttgart 2009. Hier im Kapitel zur Christologie findet sich auch eine bemerkenswerte, kritische Hommage an Karl Barth und die Linksbarthianer: AaO. S. 139-142 nach einem solidarisch-kritischen literarischen Gespräch mit Helmut Gollwitzer (aaO. S. 134-138).
- 9 D. Sölle, *Wozu wir die Bibel brauchen*. In: *Gesammelte Werke 2*, S. 336-352, Zitat S. 348 f.
- 10 Zu D. Sölle vgl. G. Orth, *Mitten im Krieg vom Frieden singen*. Berlin 2017. S. 175-222.
- 11 H. Gollwitzer, *Dank an Karl Marx*. In: H. Gollwitzer, *Umkehr und Revolution. Aufsätze zu christlichem Glauben und Marxismus. Band 1*. Hrsg. v. Chr. Keller. München 1988. S. 268-274. Vgl. dazu jetzt auch: B. Kern, „Es rettet uns kein höh'eres Wesen“? Zur Religionskritik von Karl Marx – ein solidarisches Streitgespräch. Ostfildern 2017. Insbes. S. 55 ff.
- 12 H. Gollwitzer, aaO. S. 269 f.
- 13 Vgl. G. Orth, *Vom Abenteuer bürgerlichen Bewusstseins*. Frankfurt 1980. Gollwitzer selbst notierte: „Bürgerliches Bewusstsein wird am genauesten dann erfasst, wenn jemand aus ihm aussteigt. Im Akt des Aussteigens werden seine Bedingungen, seine Struktur, seine Bindungsraft und Brüche transparent.“ (H. Gollwitzer, *Citoyens oder Bourgeois*. In: *Kursbuch 50: Bürgerinitiativen/Bürgerprotest – eine neue vierte Gewalt?* Berlin 1977. S. 23-34, Zitat S. 23.
- 14 Vgl. H. Gollwitzer, *Die reichen Christen und der arme Lazarus*. München 1968.
- 15 Vgl. dazu H. Gollwitzer, *Wider die Lei-*

- stungsgesellschaft. Predigt zu Mt 20, 1-15. In: ders., *Veränderung im Diesseits*. München 1973. S. 104-111.
- 16 Zu H. Gollwitzer vgl. G. Orth, *Zur Solidarität befreit*. Helmut Gollwitzer. Mainz 1995.
- 17 D. Stoodt, *Religion als Seelsorge und Aufklärung*. In: R. Lachmann/H. Rupp (Hrsg.), *Lebensweg und religiöse Erziehung. Religionspädagogik als Autobiographie*. Bd. 1. Weinheim 1989. S. 317-334, Zitat S. 329 und 332.
- 18 Vgl. D. Stoodt, *Religionsunterricht und Interaktion*. Düsseldorf 1975; ders., *Religiöse Sozialisation und emanzipiertes Ich*. In: K. W. Dahm, N. Luhmann, D. Stoodt (Hrsg.), *Religion – System und Sozialisation*. Neuwied 1972. S. 189-237.
- 19 D. Stoodt, *Religion als Seelsorge und Aufklärung*. AaO. S. 326.
- 20 AaO. S. 330.
- 21 *Es ist dies eine Perspektive, die bei allen theologischen, gesellschaftlichen und politischen Differenzen zu späteren Entwicklungen schon in Beckers neutestamentlicher Dissertation über die Ehebrecherin (Joh 8, 1-7) aus den frühen 1960er Jahren anklang.*
- 22 Vgl. zu Beckers Texten zum ökumenischen Lernen: U. Becker, *Hoffnung für die Kinder dieser Erde. Beiträge für Religionspädagogik und Ökumene*. Hrsg. v. G. Orth. Münster 2004. S. 181-310. Vgl. dazu auch G. Orth, *Erwachsenenbildung zwischen Parteilichkeit und Verständigung*. Göttingen 1990.
- 23 U. Becker, aaO. S. 250.
- 24 AaO. S. 33-73, Zitat S. 63 und 66.
- 25 „In unserer westlichen Zeitvorstellung“, so hat es Eckhart von Hirschhausen einmal formuliert, „liegt die Vergangenheit hinter uns und die Zukunft vor uns. Fertig.“ Und ich zitiere ihn weiter: „Kann man die Dinge nicht auch ganz anders

sehen? In der Vorstellung vieler afrikanischer Kulturen liegt die Vergangenheit vor uns, statt hinter uns. Was eigentlich ganz logisch ist. Denn wir können die Vergangenheit sehen. Die Zukunft liegt da, wo wir nicht hinschauen können, hinter uns. So als ob wir gegen die Fahrtrichtung in einem Zug sitzend nach vorne ins Unge- wisse gezogen würden, und das, was war, liegt in unserem Sichtfeld. Hat was. In dieser Weltsicht bekommt das Wort ‚Vorfahren‘ auch eine schöne neue Bedeutung. Unsere Vorfahren sind diejenigen, die uns vorgefahren sind und dabei Spuren hinterlassen haben. Ihre Erfahrungen können wir nutzen und ihre Spuren bewahren.“. von Hirschhausen, *Die Kirche im Dorf lassen – und erhalten. Über die alte Dorfkirche in Berlin Zehlendorf*. In: *Monumente 5/2017*. S. 8-13, Zitat S. 9 f

Orth, Gottfried
Promotion über die
Predigten Helmut
Gollwitzers. Habili-
tation über partei-
lich und verständ-
igungsorientierte
evangelische Er-
wachsenenbildung.
Ausbildung in Ge-
waltfreier Kommuni-
kation nach M.
Rosenberg. Seit WS 1998/99 Professor für
Evangelische Theologie und Religionspädagogik
an der TU Braunschweig. Mitglied im Team des
ORCA-Instituts für Konfliktmanagement und
Training.



Gottfried Orth

Lernen aus der Geschichte

Traditionslinien für eine neuzeitliche Friedensethik und -politik

Von Reinhard Gaede

Das Organ des (religiös-sozialistischen) Badischen Volkskirchenbundes druckt im Dezember 1919 eine dichterische Vision im Stile Jean Pauls ab. Erik Peterson, Theologe und Archäologe (1890-1960), hat sie verfasst. Thema sind die Prozessakten eines Soldaten, der 1916 wegen des Zwischenrufes „Du sollst nicht töten“ im Kriegsgottesdienst zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden ist und in der Haft verstarb. Vor der Himmelstür spricht Christus auf Wink des Garnisonspfarrers drohend zum Soldaten: „Du behauptest, ich hätte mich früher anders geäußert? Das ist ein Irrtum: Ich habe nicht den Armen, sondern den Reichen selig gepriesen, nicht den Friedfertigen, sondern den, der die meisten Kanonen und besten Giftgase hat. Ich habe nie etwas für die Barmherzigkeit übrig gehabt, sondern war immer der Meinung, dass in dem Leben, das ihr auf der Welt zu führen habt, Unbarmherzigkeit die beste Barmherzigkeit ist. Ich habe auch stets gesagt, es sei besser, Hammer als Amboss zu sein, besser Unrecht zu tun, als Unrecht zu leiden, besser um der Ungerechtigkeit willen gelobt, als um der Gerechtigkeit willen verfolgt zu werden ... Frage doch den Pfarrer, der neben dir steht. Hat er jemals etwas anderes gepredigt, als was ich dir jetzt sage? ... Wir haben die große Kluft, die zwischen Himmel und Erde war, zuschütten lassen ... Jetzt ist das Verkehrshindernis beseitigt. Siehe jetzt sind alle im Himmel, alle in der Hölle. Da aber schrie der Mensch mit seinem ganzen Leibe: ‚Satan, hebe dich weg von mir!‘ – und der Satan, der

sich in einen Engel des Lichts, ja in den Sohn Gottes verstellte hatte, entwich, und sein Blendwerk zerrann.“

In der Weimarer Republik gehörte die Diskussion über Krieg und Frieden zu den Haupt-Streitpunkten in der Evangelischen Kirche. Die meisten Pfarrer betrauernten in den Kirchenzeitungen das Ende des alten Kaiserreichs. Sie sehnten sich zurück nach dem „Geist von 1914“, dem so genannten „Gotteseleben im Vaterland“. In der Predigt vom gottgewollten Krieg vereinigte sich die Idee vom deutschen Weltberuf mit dem Gedanken von einer göttlichen Sendung des deutschen Volkes. Die Kriegspredigten verstärkten die kaiserliche Militärpolitik. Als habe ein „heiliger Krieg“ ein unheiliges Ende gefunden, wurde dann die Revolution empfunden. Die Niederlage des deutschen Heeres wurde als geistiges Versagen der demokratischen Revolutionäre und ihrer Helfer verstanden. Die Heimat habe nicht durchgehalten. Die so genannte „Dolchstoß“-Legende, das unbesiegte Heer sei das Opfer sei das Opfer linksradikaler Hetzer geworden, wurde auch in christlichen Kreisen gläubig aufgenommen. Im Nationalprotestantismus war man sich einig, der Krieg sei den Deutschen aufgezwungen worden. Dass Deutschland schuld am Kriege gewesen sei, sei die große „Lüge“ gewesen. Der Kampf gegen die „Kriegsschuldflüge“ und die „Versklavung“ von Versailles – gemeint war der Friedensvertrag, der Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich machte und umfangreiche Reparationen festlegte – gehörte

zum Ritual parlamentarischer Reden und Kundgebungen.

Hermann Kantorowicz, Rechtshistoriker, Philosoph und Strafrechtler, kam aber in der Schuldfrage zu für die Deutschen ungünstigen Ergebnissen. Deshalb wurde die Untersuchung vom Auswärtigen Amt unterdrückt. Erst 1965 entdeckte der Historiker Imanuel Geiss das angeblich verschollene Gutachten und veröffentlichte es 1967. Hermann Kantorowicz war zu dem Ergebnis gekommen: Fast 20 gefälschte Gutachten wurden am 3. August 1914 dem Reichstag vorgelegt, um vor allem die Sozialdemokraten irreführen und den deutschen Präventiv- und Eroberungs-Krieg als Verteidigungskrieg zu tarnen. Nach dem Studium veröffentlichter Dokumente erkannte auch der prominente SPD-Abgeordnete Eduard Bernstein: „Die deutsche Regierung ist der Hauptschuldige am Kriege, wir sind eingeseift worden; die Bewilligung der Kriegskredite war ein Fehler.“ Hermann Kantorowicz konstatierte: „Fälschungen sind Schuldgeständnisse“. Der Krieg sei von „Deutschland als Präventivkrieg, von Österreich-Ungarn als Verzweiflungskrieg, von Frankreich und Russland als Machterhaltungskrieg beschlossen“ worden. Deutschland und Österreich-Ungarn erklärte er zu Hauptschuldigen. Heutzutage ist – besonders in Deutschland – die These beliebt, Europas Mächte seien hilflos in einen Krieg hineingeschlittert, den niemand gewollt habe. Aber Historiker wie Annika Mombauer, Wolfram Wette, Helmut Donat widersprechen der „Schlafwandler“-These von Christopher Clark, die Deutschland entlasten würde, und kommen zu dem Ergebnis: „Deutschland hat den Ersten Weltkrieg bewusst entfesselt.“ (Wolfram Wette).

Der Nationalprotestantismus hielt nach dem Ersten Weltkrieg immer mehr daran

fest, den Krieg als menschliche Normal-situation zu erklären. Biblische Besinnungen setzten die Weltzeit mit Kriegszeit gleich. Vor dem Hintergrund der Lehre vom unerbittlichen Machtkampf der Staaten war die Frage von Krieg und Frieden im National-Protestantismus schnell entschieden. Das Motto „Notwehr im Großen“ wurde Formel für die Apologie christlicher Kriegs-Beteiligung. Die frühere Lehre vom gerechten Krieg wurde zur Lehre von der „Selbstbehauptung“ der Staaten erweitert, und wesentliche den Krieg hemmende Verbotstafeln entfielen: 1. Dem Wandel der Kriegstechnik Rechnung tragend, war nicht nur der Defensiv-, sondern auch der Offensivkrieg als „Rechtsmittel“ anerkannt. 2. Der Lage des abgerüsteten Deutschlands entsprechend, sollte ein künftiger „Befreiungskrieg“ erlaubt sein. 3. Man wollte das Verfügungsrecht des Staates über den Einzelnen zugunsten der militärischen Schlagkraft ausdehnen. Wehrdienst-Verweigerung war in keinem Fall vorgesehen.

Die genannten Gründe ergänzten sich zu einem generellen Placet für den nationalen Krieg. Für den Christen sei der Krieg sittlich gerechtfertigt, wenn er politisch richtig sei, als ein Akt der Selbstbehauptung eines Volkes in seiner Kulturaufgabe. In der naturalistischen Interpretation galt der Krieg als großes „Examen der Weltgeschichte“. (Reinhold Seeberg) Recht wurde definiert als „ein lebendiges, in der Lebenskraft und geschichtlichen Tüchtigkeit wurzelndes“. (Paul Althaus) Pläne für kriegerische Eroberungen konnten auf Vorstellungen vom ‚Recht des Tüchtigen‘ später im Dritten Reich zurückgreifen.

Die christliche Friedensbewegung dagegen wollte einen Zwang zum Frieden rational und moralisch einsichtig machen. Mit Immanuel Kant („Zum ewigen Frieden 1795) meinte man: Trotz böser Gesinnun-

gen gebe es doch das Interesse an der „Erhaltung“ des Lebens. Triebfeder für den Frieden zwischen Staaten sei der „Eigentum“, und das Interesse am Handel sei mit dem Krieg unvereinbar. Ehemalige Offiziere verwiesen auf den kommenden Krieg als „Vernichtungskrieg“, in dem sich die Zivilbevölkerung nicht mehr schützen ließe. Für Leonhard Ragaz, den Vorsitzenden der religiös-sozialistischen Internationale, begründete sich das Wirken für den Frieden in seiner Hoffnung auf Gottes kommendes Reich. Die Avantgarde der Herrschaft Gottes habe sich an die Spitze des gesellschaftlichen Kampfes für Frieden und Gerechtigkeit zu setzen. Siege gebe es, weil Er siege. Die Furcht der Orthodoxie und des Pietismus vor der Vermischung von Gottes- und Menschenwerk sah Ragaz in einer falschen Alternative begründet: „Beides ist wahr, dass Gott allein es tut, und dass er nichts tun will und kann ohne uns. Man darf sagen, der Mensch habe so große Vollmacht, dass einige wenige treffliche Menschen und Führer es vermöchten, die Welt zum Frieden zu bringen, und man kann ebenso gut sagen, auch die gewaltigste und lauterste Menschenkraft vermöge nichts, wenn Gott nicht seinen Creator Spiritus (sc. Schöpfer Geist) wehen lasse.“ Dietrich Bonhoeffer schließlich erklärte schließlich den Frieden als einzig anzuerkennenden Normal-Zustand. Der heutige Krieg ist „schlechthin vernichtend“, „vernichtet Seele und Leib“. Deshalb lasse der Krieg sich nicht mehr in das theologische Denken von Ordnungen Gottes einfügen. Ordnung Gottes zu sein, kommt vielmehr dem Frieden zu. Auch dem Gebot des zornigen Gottes nach ist der Friede „eine Ordnung der Erhaltung der Welt auf Christus hin“. Damit war den Nationalprotestanten der Begriff der Ordnung Gottes, mit dem sie den Krieg erklärten, entrissen – und der

Friede erhielt die Anerkennung als „Erhaltungsordnung“ Gottes.

„Gottes eigentlicher Name. Der geschmähte Schem Ha Mphoras. Den die Juden vor den Christen fast unsagbar heilig hielten. Starb in sechs Millionen Juden. Unter einem Kreuzeszeichen.“ So lautet das Mahnmal von W. Schmiedel 1968 unterhalb der so genannten „Judensau“ an der Stadtkirche St. Marien in der Lutherstadt Wittenberg. Ein Rückblick auf Antisemitismus und den Massenmord an den Juden. Der zweite: Wer einmal einen Soldatenfriedhof besucht und auf die unendlich scheinenden Reihen der Grab-Kreuze geschaut hat, fragt sich unwillkürlich: Gab es denn keinen rechtzeitigen Widerstand gegen Nationalsozialisten, die später den Weltkrieg mit 55-60 Millionen Toten auslösten? Und wo waren die Christen? Nikolaus Schneider, Präses der Evangelischen Kirche in Deutschland, schreibt im Geleitwort zur Materialsammlung der EKD „Erinnern an den Ersten Weltkrieg“: „Auch die Kirchen haben vor hundert Jahren Schuld auf sich geladen, haben sich vom Kriegstaukel mitreißen lassen, haben ihn sogar angefacht. Wie ist das zu erklären? Wie konnte die biblische Friedensbotschaft sogar von Theologen bis zur Unkenntlichkeit verzerrt werden?“

Wo waren die Christen angesichts drohender Diktatur mit der Folge des Zweiten Weltkriegs? Wer so fragt, begegnet zugleich der Ökumenischen Bewegung in Deutschland, vertreten in ihren Anfängen durch den „Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen“, in Konstanz vor hundert Jahren ins Leben gerufen, und prophetischen Stimmen der Friedensethik (Friedrich Siegmund-Schultze, Martin Rade, Martin Dibelius, Karl Barth, Günter Dehn, Georg Fritze, Leonhard Ragaz, Paul Tillich, Erwin Eckert, Emil Fuchs, Dietrich Bonhoeffer, Alfred Dedo Müller und anderen)

sowie Gruppen der christlichen Friedensbewegung (Internationaler Versöhnungsbund, Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands, Evangelisch-Christliche Einheit, Religiöser Menschheitsbund, Kreuzritter, Deutsche Gruppe des Internationalen Ausschusses Antimilitaristischer Pfarrer, Evangelischer Friedensbund), die während der Weimarer Zeit vor dem Nationalsozialismus und einem kommenden Krieg gewarnt haben, aber von der Mehrheit im Nationalprotestantismus nicht gehört und ernst genommen wurden.

Zwar gab es in den letzten vierzig Jahren eine Reihe historischer Studien über den Bund religiöser Sozialisten und die ökumenische Bewegung, aber in der breiten Öffentlichkeit sind sie nicht bekannt geworden. Kirchen, Parteien und gesellschaftliche Gruppen haben frühe Friedensrufe kaum gewürdigt, viele Aktivisten der Friedensbewegung sind vergessen worden. Dabei ist ihr Wirken bis heute eine Mahnung, den Frieden in einer von Kriegen bedrohten Welt zu erhalten. So können wir Traditionslinien ins Bewusstsein rufen: Frieden ist im Zeitalter der Massenvernichtungsmittel „nicht nur eine Frage der Humanität und Moral, sondern eine Frage der nackten Existenz“, wie der von der NS-Diktatur ermordete Widerstandskämpfer und religiöse Sozialist Theodor Haubach (1896-1945) sagte. „Wollt ihr denen Gutes tun, / die der Tod getroffen, / Menschen, lasst die Toten ruhn / und erfüllt ihr Hoffen!“ (Erich Mühsam, Dichter, Publizist, Antimilitarist, ermordet von der SS am 10. Juli 1934 im KZ Oranienburg)

Die Evangelische Kirche hat nach zwei Weltkriegen bekannt, „in die Irre gegangen“ zu sein und die „Nation auf den Thron Gottes gesetzt“ zu haben. (Darmstädter Wort des Bruderrates vom 8. August 1947) Doch in welche Tradition stellt sie sich heute? Räumt sie jenen Personen und Gruppen, die

nach 1918 vor dem weiteren Weg in die Barbarei gewarnt haben, heute wirklich jene Ehre ein, die ihnen gebührt? Insbesondere die oft verschwiegene Haltung, die der deutsche Protestantismus von 1918 bis 1933 zum Thema Krieg und Frieden, zur Kriegsschuldfrage und zum Versailler Vertrag eingenommen hat, erklärt, warum so viele Pfarrer und Würdenträger mit fliegenden Fahnen ins Dritte Reich marschiert sind. Lediglich Minderheiten, oft beschimpft und ausgegrenzt, erkannten, dass Kreuz und Hakenkreuz nicht miteinander vereinbar sind.

„Am 11. November 2018 jährt sich das Ende des 1. Weltkriegs zum 100. Mal. Der Waffenstillstand von Compiègne beendete die Kampfhandlungen. Die Bilanz der Kriegsjahre von 1914-1918 war verheerend. Schätzungsweise 40 Millionen Menschen haben unter den Folgen des Krieges gelitten: 20 Millionen sind gestorben, davon ca. 10 Millionen Zivilisten, und 21 Millionen wurden verletzt.

Die Erinnerung an die Schrecken der beiden Weltkriege ist in Europa noch lebendig, aber sie verblasst zunehmend. Nationalistische Parolen in vielen europäischen Ländern und steigende Militärausgaben zeigen: Der Krieg ist wieder zu einem zentralen Mittel der Politik geworden.“ (Ev. Landeskirche Baden, www.ekiba.de/html/content/frieden_gerechtigkeit.htm)

Aber: angesichts des riesigen Potentials an Vernichtungswaffen, Gewalt und Kriegen ist Frieden zur Lebensbedingung der Menschheit geworden. Umso dringlicher ist nach Beiträgen einzelner Regierungen und Persönlichkeiten für die zivile Lösung von Konflikten zu fragen sowie nach Möglichkeiten der Kirchen, gesellschaftlichen und christlichen Gruppen, dabei mitzuwirken. Die Weimarer Zeit ist zu untersuchen und friedensfeindliche, bis heute nicht über-

wundene Tendenzen aufzudecken. Dazu gehört, wie der deutsche National-Protestantismus den Reformator Luther für sich vereinnahmte, jede Schuld des Kaiserreiches am Ersten Weltkrieg bestritt und sich mehrheitlich dem Nationalsozialismus öffnete. Wir müssen uns wieder an die Mahnung der religiös-sozialistischen Internationale von 1930 erinnern: „Christentum und Faschismus sind unvereinbar!“ Zugleich ist die seinerzeit geschmähte und verachtete öku-

menische wie christliche Friedensbewegung zu würdigen und an ihr in Vergessenheit geratenes Zeugnis im Sinne einer neuzeitlichen Friedensethik und ökumenischen Theologie anzuknüpfen.

Vgl. Reinhard Gaede: *Kirche – Christen – Krieg und Frieden. Die Diskussion im deutschen Protestantismus in der Weimarer Republik* (= *Schriftenreihe Geschichte & Frieden*, Bd. 41) Donat Verlag, Bremen 2018.

Der Weg des Theologen Otto Piper in der Weimarer Republik, Teil I

Zwischen Revolution und Kirchenkampf

Marco Hofheinz/Jens Riechmann

Einführung: Der religiöse Sozialist Otto Piper als Spiegelfigur

Wie in der Literatur so begegnen uns auch in der „Realgeschichte“ immer wieder Personen, die als so genannte „Spiegelfiguren“ erscheinen. In ihrer Individual-Geschichte spiegelt sich gleichsam die Kollektiv-Geschichte. Eine solche Figur scheint der weithin in Vergessenheit geratene Theologe Otto Piper (1891–1982) für die Weimarer Republik und vielleicht auch für die Bewegung des Religiösen Sozialismus in Deutschland zu sein. In die Jahre der Weimarer Republik (1919–1933) fielen bekanntermaßen „Aufgang, Blütezeit und Niedergang des Religiösen Sozialismus in Deutschland.“¹ Der Weg Pipers, der 1933 zu Beginn des nationalsozialistischen Terrors als Münsteraner Theologieprofessor entlassen wurde und emigrieren musste, scheint ähnlich verlaufen zu sein. Ulrich Peter hat Otto Piper als Münsteraner Theologieprofessor im Blick auf das Jahr 1933 als den „wohl exponiertesten westfälischen BRSD[Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands]-Theologen“² identifiziert. Gleichwohl ist er auch als

solcher nahezu vollständig in Vergessenheit geraten. In der Tat war Piper Mitglied des am 3.12.1919 in Berlin gegründeten „Bundes religiöser Sozialisten“ und Mitherausgeber der religiös-sozialistischen Zeitschrift „Neuwerk“. Die Neuwerkbewegung³ gehörte bekanntlich zu den zahlreichen religiös-sozialistischen Gruppen, die „[v]or dem Hintergrund des Sturzes der Monarchie und im Zeichen der Neuordnung der ev. Landeskirchen [...] in der frühen und mittleren Weimarer Republik unter Einwirkung Schweizerischer religiöser Sozialisten“⁴ entstanden.⁵

Andere religiöse Sozialisten sind, sowohl was die Neuwerk-Leute als auch den BRSD betrifft, stärker im Gedächtnis geblieben und einflussreicher geworden als Piper.⁶ Dies mag auch damit zusammenhängen, dass Pipers Haltung zum religiösen Sozialismus einer nicht unerheblichen Entwicklung unterworfen war. Piper, der 1919/20 in die USPD eintrat und 1922 in die SPD, konnte in einem seiner ersten wissenschaftlichen Werke „Weltliches Christentum. Eine Untersuchung über Wesen und Bedeutung der außerkirchlichen Frömmigkeit der Gegenwart“ den religiösen Sozialismus diesen neuen religiösen Bewegungen zuordnen und dabei mit Leonhard

Ragaz betonen, dass wir es „mit einer neuen Form des Christentums zu tun haben“⁷. Rückblickend urteilte Piper hingegen im Jahr 1934 aus dem Exil über den religiösen Sozialismus in folgender, die Ambivalenz der Bewegung herausstreichender Weise: „They [the Religious Socialists] dealt with the problems of society and social life, but they were obviously distrustful of the State and were not even sufficiently interested to have a special idea of it. The State was subordinated to society. They tried, therefore, to limit its influence. In foreign politics they preached mutual understanding between nations, and in constitutional life they had a conception of democracy which to a large extent limited the power of the Government. They thought that the most important elements in social life were personal. Apart from them they were only willing to give a certain limited importance to economic relations. They dealt with them only in so far as their actual disorder disturbed harmonious personal relations: they did not evolve a new economic theory. The imagined evidently that when people had good-will, social life would develop rightly.“⁸

Nicht nur im Blick auf seine Einschätzung des religiösen Sozialismus hat Otto Piper in der Zeit der Weimarer Republik eine höchst interessante theologische wie politische Entwicklung durchlaufen, in der sich gleichsam in nuce die Veränderung der die Weimarer Republik (staats)tragenden Geisteshaltung widerspiegelt. In seinem Werk bündeln sich wie in einer Sammel-Linse die Wechsel und Bewegungen, die im demokratischen Bewusstseins- und Mentalitätsspektrum der Zeit beobachtet werden können. Insofern lässt sich anhand der Entwicklung bzw. Biografie Pipers der Weg der Weimarer Republik gewissermaßen exemplarisch nachzeichnen. Dies soll im Folgenden ansatzweise anhand weniger Stationen geschehen. Zugleich wer-

den einige Konturen seines politisch-ethischen Denkens hervorgehoben.

Der Weg Pipers von den Schlachtfeldern des Ersten Weltkrieges bis zu seiner Entlassung

Pipers Weg in der Weimarer Zeit war geprägt von der Verarbeitung seiner traumatischen Kriegserfahrungen: „Krieg ist unter allen Umständen Sünde.“⁹ So lautete das persönliche Resümee des jungen Kriegsfreiwilligen Piper, der 1917 „mit vollkommen zerrütteter Gesundheit“¹⁰ die Schlachtfelder des Ersten Weltkrieges verließ.¹¹ Piper war zeitweise kriegsblind – aufgrund einer Senfgasvergiftung.¹² Auch wurde er am 15. August 1915 in Polen schwer an Kopf und Fuß verwundet. Man fand ihn halbtot auf dem Schlachtfeld liegen: „Sanitäter lassen ihn zunächst auf dem Schlachtfeld bei den Toten zurück, bringen ihn dann aber ins Lazarett, nachdem durch den Tod eines anderen Offiziers ein Transportplatz freigeworden ist.“¹³ Piper musste sich vielen Operationen zur Wiederherstellung seines Gesichts unterziehen; er verlor sein rechtes Auge und auch das linke wurde beeinträchtigt. Das Vergrößerungsglas, das man sieht, wenn man sich sein riesiges Porträt anschaut, das heute noch in „Stuart Hall“ auf dem Campus des Princeton Theological Seminary hängt, zeugt von dieser Sehbehinderung. Die Narben des Krieges trug Piper zeitlebens. Die „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts war zugleich auch Pipers persönliche Katastrophe. Sie prägte auch das Gesicht des theologischen und politischen Denkens, das Piper nach dem Krieg entwickelte. Piper schrieb – auch vor dem Hintergrund seiner persönlichen Fronterfahrungen und als Angehöriger der so genannten „Frontgeneration“¹⁴ – rückblickend im Jahr 1934: „The New Theology, or the theology of the younger generation [...] starts from the War experience.“¹⁵

Piper gehörte zu den wenigen Theologen im deutschen Protestantismus, die den politischen Umbruch 1918 und die Weimarer Republik nicht als Machtübernahme der „Reichsfeinde“ (USPD und SPD) ablehnten, sondern als Chance begriffen. Dabei wandelte sich sein „zunächst diffuser, auch für völkische Ideologeme offener revolutionärer Sozialismus [...] zunehmend zu einer reformistischen Politikkonzeption“¹⁶. Als im März 1930 die letzte Weimarer „Große Koalition“ unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller scheiterte, begriff Piper die darauf erfolgende Einsetzung des ersten Präsidialkabinetts Heinrich Brünnings als Übergang zu einer „verschleierte[n] Diktatur“¹⁷. Zugleich beteiligte er sich lebhaft an der Suche nach Auswegen aus der tiefgreifenden Strukturkrise des parlamentarischen Weimarer Systems, ohne dem Irrglauben zu verfallen, den Rechtsstaat auch ohne Demokratie erhalten zu können. Freilich ist sein Demokratiekonzept von ambivalenter Natur, da es eine gewisse Nähe zum Präsidialsystem und zur Notverordnungs-Programmatik erkennen lässt: „Die Demokratie-Konzeption, die Piper 1930 bis 1933 vertritt, ist insofern ein Beispiel dafür, daß im Prozeß der Auflösung der Republik selbst der verfassungstreuen Linken zuzurechnende Universitätstheologen autoritäre Konfliktlösungen propagiert haben.“¹⁸

Als Piper zum 30. September 1933 aufgrund des § 4 des Gesetzes zur Wiedereinführung des Berufsbeamtentums ohne Angabe näherer Gründe als Theologieprofessor der Universität Münster entlassen wurde,¹⁹ führte er selbst beim Abschied 1933 folgende Gründe an, die sein Wirken erschwert hätten:

- sein Eintreten für Demokratie und Versöhnung der Klassen auf der Grundlage des Sozialismus,
- sein Engagement für internationale Verständigung auf religiöser Grundlage,

- seine Mitwirkung in der ökumenischen Arbeit,
- seine guten Kontakte nach Frankreich sowie seine längeren Aufenthalte ebendort.

Piper war nicht nur eine Spiegel-, sondern auch eine „Kontrast-Figur“²⁰ in der vom Protestantismus weitgehend ungeliebten „Weimarer Republik“: Er gehörte in einer Zeit der verbreiteten christlichen Abneigung gegen die demokratische Rechts- und Regierungsform zum Weimarer Kreis verfassungstreuer Hochschullehrer, bekannte sich als solcher offen zur Demokratie,²¹ war Mitglied im Internationalen Versöhnungsbund und seit 1927 deutscher Delegierter der Weltkirchenkonferenz („Faith and Order“) in Lausanne; seit 1928 arbeitete er im Evangelisch-Sozialen Kongress mit: „So gibt es doch heute für den Christen eine Pflicht zur Demokratie“²², stellte Piper vor dem 38. Evangelisch-Sozialen Kongress fest. Seit 1929 war er Sprecher der Jungevangelischen Bewegung. Besonders hervorzuheben ist die für sich sprechende Tatsache, dass Piper als vermutlich einziger deutscher Hochschullehrer der Zwischenkriegszeit die theologische Ehrendoktorwürde einer französischen Fakultät erhielt,²³ nämlich im Jahr 1930 die der Pariser Faculté libre – eine nachdrückliche Würdigung seines Engagements für eine deutsch-französische Aussöhnung in ökumenischen Gremien.²⁴ Auch muss erwähnt werden, dass Piper mit einer jüdischen Frau, die zum Christentum konvertierte, Elisabeth A. Salinger († 1948), verheiratet war.

Konturen von Pipers politisch-ethischem Denken in der Zwischenkriegszeit

Die Verarbeitung der schweren Identitätskrise, in die der verlorene Erste Weltkrieg und die Novemberrevolution 1918 den Protestantismus stürzten, ist in der Theologie des jungen Otto Pipers mit Händen zu greifen. Er

beginnt seine „Grundlagen der evangelischen Ethik“ bezeichnenderweise mit der Aussage: „Die evangelische Theologie hat ein Jahrzehnt grundstürzender Erschütterung hinter sich.“²⁵ Die stichwortartige Nennung nur weniger zeitgeschichtlicher Parameter veranschaulicht dies: Zu nennen ist etwa das jähe Zerschneiden des fast 400-jährigen Bündnisses von Thron und Altar (landesherrliches Kirchenregiment), korrespondierend der Entmachtung der Fürsten als *summi episcopi* und dem damit einhergehenden Verlust der institutionellen Ordnung, finanziellen Basis und Führungsspitze in 28 Landeskirchen; die Beendigung der „geistlichen Schulaufsicht“ über das Erziehungswesen; die Verlagerung der politischen Macht in die Hände von „vaterlandslosen Gesellen“ und alten „Reichsfeinden“. Indes erwachsen aus der Weimarer Reichverfassung von 1919 große Chancen einer Neugestaltung des Verhältnisses von Kirche und Staat, die allerdings nur eine protestantische Minderheit wirklich erkannte.²⁶ Zu ihr gehörte Piper. Doch leider sind – wie F.W. Graf treffend feststellt – „seine intensive Auseinandersetzung mit der NS-Ideologie und seine Beiträge zu einer Ethik der repräsentativen Demokratie in den späten zwanziger Jahren in Vergessenheit geraten.“²⁷ Dies ist umso bedauerlicher, als Piper zu den wenigen protestantischen Theologen gehörte, deren Verhältnis zur jungen Republik nicht innerlich reserviert und unterkühlt blieb. Piper gewinnt ohne Zweifel theologiegeschichtliche Bedeutung „vor allem durch seine Beiträge zur theol[ogischen] Neuorientierung der 20er Jahre.“²⁸ Doch ist sein Nachlass in Princeton bislang kaum erschlossen.²⁹ Es ist fernerhin festgestellt worden, dass „die nach der Emigration veröffentlichten deutschen Untersuchungen [...] die deutschsprachige Ethik nicht beeinflusst haben.“³⁰

Pipers programmatischer Gebrauch der

Zweireiche-Lehre steht wiederum im Kontrast zu deren üblichem neulutherischen Gebrauch im Sinne einer Deutung von Gottes Reich zur Linken, dem Reich der Welt, durch gottgegebene Schöpfungsordnungen. Demgegenüber versteht Piper die Zweireiche-Lehre als eine kritische Theorie, die sich gegen die unter dem Begriff Schöpfungsordnung erfolgende Vereinnahmung Gottes zugunsten eines bestimmten politischen Zustandes wendet; wobei Piper treffend bemerkt, dass bezeichnenderweise nicht die Demokratie und damit die Weimarer Republik auf diese Weise theologisch als Gottesordnung legitimiert wurden, sondern vielmehr der nachliberale, autoritäre Staat des deutschen Volkes. Piper weigert sich indes, von Volk und Staats als „Schöpfungsordnungen“ zu sprechen und damit bestimmte politische Ordnungsformationen mit Gottes Willen zu identifizieren, sprich: theologisch überzulegitimieren. Er sieht sehr klar, dass die neulutherischen Ordnungstheologien etwa das Recht zu einer abhängigen Variable von Staat und Volk namentlich im Begriff des „Volksnomos“ machen. Piper kann hingegen sein Ja zum säkularen Rechtsstaat und zur Weimarer Republik vor dem Hintergrund einer rechtverstandenen Zweireiche-Lehre entfalten: „Piper verteidigt vom Boden der lutherischen Zweireichellehre aus gerade die Weimarer Demokratie, ohne sie allerdings theologisch zu überhöhen. Denn letzteres widerspräche dem Ansatz einer Ethik, die jede Identifikation der relativen Ordnung der empirischen Welt mit der göttlichen Ordnung als illegitime Vergötterung der irdischen Mächte kritisiert.“³¹

Man kann mit Fug und Recht insofern bei Piper eine Inversion der Zweireiche-Lehre erkennen, als dass er die Säkularität christlicher Weltgestaltung betont – entgegen der Korrelation von Zweireiche- und Schöpfungsordnungslehre zum Legitimations-Instrumen-

tarium bestimmter religiös verbrämter ordnungspolitischer Vorstellungen. Die Zwei-Reiche-Unterscheidungen dürfen nach Piper nicht durch eine Theologisierung des Politischen unterlaufen werden, die die Differenz zwischen Gottes- und Menschenwerk einzieht: „Für den Protestanten kann das Göttliche nie eine völlige Verbindung mit dem Irdischen eingehen. Das ist das Große am Protestantismus [...]. Aber von hier aus drohen dem Menschen dann auch die Gefahren, wenn anders Religion nun doch die Beziehung des Menschen mit dem Göttlichen ist. Denn so ist alles, womit der Protestantismus zu tun hat, zwiespältig, unausgeglichen, und diesen Zustand empfindet er als eine Not. Aber man kann sich ihr nicht entziehen.“³² Entschieden widerspricht Piper einer Gleichschaltung von Politik und Theologie bzw. Politik und Glaube und greift damit den reformatorischen Impuls der Unterscheidung der Sphäre des Politischen und des Weltlichen auf. So erklärt er vor Studenten im November 1931: „Was kommen wird, weiß ich nicht. Vielleicht werden wir in Kürze der Gewalt weichen müssen. Aber Sie, die Sie sich vorbereiten, um dereinst das Evangelium zu verkündigen, Sie dürfen es nie aus dem Auge verlieren: Die christliche Botschaft ist nicht dazu da, um irgendetwas in der Welt zu rechtfertigen, weder den Kapitalismus noch den Sozialismus, weder das Volk noch den Staat. Wir müssen zum Ja immer auch das Nein fügen. [...] Wer von der Kraft des Evangeliums ergriffen ist, der wird denen, die nur Politik treiben, immer unbequem sein“³³.

Ob es Piper indes gelang, diesem ideologiekritischen theologischen Grundsatz in politisch-ethischer Hinsicht immer treu zu bleiben, kann und wird man hinterfragen dürfen. Am Ende der Weimarer Republik, als Reichspräsident Hindenburg mit der Errichtung eines „Präsidialkabinetts“ den Demokratieabbau vorantrieb, griff Piper die Kritik am Par-

lamentarismus und liberalen Staat auf: „[U]m die Demokratie vor dem Angriff der ‚Gegenrevolution‘ zu retten, plädierte [...] Otto Piper [...] vor dem ‚Evangelisch-sozialen Kongress‘ mit Argumenten Carl Schmitts für eine Einschränkung der Gesetzgebungskompetenz des Parlaments und die Errichtung einer zweiten, ständischen Kammer, die nicht mehr an das Mehrheitsprinzip, sondern das Leistungsprinzip gebunden sei.“³⁴

Es ist hier nicht der Ort, über Pipers theologisch-ethischen Ansatz insgesamt ein Urteil zu fällen. Freilich lässt sich mit Bestimmtheit festhalten, dass sein theologischer Ansatz einen signifikanten Kontrast zu dem durch E. Hirsch, F. Gogarten, W. Elert und P. Althaus geprägten Luthertum der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bildete.³⁵ Piper gehörte nicht einfach nur zur Minderheit der demokratisch gesinnten Theologieprofessoren in der Weimarer Zeit, sondern versuchte, diesen Umstand auch theologisch zu reflektieren. Graf würdigt Piper als „eine[n] der wenigen Lutheraner, die der parlamentarischen Demokratie von Weimar ausdrücklich theologische Legitimität (der Staat sei Obrigkeit im Sinne der Tradition) zuerkannt haben“³⁶.

Der „Fall Piper“ (1923)

„Pipers SPD-Engagement hat in Verbindung mit seiner Tätigkeit für Ökumene und Völkerverständigung seine akademische Karriere nachhaltig behindert und seine schwierige Position als unbesoldeter Privatdozent in der Göttinger Fakultät noch kompliziert.“³⁷ Bezeichnend ist jene Episode im Zusammenhang der französisch-belgischen Ruhrbesetzung im Januar 1923, die sich zum „Fall Piper“³⁸ auswuchs. Als junger Privatdozent der Systematischen Theologie unterhielt Piper im Rahmen des „Christlichen Versöhnungsbundes“ enge Kontakte zu französischen Theologiestudenten. Als diese nach Göttingen zu Besuch kamen, führte dies zu einer Eskala-

lation nationalistischer Atavismen und zur rechtswidrigen Verhaftung Pipers wegen „Beherbergung feindlicher Spione“. Der Hintergrund war folgender: Zu Weihnachten 1922 hatten 18 Pariser Theologiestudenten an ihre Kommilitonen an 19 deutschen Universitäten einen Weihnachtsgruß versandt: „Die unterzeichneten Studenten der Protestantischen Theologischen Fakultät von Paris ergreifen die Gelegenheit des Weihnachtsfestes, um ihren deutschen Kameraden ihre Gefühle brüderlicher und christlicher Zuneigung auszudrücken.“³⁹ Die Göttinger theologische Studentenschaft reagierte mit einer Antwort an die Pariser Theologenschaft. Als Antwort auf dieses Göttinger Schreiben wiederum erhielt Piper einen Brief eines französischen Theologiestudenten, den er in der „Christlichen Welt“ veröffentlichte.⁴⁰ Der eigentliche „Fall Piper“ stellt sich dann nach Christoph Schwöbel⁴¹ wie folgt dar:

Zwei der Absender der Weihnachtsgrüße aus dem Jahr 1922 besuchten am 19. Juli 1923 Piper in Göttingen. Sie verfolgten die Absicht, in seinem Haus mit Göttinger Theologiestudenten über die Arbeit des „Christlichen Versöhnungsbundes“ in Frankreich zu sprechen. Zuvor hatten die beiden Franzosen bereits Martin Rade in Marburg aufgesucht und dort über eine christliche Verständigungspolitik gesprochen. Der Aufenthalt der französischen Studenten in Göttingen gestaltete sich nun wie folgt: Bereits am Nachmittag hatte sich in ganz Göttingen die Nachricht vom Besuch zweier Franzosen verbreitet. Der ebenfalls an diesem Tag tagende „Hochschulring Deutscher Art“ entsandte eine Abordnung zu Piper, um die Herausgabe seiner französischen Gäste zu fordern. Vor Pipers Haus versammelten sich neben den Angehörigen dieser Abordnung noch weitere deutsch-national gesinnte Studenten, sodass die Situation für Pipers Gäste gefährlich zu werden drohte. Angesichts dessen riet Piper

seinen Gästen zur Abreise und brachte sie zum Bahnhof. Parallel bildete sich ein großer Demonstrationszug, der nationale Lieder sang und antifranzösische Parolen skandierete. Teilnehmer jener Demonstration zwangen die beiden Franzosen am Bahnhof, Fahrkarten 2. Klasse zu lösen und in der 4. Klasse im Zug Platz zu nehmen. Das deutsch-nationale „Göttinger Tageblatt“ vom 21. Juli 1923 prangerte das Verhalten Pipers als „Akt nationaler Würdelosigkeit“⁴² an. Zudem wurde eine Protesterklärung des „Hochschulrings“ publik gemacht, die Piper des Landesverrats bezichtigte und folgende Frage an die Göttinger Bevölkerung richtete: „Wie lange will sie es dulden, daß ein Mann derartiger Gesinnung an der Georgia Augusta als Lehrer und Erzieher der akademischen Jugend tätig ist?“⁴³ Darüber hinaus versuchten national gesinnte Studenten, Pipers Lehrveranstaltungen zu stören, was allerdings vom Universitätsrichter unterbunden wurde.

Eine neue Dimension erlangten die diesbezüglichen Vorgänge mit der ebenfalls am 21. Juli 1923 erfolgenden Durchsuchung von Pipers Wohnung durch die Kriminalpolizei. Piper selbst verhaftete man wegen „Beherbergung feindlicher Spione“⁴⁴ und brachte ihn zur Vernehmung zum Amtsgericht. Allerdings wurde er bereits zwei Tage später aus der Haft entlassen. Kurz darauf musste das Verfahren wegen Unhaltbarkeit der erhobenen Vorwürfe eingestellt werden. Am 31. Juli 1923 sah sich die Göttinger Universität genötigt, eine vom „Kleinen Senat“ beschlossene und vom Rektor unterzeichnete Stellungnahme zum „Fall Piper“ im „Göttinger Anzeiger“ zu veröffentlichen. Diese erlaubt einen bezeichnenden Einblick in die politische Situation der Universität: „Dem Lic. Piper kann der ernste Vorwurf nicht erspart werden, daß er in dieser erregten Zeit den Rektor oder Dekan von seiner Absicht und der Art seiner Gäste nicht in Kenntnis gesetzt hat. Dann wäre es mög-

lich gewesen, den bedauerlichen Ereignissen vorzubeugen. An der Lauterkeit der Gesinnung des Lic. Piper hegen wir keinen Zweifel. Der gute Glaube, in berechtigter Abwehr zu handeln, muß aber auch den demonstrierenden Studenten unbedingt zuerkannt werden. Die Art, wie sie dabei vorgegangen sind, wird von den akademischen Behörden entschieden verurteilt ...“⁴⁵

Der „Fall Piper“, der damals auch die Theologische Fakultät Göttingen spaltete⁴⁶ und einen ersten Bruch zwischen Emanuel Hirsch und Karl Barth herbeiführte,⁴⁷ der Piper zusammen mit Martin Rade⁴⁸ unterstützte, ist für die Anstößigkeit, die Pipers frankophile Neigung – gepaart mit seinem Engagement in christlich geprägten pazifistischen Organisationen und auf ökumenischen Konferenzen – bei nationalistisch Gesinnten erregte, bezeichnend. Seine offene Haltung, mehr noch: sein entschiedener Wille zur Aussöhnung zwischen Deutschen und Franzosen, brachte ihn in Gegensatz zur Mehrheit des nationalkonservativen Protestantismus der Weimarer Zeit. In dessen manifestem „Frankreichhass“ kamen die lebendigen Ressentiments gegen den „Geist von 1789“ (Liberalismus, Sozialismus, Säkularismus), verstärkt durch die „Schmach von Versailles“ (1919), unverhohlen zum Ausbruch. Der „Fall Piper“ ist äußerst sprechend für den „nationalistischen Anti-ökumenismus im deutschen Luthertum“⁴⁹ der Zwischenkriegszeit.

Fortsetzung folgt.

- 1 Hartmut Ruddies, Art. *Religiöse Sozialisten I. Europa*, in: RGG4 Bd. 7, Tübingen 2004, 409–412, 411.
- 2 Ulrich Peter, *Anpassung, Bekennende Kirche und politischer Widerstand. Die religiösen Sozialisten im Dritten Reich*, in: Norbert Friedrich / Traugott Jähnichen (Hg.), *Sozialer Protestantismus im Nationalsozialismus. Diakonische und christlich-soziale Verbände unter der Herrschaft des Nationalsozialismus*, Bochumer Forum zur Geschichte des sozialen Protestantismus 4, Münster 2003, 101–134, 128.
- 3 Vgl. dazu Antje Vollmer, *Die Neuwerk-Bewegung 1919–1935: Ein Beitrag zur Geschichte der Jugendbewegung, des religiösen Sozialismus und der Arbeiterbildung*, Augsburg 1973. Antje Vollmer: *Die Neuwerk-Bewegung. Zwischen Jugendbewegung und religiösem Sozialismus*, Freiburg 2016.
- 4 H. Ruddies, Art. *Religiöse Sozialisten*, 411. Zur Einwirkung schweizerischer Religiöser Sozialisten vgl. u.a. Eduard Buess / Markus Mattmüller, *Prophetischer Sozialismus. Blumhardt – Ragaz – Barth. Mit einem Nachwort von Gerhard Sauter*, Freiburg (Schweiz) 1986.
- 5 Eine Synopse zur theologischen Lagerbildung in der Weimarer Republik liefert DIETER SCHELLONG, „Ein gefährlichster Augenblick“. Zur Lage der evangelischen Theologie am Ausgang der Weimarer Zeit, in: Hubert Cancik (Hg.), *Religions- und Geistesgeschichte der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1982, 104–135.
- 6 Im Band Arnold Pfeiffer (Hg.), *Religiöse Sozialisten, Dokumente der Weltrevolution 6*, Olten / Freiburg i.Br. 1976, sucht man etwa Pipers Namen vergeblich.
- 7 Otto Piper, *Weltliches Christentum. Eine Untersuchung über Wesen und Bedeutung der außerkirchlichen Frömmigkeit der Gegenwart*, Tübingen 1924, 39.
- 8 Otto Piper, *Recent Developments in German Protestantism*, London 1934, 98f.
- 9 Otto Piper, *Thesen zur Erlangung der theologischen Licentiatenwürde an der Georg-August-Universität Göttingen am 6.5.1920*, These 8.
- 10 Wilfried M. Heidemann, „... immer Fühlung mit allen Teilen der Kirche“. Der münstersche Theologieprofessor Otto A. Piper auf

- dem Weg in die Emigration 1933–1938, in: *Jahrbuch für westfälische Kirchengeschichte* 80 (1987), 105–151, 106.
- 11 Zur theologischen Be- und Verarbeitung des Ersten Weltkrieges vgl. Marco Hofheinz, *Friedenstheologie treiben, als wäre nichts geschehen? Resonanzen reformierter Friedensethik nach dem Ersten Weltkrieg*, in: Hans-Georg Ulrichs in Verbindung mit Veronika Albrecht-Birkner (Hg.), *Der Erste Weltkrieg und die reformierte Welt, Forschungen zur Reformierten Theologie* 3, Neukirchen-Vluyn 2014, 61–85; zur Kriegs- und Friedenstheologie in der Weimarer Republik vgl. Alf Christophersen, *Krieg, Frieden, Volk und Vaterland. Standortdebatten der Lutherrenaissance in der Weimarer Republik*, in: Helke Stadtland (Hg.), *„Friede auf Erden“. Religiöse Semantiken und Konzepte des Friedens im 20. Jahrhundert*, *Frieden und Krieg. Beiträge zur Historischen Friedensforschung* 12, Essen 2009, 125–151.
- 12 Vgl. Werner Danielsmeyer, *Führungen. Ein Leben im Dienste der Kirche*, Bielefeld 1982, 25.
- 13 Friedrich Wilhelm Graf, *Protestantische Universitätstheologie in der Weimarer Republik*, in: ders., *Der heilige Zeitgeist. Studien zur Ideengeschichte der protestantischen Theologie in der Weimarer Republik*, Tübingen 2011, 1–110, 41.
- 14 Detlev J.K. Peukert (*Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne*, Frankfurt a.M. 1987, 26) unterscheidet entsprechend seinem Ansatz der Generationengeschichte eine wilhelminische (geboren vor 1871), eine Gründerzeit- (geboren in der Zeit von 1870 bis Anfang der 1880er Jahre), eine Front- (geboren in den späten 1880er und 90er Jahren) und eine jüngere „im mehrfachen Sinne überflüssige Generation der seit 1900 Geborenen“.
- 15 O. Piper, *Recent Developments*, 59.
- 16 Friedrich Wilhelm Graf, *Lutherischer Neurealismus. Eine Erinnerung an Otto Piper*, in: ders., *Der heilige Zeitgeist. Studien zur Ideengeschichte der protestantischen Theologie in der Weimarer Republik*, Tübingen 2011, 329–341, 332.
- 17 Otto Piper, *Demokratie in Kirche, Staat und Wirtschaft*, in: *Die Verhandlungen des achtunddreißigsten Evangelisch-Sozialen Kongresses in Duisburg 26.–28. Mai 1931*, Göttingen 1931, 79–109, 100.
- 18 F.W. Graf, *Lutherischer Neurealismus*, 340. Auch wenn man Grafs flächige Einschätzung als zu weitreichend beurteilen mag, wird man sicherlich fragen müssen, inwiefern Piper am „Wiedererstarken autoritärer Formen“ partizipierte. So D. Schellong, *„Ein gefährlichster Augenblick“*, 105.
- 19 Vgl. dazu Wilhelm H. Neuser, *Die Evangelisch-theologische Fakultät Münster im Dritten Reich*, in: ders. (Hg.), *Die Evangelisch-theologische Fakultät Münster 1914 bis 1989*, Bielefeld 1991, 72–93, 74–77.
- 20 So Marco Hofheinz / Frederike van Oorschot, *„Krieg ist unter allen Umständen Sünde“. Der pazifistische Einspruch in Theologie und Biographie des lutherischen „Neurealisten“ Otto A. Piper*, in: Marco Hofheinz / Frederike van Oorschot (Hg.), *Christlich-theologischer Pazifismus im 20. Jahrhundert*, *Studien zur Friedensethik* 56, Münster / Baden-Baden 2016, 141–168, 145.
- 21 O. Piper (*Demokratie in Kirche, Staat und Wirtschaft*, 95f.) verteidigt den Weimarer Staat, ohne ihn allerdings theologisch zu überhöhen: „So entschieden es abgelehnt werden muss, aus religiösen Gründen die Demokratie als die gottgewollte Staatsform abzuleiten, so gibt es doch heute für den Christen eine Pflicht zur Demokratie. [...] Das Evangelium ruft alle Menschen zum verantwortlichen Dienst an ihren Brüdern auf. [...] Die Demokratie gibt nun dem

- Einzelnen die Möglichkeit, den Willen zur politischen Mitverantwortung zu tätigen. Wir haben kein Recht, diese Möglichkeit von uns zu weisen [...]“
- 22 O. Piper, *Demokratie in Kirche, Staat und Wirtschaft*, 95.
- 23 Vgl. W.M. Heidemann, „...immer Fühlung mit allen Teilen der Kirche“, 107f.
- 24 „[I]n herzlicher Dankbarkeit und Verbundenheit“ widmet Piper der evangelisch-theologischen Fakultät in Paris seine Schrift: *Otto Piper, Gottes Wahrheit und die Wahrheit der Kirche, Beiträge zur systematischen Theologie 4*, Tübingen 1933.
- 25 Otto Piper, *Grundlagen der evangelischen Ethik I*, Gütersloh 1928, V.
- 26 Die eigentliche Gefahr ging in dieser Zeit von den „geistigen und politischen Konsolidierungsbemühungen“ aus. So D. Schellong („Ein gefährlichster Augenblick“, 107) im Anschluss an Karl Barth.
- 27 F.W. Graf, *Lutherischer Neorealismus*, 329.
- 28 Friedrich Wilhelm Graf, Art. Piper, Otto Alfred, in: *Neue Deutsche Biographie 20* (2001), 464f. (Onlinefassung: <http://www.deutsche-biographie.de/pnd116189614.html>; Zugriff: 2.1.2016). Vgl. Eckhard Lessing, *Geschichte der deutschsprachigen evangelischen Theologie von Albrecht Ritschl bis zur Gegenwart Band 2: 1918 bis 1945*, Göttingen 2004, 338: „Pipers Ethik hat keine erhebliche Resonanz gefunden. Gleichwohl ist sie für die Entwicklung der ethischen Fragestellung in den zwanziger Jahren gerade im Vergleich nicht unerheblich.“
- 29 So F.W. Graf, *Einleitung*, 106.
- 30 E. Lessing, *Geschichte der deutschsprachigen evangelischen Theologie*, 335. Dies mag man indes durchaus bedauern, wenn man etwa an Beiträge denkt wie: Otto A. Piper, *Justification and Christian Ethics*, *Theology Today* 8 (1951), 167–177; Otto A. Piper, *Die Mittelbarkeit der christlichen Ethik*, *ZEE* 1 (1957), 125–136.
- 31 Jan Rohls, *Protestantische Theologie der Neuzeit II: Das 20. Jahrhundert*, Tübingen 1997, 288. Ähnlich F.W. Graf, *Lutherischer Neorealismus*, 337.
- 32 Otto Piper, *Jugendbewegung und Protestantismus, Jugend und Religion. Eine Reihe zeitgemäßer Schriften Heft 2*, Rudolstadt 1923, 59.
- 33 Otto Piper, *Die politische Lage und der evangelische Akademiker. Semester-Eröffnungsvorlesung am 3. November 1931*, *ChW* 46 (4/1932), 146–153, 153.
- 34 Friedrich Wilhelm Graf, *Friedrich Gogartens Deutung der Moderne. Ein theologiegeschichtlicher Rückblick*, in: ders., *Der heilige Zeitgeist. Studien zur Ideengeschichte der protestantischen Theologie in der Weimarer Republik*, Tübingen 2011, 265–328, 300. So auch ders., *Lutherischer Neorealismus*, 339. Graf (ebd.) urteilt: „Mit seinem Demokratie-Vortrag vor dem Evangelisch-sozialen Kongreß beteiligte er sich an der Suche nach Auswegen aus der tiefgreifenden Strukturkrise des Weimarer parlamentarischen Systems. Seine Vorschläge für eine Reform der Weimarer Reichsverfassung zeigen ein eigentümlich ambivalentes Demokratiekonzept.“
- 35 So auch Matthias Schreiber, *Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon VII* (1994), 624–626, 624. Treffend hält Schreiber (ebd.) fest, dass die Aufarbeitung von Pipers Ansatz „für heutige Theologie nicht unbedeutend ist.“
- 36 F.W. Graf, zit. nach W.M. Heidemann, „...immer Fühlung mit allen Teilen der Kirche“, 105.
- 37 F.W. Graf, *Lutherischer Neorealismus*, 333.
- 38 So in Anlehnung an den sog. „Fall Dehn“. Vgl. Ernst Bizer, *Der „Fall Dehn“*, in: Wilhelm Schneemelcher (Hg.), *Festschrift für Günther Dehn*, Neukirchen 1957, 239–261.

- 39 Zit. nach Christoph Schwöbel (Hg.), Karl Barth – Martin Rade. Ein Briefwechsel, Gütersloh 1981, 184.
- 40 Vgl. Chr. Schwöbel (Hg.), Karl Barth – Martin Rade. Ein Briefwechsel, 185.
- 41 Vgl. Chr. Schwöbel (Hg.), Karl Barth – Martin Rade. Ein Briefwechsel, 190–192.
- 42 Zit. nach Chr. Schwöbel (Hg.), Karl Barth – Martin Rade. Ein Briefwechsel, 191.
- 43 Zit. nach Chr. Schwöbel (Hg.), Karl Barth – Martin Rade. Ein Briefwechsel, 191.
- 44 Zit. nach Chr. Schwöbel (Hg.), Karl Barth – Martin Rade. Ein Briefwechsel, 191.
- 45 Zit. nach Chr. Schwöbel (Hg.), Karl Barth – Martin Rade. Ein Briefwechsel, 191f. Vgl. auch Heinrich Assel, *Der andere Aufbruch. Die Lutherrenaissance – Ursprünge, Aporien und Wege: Karl Holl, Emanuel Hirsch, Rudolf Hermann (1910–1935)*, FSÖTh 72, Göttingen 1994, 25f.
- 46 Vgl. H. Assel, *Der andere Aufbruch*, 26f.: „Noch im Januar 1923 fand [...] eine große Fakultätsversammlung statt, in der Stange und Hirsch für einen Abbruch der Beziehung votierten und Piper unter Druck setzten, während Barth mit Piper – bald auch unterstützt von Martin Rade – für ein Aufrechterhalten des Kontaktes eintrat.“
- 47 Vgl. H. Assel, *Der andere Aufbruch*, 26. Fernerhin Karl Barths Rundbrief vom 23.1.1923, in: Karl Barth – Eduard Thurneysen Briefwechsel. Bd. 2; 1921–1930, hg. v. Eduard Thurneysen, Karl Barth GA V. Briefe, Zürich 1974, 129–137, 130f.
- 48 Zu Rades Verhalten vgl. Chr. Schwöbel (Hg.), Karl Barth – Martin Rade, Ein Briefwechsel, 192.
- 49 F.W. Graf, *Lutherischer Neorealismus*, 331.

Prof. Dr. theol. habil. Marco Hofheinz, geb. 1973 in Siegen, studierte Ev. Theologie in Wuppertal, Bonn, Tübingen, Lexington (Kentucky, USA), an der Duke University (North Carolina, USA) und in Göttingen; 2007 Promotion; 2010 Habilitation

(beides in Bern); 2011–2012 Studierendenpfarrer an der Universität Siegen; seit 2012 Professor für Systematische Theologie an der Leibniz Universität Hannover; im WiSe 2016/17 (Forschungssemester) Visiting Scholar am Princeton Theological Seminary (New Jersey), der Duke Divinity School (Durham, North Carolina) und an der Drury University (Springfield, Missouri) mit Vortragsreise in den USA.



Marco Hofheinz

Dr. phil. Jens Riechmann, geb. 1973 in Langenhagen, 1994–2002 Studium der Ev. Theologie, der Germanistik und der Geschichte für das Lehramt an Realschulen und Gymnasien an der Universität Hannover; nach Referendariat und zweitem



Jens Riechmann

Staatsexamen 2005–2009 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Theologie und Religionswissenschaft der Leibniz Universität Hannover; seit 2009 Lehrkraft für besondere Aufgaben ebendort; 2011 Promotion („Evangelische Kirche Altpreußens in den Abtretungsgebieten des Versailler Vertrages. Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des Memellandes zwischen 1919 und 1938“); seit 2011 Studientrat für die Fächer Ev. Religion und Deutsch.

Mut, Wagnis, Angst – Widerstand und Wirkung der Weißen Rose

Von Elmar Klink

In diesem Jahr rundet sich das Datum vom Ende der studentischen Widerstandsgruppe der Weißen Rose zum 75. Mai. Am 22. Februar 1943 wurden drei ihrer Mitglieder, die Geschwister Sophie und Hans Scholl sowie Christoph Probst nach Enttarnung ihrer Aktivitäten unter dem Fallbeil der NS-Unrechtsjustiz hingerichtet. Weitere Todesurteile wurden an den Mitgliedern Alexander Schmorell, Willi Graf und dem Philosophieprofessor Kurt Huber nach etwa einem weiteren halben Jahr vollstreckt. Hitler hatte persönlich das Gnadengesuch für Graf und Schmorell abgelehnt. Der kleine, aber durchaus effektive Widerstandskreis der Weißen Rose von vielleicht hundert Mitverschworenen und Helfern vor allem in Süddeutschland, zumeist noch Schüler und sehr junge Menschen, wurde rigoros zerschlagen. Mindestens 80 Angehörige von Familien und nahe Freunde und Freundinnen gerieten in Sippenhaft und wurden staatspolizeilich verfolgt und verhört. Ein Teil der Familie Scholl, vor allem die Mutter und die älteste Tochter Inge, gingen noch im selben Jahr ins „innere Exil“ und tauchten vor den Nachstellungen der Gestapo auf einem Einöd-Bauernhof im Südschwarzwald unter. Von dort war es im Gefahren-Fall nur eine gute halbe Fahrradstunde bis zur Schweizer Grenze, wohin man hätte zur Not flüchten können. Der Vater, Robert Scholl, befand sich weiter in Nazi-Haft und auch die 1920 geborene Schwester Elisabeth verblieb aus beruflichen und familiären Gründen, um den Kontakt zum Vater zu halten, zunächst in Ulm, dem früheren Wohnsitz der Familie.

Es ist das bleibende Verdienst der Ältesten

der sechs Geschwister, Inge Aicher-Scholl (1917–1998), schon bald nach Kriegsende mit dem Buch „Die Weiße Rose“ (1952) ein erstes bedeutendes Dokument dieses beherzten Handelns junger, idealistischer Menschen vorgelegt zu haben. Das Buch wurde im weiteren Verlauf mehrmals ergänzt und erweitert neu aufgelegt. 1984 folgte noch ein Band „Briefe und Aufzeichnungen von Hans und Sophie Scholl“ nach. Sie tat es wohl vor allem aus zwei Gründen: zum einen sollte möglichst authentisch über die Widerstandsgruppe noch frisch aus der Erinnerung berichtet werden; zum anderen nutzte die Schwester ihren kenntnisreichen Zugriff auf die Fakten und Begebenheiten durchaus auch dazu, ihr stimmiges Bild der Ereignisse und Protagonisten zu zeichnen und widerzugeben. Sie trug damit ähnlich wie im Fall Anne Frank, deren überlebender Vater ihr berühmtes Tagebuch veröffentlichte, zweifellos auch zu einer gewissen Überhöhung und Idealisierung der Handlungsweise und Motive ihrer beiden Geschwister und ihrer Freunde ohne Widersprüche und Zweifel bei, bis nahezu zu einem Märtyrerhaften Nimbus. So ist in ihrem Buch natürlich nicht davon die Rede, dass Hans und Sophie öfter Drogen nahmen, um ihre Angst zu bekämpfen und überdecken oder dass Hans' Persönlichkeit wie es einer 2018 veröffentlichten biografischen Studie von Robert M. Zoske („Flamme sein! Hans Scholl und die Weiße Rose – Eine Biografie“) zu entnehmen ist, Züge einer homosexuellen Veranlagung in sich trug. Er bekam deshalb nach 1933 Schwierigkeiten wegen § 175 und wurde sogar kurze Zeit in Haft genommen.

Heute kennt man diese Fakten und Zusammenhänge sowie Einzelheiten zu den Per-

sönlichkeitsbildern der Mitglieder der Weißen Rose aus vielen weiteren, zusätzlich gefundenen und erschlossenen Quellen und Zeugnissen ziemlich genau bis hin zu differenzierten Erkenntnissen und Details. Nicht zuletzt ist dies den Berichten überlebender Zeitzeugen wie Franz J. Müller, Freundeskreis Ulm, den Geschwistern Hans und Susanne Zeller-Hirzel, FK Ulm, Traute Lafrenz-Page, der Freundin von Hans Scholl in München, Sophie Scholls Freund Fritz Hartnagel und Anneliese Knoop-Graf, Willi Grafs Schwester, zu verdanken. Aber auch einer sehr genauen historischen und biografischen Forschung und Deutung der Geschehnisse etwa durch Detlef Bald u. a. Hinzu kam mit der Zeit die mediale Bearbeitung des Themas in Filmen und TV-Dokumentationen mit Interviews der oben erwähnten Zeitzeugen u. a. Sie kommen in der TV-Dokumentation „Die Widerständigen: Also machen wir das weiter“ von 2008 ausführlich zu Wort. Seinen Anfang nahm dies mit der deutschen Verfilmung des Wirkens der Weißen Rose durch Michael Verhoeven 1982 mit so bekannten Darstellern wie Lena Stolze als Sophie Scholl, dem verstorbenen Werner Stocker als verheiratetem Familienvater Christoph Propst, Ulrich Tukur als Willi Graf, Anja Kruse als Traute Lafrenz, Martin Benrath (als Prof. Kurt Huber) u. a., in deren Folge erst die noch immer bestehenden Unrechtsurteile gegen die Scholls und andere Mitglieder der Weißen Rose aufgehoben und geächtet wurden. Weitere filmische Umsetzungen kamen hinzu wie etwa 2005 „Sophie Scholl – Die letzten Tage“ (Julia Jentsch in der Rolle als Sophie) sowie auch in der Dokumentation „Sophie Scholl – Allen Gewalten zum Trotz...“ (D 2005). Ebenso kam es nach Inge Scholls Buch, auf das lange nichts folgte, seit etwa Mitte der 1980er Jahre bis heute zu einer wahren Flut an Sachbuch-Veröffentlichungen, mehreren umfangreichen Biografien der Geschwister sowie

nachgereichten Dokumentationen etwa zur Person Willi Grafs mit Aufzeichnungen und Briefen von ihm durch die Herausgabe seiner Schwester und Inge Jens. Dies alles machte es möglich, dass wir inzwischen über ein sehr genaues, nahezu lückenloses Bild vom Widerstand der Weißen Rose und vieler ihrer ehemaligen Mitglieder verfügen, wodurch dieses dunkle Kapitel deutscher Geschichte mindestens ebenso gut er- und durchforscht sein dürfte wie z. B. das Phänomen des Offiziers-Widerstands vom 20. Juli 1944 mit dem missglückten Attentat auf den Diktator Hitler in seinem militärischen Führungsstand in der ostpreußischen Wolfsschanze und dem sich daran anschließenden, fehlgeschlagenen Staatsstreich unter der Losung „Walküre“.

Der unterschiedlich geprägte und weitreichende Widerstand gegen Hitler mit den Beispielen 20. Juli, Weiße Rose, Kreisauer Kreis, Rote Kapelle oder Einzelpersonen wie Georg Elser (1903-1945), der Hitler mit einer selbst gebastelten Bombe bereits 1939 bei dessen Auftritt in München „in die Luft jagen“ wollte, war zum Teil durchaus über Mittelpersonen miteinander locker verbunden. Fäden zogen sich bis zur Person Dietrich Bonhoeffers und in die Militärische Abwehr um Admiral Canaris, der wie Bonhoeffer noch im Frühjahr 1945 kurz vor Kriegsende im oberpfälzischen KZ Flossenbürg ermordet wurde. Es kam vereinzelt zu konspirativen Treffen und zum Austausch untereinander. So stand etwa Hans Scholl mit dem Schauspieler Falk Harnack in Berlin in Verbindung, der später zum konservativ-nationalen Umkreis des 20. Juli mit Graf Stauffenberg, Generaloberst Beck und Carl Goerdeler gehörte, und der wiederum über seinen später hingerichteten Bruder Arvid Verbindung zur Roten Kapelle herstellte, einem kommunistisch orientierten Widerstandszirkel von Offizieren mit Verbindung zu il-

legalen proletarischen Widerstandsgruppen. Harnack drehte 1955 einen stark dokumentarisch angelehnten Spielfilm, in dem ein junger Mann (gespielt von Maximilian Schell) als Vertreter des Kreisauer Kreises auftritt, dessen Rede unverkennbar auch Züge von Hans Scholls moralischen Gedankengängen trägt und ethische Bedenken gegen den Tyrannenmord erörtert. Letzten Endes war aber der Bewegungs- und Handlungsspielraum all dieser Gruppen sehr eingeschränkt, sowohl kriegsbedingt als auch durch die total eingesetzten Mittel von Überwachung, Zensur und staatlicher Kontrolle durch Spitzel, Polizei, Militär und Geheimpolizei. Angehörige des Militärs dürften es dabei am leichtesten gehabt haben, noch am wenigsten verdächtig behelligt zu werden.

Die Weiße Rose hatte sich zunächst lokal vor allem darauf verlegt, aufklärende Flugblätter mit Appellen an die Bevölkerung zu verfassen, deren es zwischen Mitte 1942 und Januar 1943 insgesamt sechs gab mit jeweils mehreren Tausend Auflage, davon die ersten vier in schneller Folge zwischen Mitte Juni und Anfang Juli. Es gab befreundete Geldgeber wie Eugen Grimminger (dafür zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt) für die Beschaffung eines Abziehapparats und solche, die Wohnungen zur Verfügung stellten. Die ersten Flugblätter wurden zunächst nur abgetippt und unter der Hand weitergegeben, dann bald vervielfältigt und entweder auf dem Postweg gezielt an bekannte Münchner Adressen oder zufällig versandt an Namen aus Telefonbüchern. Oder man verteilte sie unbemerkt an viel besuchten Plätzen, in öffentlichen Verkehrsmitteln und legte sie in Telefonzellen zwischen die Seiten von Telefonbüchern. Dabei erwies sich die damals im NS-Reich strenge Kontingentierung an Briefmarken und Schreibpapier als Not, die erfinderisch machte. Man griff zum Beispiel zum Trick, sich in Postämtern in Trauerklei-

dung als Angehörige eines Verstorbenen auszugeben, die Trauerbriefe in größerer Stückzahl zu versenden hätte und steckte sich zusätzlich noch ein Hakenkreuzabzeichen ans Kleid. Ebenso betrieb man im Keller einer konspirativen Wohnung einen Abziehapparat, um größere Auflagen drucken zu können und den Verbreitungsradius zu erweitern. Zur Tarnung traf man sich in der Wohnung darüber zu gemeinsamen Musik- und Leseabenden, während im Keller die Druckmaschine auf Hochtouren lief. Briefpapier in Tausender Stückzahl und mehr besorgte man sich z. B. über Diebstähle in öffentlichen Ämtern aus für jedermann zugänglichen Materialschränken auf Fluren und schleppte es gleich aktentaschenweise weg.

Von München gelangten größere Mengen an Flugblättern per Eisenbahn in Koffern und Taschen in verschiedene größere Städte wie Augsburg, Nürnberg, Stuttgart, Saarbrücken, ja sogar bis nach Hamburg und Berlin, wo es kleine Helfer- oder Kontaktgruppen der Weißen Rose gab, man lieferte sogar bis nach Salzburg und Wien. Der Eindruck sollte dadurch erzeugt werden, als gäbe es im Reich bereits ein ganzes Netz an Widerstandsgruppen. Doch sollten Polizei und Gestapo noch längere Zeit über die eigentlichen Urheber im Dunkeln tappen. Solche Bahnreisen stellten jedes Mal ein ziemliches Risiko für die Begleitpersonen dar, so dass man sich möglichst weit entfernt vom heißen Gepäck in andere Abteile und Wagen setzte und es erst am Zielort abholte. Es gelangte sogar ein ganzer Vervielfältigungs-Apparat auf diese Weise in Begleitung von Willi Graf zu seinen Freunden nach Saarbrücken. Dort gab es auch einen Mitstreiter, Hans Bollinger, der für den Tag X eines Aufstands Waffen hortete. Dieser Teil der Aktivitäten war stets ein waghalsiges Unternehmen, zumal in den Zügen, in denen auch immer viele Soldaten mit-

fuhren, überall durch Bahnpolizei und Militärstreifen scharfe Kontrollen der Reisenden durchgeführt wurden. Panische Angst und beklemmendes Herzklopfen reisten jedes Mal mit. Hier bedienten sich Mitglieder der Weißen Rose offenbar auch der Einnahme von Beruhigungsmitteln. Hans Scholl soll sie seiner Schwester sogar in Form von Spritzen verabreicht haben. Manchmal, so heißt es, sollen sich die Geschwister Scholl in schlaflosen Nächten zitternd vor Angst in den Armen gelegen haben, um sich gegenseitig beizustehen. Als Medizinstudent kam Hans Scholl in seinen klinischen Praxisseminaren mühelos an Spritzwerkzeug und rezeptpflichtige Medikamente heran.

Diese die wachen Sinne dämpfenden und benebelnden Beruhigungsmittel waren möglicherweise mit ein Grund, warum am 18. Februar 1943 morgens gegen 11 Uhr sich die beiden Geschwister beim Auslegen der letzten noch übrigen Flugblätter in den Treppenaufgängen und auf der Empore des Universitätsgebäudes von einem einzelnen Hausmeister widerstandslos, ja fast apathisch festnehmen und ohne Gegenwehr von ihm abführen und der Gestapo übergeben ließen, wohl wissen müssend, dass es um ihr Leben gehen würde. Stets hatte man sich eingepägt, dass es beim passiven Widerstand vor allem darauf ankam, nicht erwischt und ergriffen zu werden. Es wäre zu zweit wohl ein Leichtes gewesen, sich dem Pedell durch einen heftigen Ruck oder Stoß in den Leib zu entwinden und während der gerade eingeläuteten Vorlesungspause in der sich durch die Flure und über die Treppen wälzenden Menschenmenge zu verschwinden. Sie taten es aus bis heute letztlich unerfindlichen Gründen nicht und fügten sich in ihr Schicksal. Ihre gemeinsame Verhaftung zog bald eine ganze Welle von weiteren Suchaktionen und Festnahmen von Freunden nach sich, obwohl sie zunächst versuchten, von möglichen Mit-

wissenden abzulenken und falsche Fährten für die Polizei legten. Der Vorsitzende des NS-Volksgeschichtshofs, Roland Freisler, reiste noch mit dem Nachtzug aus Berlin an, um persönlich die Farce einer Gerichtsverhandlung zu führen und die ersten drei Todesurteile zu verhängen. Beim Gerichtsverhör von Heiner Guter, einem Mitglied des Ulmer Freundeskreises, so berichtet es Susanne Zeller-Hirzel, soll, als die Sprache auf das Gesetz kam, der für seine willkürlichen und cholerischen Wut- und Hassanfälle berühmte Freisler schreiend mit den Worten „Gesetz? Wir brauchen kein Gesetz“ ein Gesetzbuch vor sich genommen und durch den Saal geschleudert haben. Nur einmal, so Zeller-Hirzler, hätte es einer verstanden, Freisler in der Verhandlung zu überlisten, als ihn der später ebenfalls angeklagte Falk Harnack, der Schauspieler war, mit Worten ausmanövrierte und so seinen Freispruch erwirken konnte. Während Kurt Huber im Prozess durch seine Aussagen dem Anliegen der Weißen Rose die entsprechende Würde verliehen hätte.

Hans Scholl (*1918) war es zunächst gar nicht recht, dass seine jüngere Schwester Sophie (*1921) im Mai 1942 zum Studium der Philosophie und Biologie ebenfalls nach München kam und sich alsbald dem Widerstandskreis anschließen wollte, als ihr dessen Existenz immer offensichtlicher wurde. Ihr Bruder wollte sie aus dem riskanten Unternehmen heraus halten und hatte sie zunächst nicht eingeweiht und in diesem Punkt auf Distanz zu sich gehalten. Doch als es kein Geheimnis mehr war, wurde die resolute Sophie schnell zur aktiven Mitstreiterin, die kein Risiko zu scheuen schien, als ginge es noch wie einst in der Hitlerjugend um Mutproben. Es war jedoch genau das, was ihrem Innersten mittlerweile so drückend auf dem Herzen lag und sich nach außen in Taten artikulieren wollte. Das war nicht immer so ge-

wesen. Anfangs in jüngeren Jahren war sie wie ihr Bruder eine überzeugte Aktivistin und Anführerin beim NS-Bund Deutscher Mädel und Hans war Hitlerjugendführer gegen den Willen des Vaters, der dies missbilligte und seine heranwachsenden Kinder vom Gegenteil zu überzeugen suchte. Im Hintergrund stand über allem zweifellos der sanfte erzieherische Einfluss der Mutter Magdalena Scholl mit ihrem lebendigen Beispiel einfacher, aufrichtiger christlicher Frömmigkeit und Gläubigkeit. Sie vermittelte ihren Kindern die Liebe zu Kunst, Literatur und Musik, einige von ihnen lernten Instrumente zu spielen, und las ihnen oft aus der Bibel vor. Wenn die Familie zusammenkam, wurde meist auch klassische und geistliche Hausmusik gespielt und gesungen. Denkwürdige letzte Worte zwischen der Mutter und ihrer Tochter Sophie beim Abschiedsbesuch der Eltern im Gefängnis sollen etwa gewesen sein: „Gell, Sophie, Jesus!“ Und Sophie antwortete ihr: „Ja, aber du auch!“ Mit der Zeit zunehmender intellektueller und emotionaler Reifung veränderte sich die ursprüngliche NS-Begeisterung der beiden Geschwister fast wie von selbst in eine kritische Sicht und Ablehnung. Es kam praktisch ihre wahre innere charakterliche Veranlagung und ihr tiefes, religiös-gläubig geleitetes Mitempfinden für Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit zum Vorschein und bestimmte immer mehr ihr Anti-NS-Weltbild. Trügerisches Zeltlageridyll, attraktive Körperertüchtigung in freier Natur und kollektive dumpfe Fahneneligkeit verloren ihre Faszination und Anziehung. Erst wandten sich beide demonstrativ der HJ-kritischen, bündisch-liberalen Deutschen Jugend dj 1.11 zu, nach dem Reichsparteitag 1936 wurden sie mehr und mehr zu entschiedenen Gegnern des Nationalsozialismus.

Als Medizinstudent war Hans Scholl wie seine Kommilitonen zunächst vom Wehr-

dienst und Kriegseinsatz freigestellt, nahm jedoch als Hilfssanitäter auch schon kurz am Frankreichfeldzug teil. Ab Ende Juli 1942 bis in den späten Oktober kamen er und sein studentischer Freund Schmorell für einige Monate an die ukrainisch-russische Front zum Einsatz als Sanitätshelfer, wo sie auf Willi Graf trafen, ihn näher kennenlernten und sich mit ihm anfreundeten. Scholl und seine Freunde erlebten das grausame und brutale Frontleben, wo Menschenleben nichts mehr zählten. Sie bekamen von Kugeln und Granaten zersetzte Körper zuhauf zu sehen, vernahmten hautnah das Schreien und Stöhnen der Schwerverletzten und Sterbenden. Sie kamen auch in Kontakt mit einfachen russischen Bauern und erhielten aus Berichten anderer Soldaten Kunde von ungeheuren Vorgängen in



Bronzeplastik *Geschwister Scholl*, vor dem *Geschwister-Scholl-Studentenwohnheim* in *München*

Polen hinter den Linien, wo willkürliche Massenerschießungen der einheimischen und jüdischen Zivilbevölkerung und nicht nur von Soldaten oder Partisanen, wie es immer hieß, stattfanden durch sogenannte Einsatzgruppen, die von der SS gelenkt und befehligt wurden. Auch sind sie offenbar selbst einmal in ihrem Frontbereich Zeuge von LKW-Transporten zu Erschießungsplätzen in den Wäldern geworden. Das hatte sich tief bei ihnen eingepreßt und traumatisch festgesetzt als sie im Spätherbst wieder in die Heimat zurückkehrten und alsbald den Kontakt zu Kurt Huber wieder aufnahmen und ihm davon berichteten. Es musste etwas geschehen, die Menschen zuhause durften nicht länger zuschauen und sollten wachgerüttelt werden. Zuhause in München war Sophie derweil in den Semesterferien zum Arbeitsdienst herangezogen worden, wo sie in einem Rüstungswerk Zünder in Granaten schrauben sollte. Dort beobachtete sie polnische Zwangsarbeiterinnen, die anstelle der Zünder Brotteigklumpen in die Granaten stopften und so das Kriegsgerät unbrauchbar zu machen suchten, ohne dass sie diese verriet, vielmehr ihr Tun richtig fand. Die Weiße Rose hatte in ihnen sich im entschiedenen Ton gegen das Regime nun zunehmend verschärfenden Flugblättern wiederholt zu Sabotageakten gegen nichtmenschliche Ziele aufgerufen.

Gleich zu Beginn des Jahres 1943 kam es zur Katastrophe von Stalingrad, zur Vernichtung der von russischen Truppen eingeschlossenen 6. deutschen Armee. Von den über 100.000 Soldaten, die noch in die russische Gefangenschaft gingen, kehrten am Ende lange nach dem Krieg nur noch etwa 6.000 zurück. Stalingrad war der Anlass für das letzte 6. Flugblatt, an dem auch der Hochschulprofessor Kurt Huber wieder mitgeschrieben hat. Ihn hatten Scholl und seine Mitstreiter schon früher angesprochen und für ihre Sache interessieren und nach anfänglicher

Skepsis nun auch gewinnen können. Seine Vorlesungen waren jedes Mal bis auf den letzten Platz besucht. Die Erfahrungen und Erlebnisse an der südrussischen Front hatten den jungen Hilfsärzten vollends die Augen geöffnet und sie in ihrer Haltung weiter bestärkt und radikalisiert. Darin trafen sie sich mit dem zum geistigen Widerstand bereiten Kurt Huber (1893-1943), der außer Philosoph und Leibniz-Interpret auch ein bedeutender Musikwissenschaftler war. Die ganze auf das humanistische und aufklärerische Freiheitsideal konzentrierte Philosophie Fichtes, Schellings und Leibniz' vereinte sich in diesem feinsinnigen Geist zum empörten Protest gegen das NS-Regime. Textabschnitte, in denen der antikommunistisch eingestellte Huber zugleich zum Kampf gegen den Bolschewismus aufrief, wurden von Hans Scholl und dem russisch-stämmigen Alexander Schmorell jedoch gestrichen. Hans Scholl trug nun bei nächtlichen Aktionen, bei denen mit Schablonen Anti-Hitler-Parolen an die Wände gemalt wurden, zum Selbstschutz immer eine Pistole bei sich. Die generelle Haltung der Weißen Rose zur Gewalt war pazifistisch defensiv. Die stellvertretende Tötung selbst eines Despoten wurde verworfen. Man machte sich über die Nutzlosigkeit eines nur lokalen Aufstands oder den Austausch nur von Köpfen an der Spitze des diktatorischen Staates keine Illusionen, vertrat aber in den Flugblättern weiter die Haltung des passiven wie aktiven Widerstands gegen die NS-Diktatur.

Der wildromantisch abgelegene Bruderhof bei Ewattingen nahe der Wutachschlucht zwischen den Orten Blumberg und Bonndorf war in den letzten Kriegswochen im März auch Ziel eines guten Freundes von Hans Scholl, Otl Aicher (1922-1991). Um nicht in Gefangenschaft zu geraten, war er auf dem Rückzug seiner Truppe aus Frankreich durch den Schwarzwald desertiert und fand auf

dem Einödhof der Scholls, die dort von der einheimischen Bevölkerung so gut wie unerkannt lebten, Aufnahme und Unterschlupf bis zum Kriegsende. 1952 heirateten er und Inge Scholl, waren inzwischen wieder nach Ulm zurückgekehrt und gründeten dort zusammen die Volkshochschule und Aicher zusätzlich die Hochschule für Gestaltung. Aicher war eigentlich Architekt und wurde ein so angesehenere wie origineller Kunstdesigner und Anhänger der Kleinschreibung. Er veröffentlichte zahlreiche Bücher zur Designlehre und wurde bekannt durch seine Industrielogos für deutsche Unternehmen und Autofirmen. Er war ein begeisterter Anhänger des formschönen Automobils und des funktionellen schlichten und formreduzierten Designs. Für die Olympischen Spiele in München 1972 entwarf er die offiziellen Piktogramme. Otl Aicher und Inge Scholl zogen 1972 mit ihren fünf Kindern ins westliche Allgäu bei Memmingen, wo der eigenwillige Otl Aicher in einer alten Mühle seine eigene Gestaltungsschule gründete und in eigens errichteten Atelierhäusern aus Holz auf Stelzen einrichtete. Den Platz nannte er nach dem kleinen Ort Freie Republik Rotis. Über seine Kriegserlebnisse verfasste der friedensbewegte und an Basisdemokratie orientierte Aicher sein Buch „Innenseiten des Kriegs“. Während des Kriegs beherbergten die Scholls bei sich zeitweise auch den in seiner Heimatstadt München ausgebombten schwäbischen Gelehrten, Kulturkritiker und katholischen Existenzialisten Theodor Haecker (1879–1945). Wie der süddeutsche katholische Schriftsteller und Publizist Carl Muth (1867–1944) gehörte Haecker zu den geistigen Mentoren, Anregern und väterlichen Freunden von Hans und Sophie Scholl. Haecker las wiederholt bei Treffen der Weißen Rose aus seinen Texten vor und man diskutierte lebhaft über ethische, religiöse und kulturpolitische Fragen und Themen.

Zu Hintergrund und Motiv des Namens gibt es verschiedene Geschichten und Mutmaßungen über literarische und historische Bezüge. Es waren französische Adlige, die ihren Widerstand gegen die Französische Revolution in der Symbolik der weißen Rose ausdrückten. Das hielt man rückblickend den deutschen Weißen Rosen vor, wäre zu elitär gewesen und passte nicht zu ihren Zielen. Andere wiederum brachten den Titel „Die Weiße Rose“ mit einem gleichnamigen Roman des Geheimnis umwitterten Schriftstellers B. Traven in Verbindung, hinter dessen Pseudonym der Schauspieler und Aktivist der libertären Münchner Räterepublik 1919 Ret Marut vermutet wird, der die Zeitschrift „Der Ziegelbrenner“ herausgab. Er verschwand, nach dem Ende der kurzen Rätephase, aus politischen Gründen von der Polizei verfolgt, bald für immer spurlos und soll später als „Amerikaner“ B. Traven in Mexiko wieder aufgetaucht sein. Denkbar wären auch poetische Anklänge an Rosengedichte, von denen Hans Scholl immer wieder schwärmte. Am plausibelsten dürfte jedoch der Name mit den naheliegenden natürlichen Eigenschaften der Rose als wunderbar duftender, schöner, zarter und reiner Blume (weiß!) zu tun haben. Bei all ihrer bunten filigranen Schönheit und Reinheit ist sie mit ihren kräftigen Dornen und sperrigem wildem Wuchs doch auch ein wehrhaftes Gewächs, das sich als Rosenstock zu behaupten weiß und so immer wieder neue Blüten hervorbringt. In dieser Verknüpfung zentraler Eigenschaften der Rose dürfte wohl die wirkliche Bedeutung zu suchen sein.

Die Gruppe der Weißen Rose steht in der deutschen Geschichte singular da. In ihr wie auch dem Kreis um die Widerständler Helmut James Graf von Moltke und seine Frau Freya, Adam Trott zu Solz und Carlo Mierendorff, die sich einige Male auf dem niederschlesischen Schlossgut der von Molt-

kes bei Kreisau trafen, wurden auch für die Zeit nach dem Krieg und Ende der Hitler-Diktatur die aus bürgerlich-liberaler Sicht vielleicht fortschrittlichsten und modernsten Überlegungen für die demokratische Zukunft des deutschen Volkes in einem föderalistischen Deutschland im europäischen Verbund angestellt. Dies schloss durchaus auch freiheitlich-sozialistische Vorstellungen mit ein. Noch bis lange nach dem Krieg blieben die Mitglieder der Weißen Rose, umgebrachte wie überlebende, für viele Verräter am deutschen Volk und Geächtete. Dieses Bild wandelte sich in der Breite erst allmählich nach und nach, indem auch mehr über ihre Geschichte bekannt wurde. Es gab wenige Beispiele wie das des Ulmer Mitglieds der Gruppe, Hans Hirzel, der sich rechten politischen Kreisen und Ideologien zuwandte und in den 1990er Jahren sogar für die Partei der Republikaner auftrat und kandidierte. Die meisten blieben ihrer freiheitlichen Idee von damals treu, einige verließen Deutschland wie Traute Lafrenz, die in die USA übersiedelte. Andere wie etwa Franz J. Müller, Anneliese Knoop-Graf und natürlich Inge Scholl waren fortan darum bemüht, nach dem

Krieg bei zahllosen öffentlichen Vorträgen und Auftritten besonders in Schulen über die Weiße Rose zu berichten und informieren und sich jungen Menschen mit ihren Fragen zu stellen. Sie trugen und gaben das mahnende Vermächtnis der Weißen Rose weiter.

Bremen, 14.3.2018

Elmar Klink

Jg. 1953; Kriegsdienstverweigerung 1971; Zivildienst 1976/77 im Sozialen Friedensdienst (SFD); Studium der Sozialarbeit und Sozialwissenschaften; verschiedene Erwerbstätigkeiten als Drucker und Bil-



Elmar Klink

dingsreferent; bis Ende 2008 Verwaltungs- und Beratungstätigkeit bei der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerer (EAK); aktiv in gewaltfreien Aktionsgruppen und in der Friedensbewegung; Mitarbeit im Redaktionsbeirat von CuS.

Gegen das bequeme Schweigen

Vor 150 Jahren, am 28. Juli 1868, ist Leonhard Ragaz zur Welt gekommen. In Zürich kämpfte er für eine neue Schweiz und gegen Militarismus. Eine Würdigung.

Von Matthias Hui

Schweigen war nie eine Option. Die Worte, die Leonhard Ragaz 1937 wählte, sind für ihn typisch – polemisch, prophetisch und patriotisch zugleich: „Wir sind damit schon im helvetischen dritten Reich. Eine Haussuchung hatten wir auch schon und gewärtigen das Weitere. Es ist uns wie-

der nicht bange für uns, aber wir schämen uns für die Schweiz.“ Anlass gaben die behördlich angeordneten Verdunkelungsübungen in Zürich. Ragaz sah darin nichts anderes als einen Vorstoss des Militarismus, eine Lüge, die falsche Sicherheit vortäuscht, Kriegsfatalismus.

Das Haus an der Gartenhofstrasse 7 in Zürich-Aussersihl, das mit ihm zum Zentrum des religiösen Sozialismus und der Arbeiter(innen)-Bildung geworden war, blieb hell erleuchtet. Die Konsequenzen – juristische Verfahren und politische Ausgrenzung –

nahm er zusammen mit seiner Frau und Gefährtin Clara Ragaz-Nadig auf sich.

Clara war in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine der bedeutendsten Feministinnen und Pazifistinnen der Schweiz. Sie verfügte über ein eigenes Netzwerk von Verbündeten in ganz Europa. Während des Zweiten Weltkriegs bot sie einigen von ihnen in ihrem Haus zusammen mit ihrem Mann und ihrem Freundeskreis Asyl. Den Namen Ragaz haben viele Menschen in der Schweiz über Jahrzehnte mit dem gewaltfreien Widerstand gegen die Verdunkelung und die Anpassung an den Nationalsozialismus verbunden.

Dorfkommunismus und Arbeiterbewegung

Das politische Handeln für eine gerechte, sozialistische Gesellschaftsordnung war für Leonhard Ragaz ein Leben lang eine Frage der Nachfolge Jesu Christi. Sein Lebensweg führte ihn vom Bergdorf über Pfarr- und Professorenhäuser mitten in ein städtisches ArbeiterInnenquartier.

Ragaz ist als Sohn einer Kleinbauernfamilie in Tamins in Graubünden geboren worden. Die solidarische Zusammenarbeit in der Dorfgemeinschaft prägte ihn. Vieles war genossenschaftlich organisiert. Ragaz sprach später vom Dorfkommunismus. In seinem um 1918 in mehreren Auflagen publizierten Buch „Die neue Schweiz“ entwarf er das Programm eines basisdemokratischen Genossenschafts-Sozialismus. Man könne nicht „politisch freie Menschen haben, die sozial unfrei sind“. In der Gemeinwirtschaft suchte Ragaz eine radikale Alternative zum Kapitalismus – für ihn ein System von Gewalt, Egoismus und Ausbeutung. Ebenfalls aus seinen Wurzeln heraus versteht sich sein konsequentes ökologisches Engagement. Auch hier war er anderen Theolog(inn)en um

Jahrzehnte voraus und bleibt heute neu zu entdecken.

Schritt für Schritt näherten sich Ragaz und die Arbeiter(innen)bewegung einander an. Zum Abschied von seinem Pfarramt in Chur schenkten ihm die Arbeiter des Grütlivereins „Das Kapital“ von Karl Marx. Als Münsterpfarrer in Basel ergriff er in einer Predigt 1903 Partei für streikende Maurer. 1908 wurde er als Theologieprofessor an die Universität Zürich berufen. In dieser Position solidarisierte er sich 1912 mit streikenden Arbeiter(inne)n. Einer seiner Artikel wurde als Flugblatt in einer Auflage von 100.000 Exemplaren unter die Leute gebracht und machte ihn zum Feind des Bürgertums. Ein Jahr später trat er der SP bei und stellte sich im Landesstreik von 1918 an die Seite der Streikenden: „Der Glaube an Christus und das kommende Reich Gottes (...) schließt alle höchsten und radikalsten sozialistischen Verheissungen und Forderungen ein.“

Reich Gottes und Befreiung

Seinen Kampf für revolutionäre Umwälzungen in der Zeit des Ersten Weltkriegs und der Revolution in Russland führte er am linken Flügel der Sozialdemokratie. Von der Dritten Internationalen, angeführt von Lenin, grenzte er sich jedoch scharf ab: Gewaltglauben und Militarismus waren für Ragaz in jedem Fall Verrat am sozialistischen Ideal.

Seine Stelle als Uniprofessor kündigte er 1922. Vom Zürichberg zog seine Familie hinunter nach Aussersihl. Statt gutgestellte Studierende wollte er Arbeiter(innen) bilden. Publizieren wollte er in aller Freiheit, unabhängig von Institutionen.

Sein größtes Werk verfasste er am Ende seines Lebens, während des Zweiten Weltkriegs: „Die Bibel – eine Deutung“. In sieben Bänden stellte er die Bibel als ein Buch der Befreiung dar. Der Befreiungstheologe avant la

lette spurte in seiner Verschränkung von politischem Aktivismus und theologischer Arbeit vieles vor, was Jahrzehnte später vor allem in Lateinamerika als „Theologie der Befreiung“ wirksam werden sollte.

Ragaz' Thema war die Botschaft vom Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit für die Erde: Eine andere, eine bessere Welt ist möglich, wenn Menschen da sind, die den Verheißungen des Reiches Gottes im Diesseits den Weg bereiten. Mitarbeiter(innen) Gottes sind für Leonhard Ragaz nicht in erster Linie Kirchgänger(innen) – von der Institution hatte er sich weit entfernt –, sondern ebenso humanistische Atheist(inne)n, revolutionäre Sozialist(inne)n, gute Eid-Genoss(nne)n.

Ragaz verstand die Bibel als ein Ganzes, als Buch der jüdischen messianischen und prophetischen Tradition. Auch hier war er der Mainstream-Theologie seiner Zeit – einer düsteren, von Antisemitismus durchwachsenen Periode – weit voraus. Martin Buber, auch er religiöser Sozialist, schrieb nach dem Tod von Ragaz im Dezember 1945: „Er war der echteste Freund, den das jüdische Volk in unserer Zeit besessen hat.“ Ragaz war über Jahrzehnte mit dem grossen Religionsphilosophen und weiteren jüdischen Denkerinnen verbunden. In der Tat führte er eine vertief-

te Korrespondenz vor allem mit Frauen, die in ihren religiösen Traditionen und politischen Bewegungen unkonventionelle Wege einschlugen.

Schweigen geht nicht

Anlässlich seiner Weigerung in den 1930er-Jahren, auf behördliches Geheiss die Lichter zu löschen, schrieb Ragaz, dass Militarismus – und darin schloss er Nationalismus und faschistische Tendenzen ein – auch in der Schweiz „in der grossen Verdunkelung weniger der Luft als der Seelen gipfelt“.

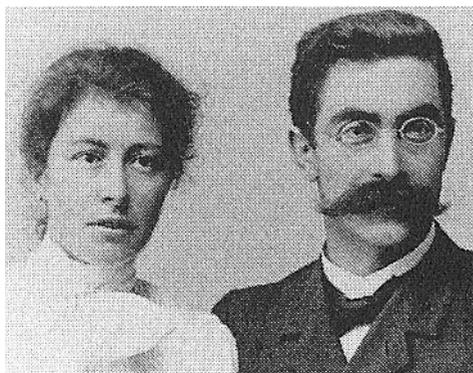
Mit moralisch und analytisch spitzer Feder äusserte er sich regelmässig in der Zeitschrift „Neue Wege“, die er 1906 mitbegründete. 1941 wurde die Zeitschrift unter Vorzensur gestellt, weil Ragaz – so die Behörden – „regelmässig die schweizerische Neutralitätspolitik kritisiere“; er „verhöhne (...) die schweizerische Wehrbereitschaft“.

Der politische Theologe verweigerte sich der Anpassung und Zensur und ging mit seiner Publikation in den Untergrund. Manuskripte wurden in verschlossenen Couverts verschickt. Erst im Sommer 1944 erschien die Zeitschrift wieder legal. In seinem Rekurs gegen die Verhängung der Vorzensur schrieb Leonhard Ragaz: „Für mich ist Reden und Schreiben Wahrheitsdienst.“ Es gehe darum, „die Stimme zu erheben, wenn göttliche und menschliche Ordnung verletzt wird, wo Gerechtigkeit, Freiheit, Menschlichkeit mit Füssen getreten werden; es bedeutet, es als Sünde zu empfinden, demgegenüber zu schweigen. Weil ich so empfinde, meine Herren, darum rede ich, auch da, wo Sie das Schweigen lieber sähen und dieses mir selbst auch bequemer wäre.“

Zuerst erschienen:

<https://www.journal21.ch/gegen-das-bequemeschweigen>

Matthias Hui ist Co-Redaktionsleiter der Zeit-



Hochzeitsbild Leonhard und Clara

schrift *Neue Wege*, die Leonhard Ragaz vor 112 Jahren mitbegründet und über Jahrzehnte geprägt hat. Die Zeitschrift erscheint seit 2018 in erneuertem Design mit dem veränderten Untertitel „Religion. Sozialismus. Kritik“.

*1962, lic. theol.

Studium der Theologie in Zürich, Berlin/DDR und Bern sowie DAS in Völkerrecht/Menschenrecht an der Universität Bern (Abschluss 2016). 1994–1998 Entwicklungszusammenarbeit in Palästina, 1999–2013 Mitarbeiter der Fachstelle OeME (Ökumene, Mission, Entwicklungszusammenarbeit) der Ref. Kirchen Bern-Jura-Solothurn.

Seit 2013 Redaktor der Zeitschrift *Neue Wege*.

Seit Dezember 2013 zu 30% bei humanrights.ch, 2014/15 Koordination der schweizerischen NGO-Arbeitsgruppe OSZE, ab 2016 Koordination der AG Aussehenpolitik der NGO-Plattform Menschenrechte Schweiz. Mail: matthias.hui@humanrights.ch



Matthias Hui

Themen und Aktionsfelder der Religiösen Sozialist(inn)en in der Vergangenheit VII

Die Phase 1996–2003

Von Reinhard Gaede

In dem Heft 1/2000 folgt als krönender Abschluss der 4. Teil des Rückblicks 50 Jahre CuS von Ulrich Peter.

„Ich soll über 50 Jahre Geschichte von CuS schreiben. Aber wie fasst man ein halbes Jahrhundert zusammen? Wie kann ich denjenigen gerecht werden, die diese Zeitung jahrzehntelang getragen haben ohne in Verdammung oder Verschönerung zu verfallen? Die Geschichte des BRSD in der Weimarer Zeit ist bekannter als die nach 1945. Außerdem ist die Quellenlage für die Zeit nach 1945 sehr dürftig. Der wichtigste Bestand, das Privatarchiv Heinrich Schleichs, Präsident des BRSD von 1950 bis 1977, wurde wie von ihm verfügt, nach seinem Tod komplett vernichtet. Viele Fragen der Bundesgeschichte werden deswegen vermutlich nie zu klären sein. Auch meine Darstellung der Geschichte von CuS leidet darunter. Aber ich soll ja keine wissen-

schaftliche Gesamtdarstellung schreiben, sagt Christa.1

Einstieg

Fangen wir ganz vorne an. Was sich 1948 als religiös-sozialistisches Organ neu gründete, war praktisch der Versuch, an der Presse des Bundes der religiösen Sozialisten vor 1933 wiederanzuknüpfen. Für die Arbeiter-Bewegung der Weimarer Republik, als deren integraler Bestandteil sich der BRSD definierte, war es selbstverständlich, dass eine sich als sozialistisch verstehende Gruppe „ihre“ Zeitung braucht. Lenin hat die Funktion einer Zeitung für eine linke Gruppe so definiert: „Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator. Was das letztere betrifft, kann sie mit einem Gerüst verglichen werden, das um ein im Bau befindliches Gebäude errichtet wird; es zeigt die Umrisse

des Gebäudes an, erleichtert den Verkehr zwischen den einzelnen Bauarbeitern, hilft ihnen, die Arbeit zu verteilen und die durch die organisierte Arbeit erzielten gemeinsamen Resultate zu überblicken“ (in: Was tun?. Kap. V.a. „Kann eine Zeitung ein kollektiver Organisator sein?“)

Hiervon ausgehend lassen sich Kriterien bestimmen, die ich im Folgenden auch auf 50 Jahre CuS anwenden will.

- Wer ist Träger der Zeitung?
- Welche Inhalte werden in welchem zeitgeschichtlichen Kontext vertreten?
- Findet durch bzw. um diese Zeitung herum ein Organisationsprozess statt?
- Welches optische Erscheinungsbild hat die Zeitschrift?

1. Frühgeschichte und Voraussetzungen

In der Weimarer Republik war die BRSD-Presse ausdifferenziert. Wöchentlich erschien das „Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes“, später unter dem Titel „Der religiöse Sozialist“ mit einer Spitzenauflage von 17.000 Stück im Zeitungsformat im Umfang von 4 Seiten, was einen Bogen umfasste. Ein Großteil wurde bei Veranstaltungen und vielerorts im Freiverkauf auf den Straßen und in den Häusern vertrieben. Seine Unterzeile „Durch christlichen Glauben zu sozialistischem Kampf! Durch sozialistischen Kampf zu christlichem Glauben!“ gab die Stoßrichtung an.

Das SDAV entsprach der oben genannten Leninschen Zeitungsdefinition. Es war eine eminent politische Zeitung. Alles was in Arbeiterbewegung, Kirche und Gesellschaft „dran“ war, spiegelte sich im SDAV. Es war das wichtigste Medium des BRSD, in ihm bildeten sich die Aktivitäten der Ortsgruppen und Landesverbände ab, und es war auch für das Zusammengehörigkeitsbewusstsein eminent wichtig. Wer

das SDAV las, gehörte dazu. Darüber hinaus gab es auch dem einzelnen BRSDler in der Diaspora das für Diskussionen wichtigste Rüstzeug an die Hand, er konnte damit werben und die geworbenen Leserinnen und Leser zur Besprechung von SDAV-Artikeln zusammenrufen. Die meisten BRSD-Ortsgruppen entstanden aus Leser-Kreisen des SDAV. Diesem agitatorischen Charakter entsprechend erschienen im SDAV keine langen Abhandlungen. Hierfür hatte der BRSD seit 1929 ein theoretisches Organ mit dem Titel „Zeitschrift für Religion und Sozialismus“ (ZRS) herausgegeben, das unter anderem die Funktion hatte, Inhalte des BRSD in die Pfarrerschaft zu tragen. 1930 betrug die Auflage 1200–1500 Stück. 1931 wurden 2000 Exemplare gedruckt. Allerdings gelang es mit der ZRS nicht, einen nennenswerten Einfluss auf die Pfarrerschaft auszuüben. Zielgruppen der ZRS waren die theologisch Gebildeten und die Meinungsträger in den Organisationen der Arbeiterbewegung, nicht zu vergessen die Funktionäre des BRSD selbst. In der ZRS ging es um theologisch-politische Selbstvergewisserung, ökonomische Analysen, Analysen der faschistischen Entwicklung, sozialistische Grundsatzfragen, neue wichtige Literatur etc.

2. Ausgangsbedingungen: Nach 1945 war nichts mehr so wie vor dem Faschismus.

Nach 1945 ging es dem BRSD wie Dutzenden anderer Organisationen, die da weitermachen wollten, wo sie 1933 zwangsweise aufhören mussten. Die deutsche Teilung ließ einen einheitlichen Organisations-Aufbau nicht zu, und viele Träger der Arbeit waren im Krieg oder im Widerstand umgekommen oder physisch und psy-

chisch verbraucht, bzw. blieben in der Emigration. In der russischen Zone lagen die ehemals starken BRSD-Zentren Thüringen, Anhalt und Berlin. Versuche, den BRSD im Osten neu aufzubauen, waren 1947/48 weit gediehen, scheiterten aber letztendlich an der Kursänderung der SED, zu der das Gros der BRSD-Funktionäre im Osten zählte.

Während sich im Osten religiöse Sozialisten vor allem der SED anschlossen, bildete sich im Westen der BRSD in Bereichen neu, in denen er entweder kaum Traditionen hatte bzw. vor 1933 sehr schwach war. Das Zentrum bildete sich in Frankfurt mit Stützpunkten in der Pfalz, in Württemberg und in Bayern. In Baden, ehemals stärkste Region, entstand nichts.

Zudem hatten sich die Rahmenbedingungen geändert. Die durch Krieg, Verfolgung und Emigration geschwächte SPD hatte einen derartigen Mangel an qualifizierten Kräften, dass sie auf das Potential an erfahrenen religiösen Sozialisten gern zurückgriff.

Diese Männer wurden schnell Abgeordnete im Land- und Bundestag, Staatssekretäre, Oberbürgermeister, SPD-Partei-vorstands-Mitglieder, ja sogar Minister. Aber sie fehlten im BRSD und besonders seiner Zeitschrift. Wenn sie publizierten, dann gleich in der SPD-Presse und nur in wenigen Ausnahme-Fällen in CuS.

Im Ergebnis war das organisatorische Potential, das eine religiös-sozialistische Zeitschriftvertreiben konnte äußerst schmal, ich schätze den Nachkriegs-BRSD in seinen besten Zeiten auf vielleicht 4–500 Mitglieder. In weiten Regionen war er kaum präsent, im Osten und im Norden fehlte er fast völlig. Zudem war er in den ersten Jahren durch die Existenz der „Arbeitsgemeinschaften für Christentum und Sozialismus“ (ACS), die sich eigenständig im Kontext der

SPD gebildet hatten und ihre Blütezeit von 1947 bis 1952 hatten, stark geschwächt und in seinem Wachstum behindert. Besonders ungünstig gestaltete sich das geringe Potential an intellektueller Kapazität, um eine Zeitschrift wie CuS auch qualifiziert zu füllen.

3. 1948: Das „Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes“ erscheint wieder

Die erste Phase der CuS-Geschichte dauert von September 1948 bis März 1949. Im September wurde vom Verlagsort Stuttgart aus die 1. Ausgabe des neuen SDAV vertrieben. Es erschien im Format A3 gefalzt, d.h. im Umfang von 4 Druckseiten A4. Von der Gestaltung her professionell gesetzt und ansprechend aufgemacht. Verantwortlich zeichnete Pfarrer Eberhard Lempp, Nellingen und als Redakteur W. Gaedicke aus Stuttgart. Die Startauflage betrug laut Impressum 20.000 Stück! Ich habe in meinem Archiv zwei Ausgaben der Nr.1, die sich allerdings in drei Punkten unterscheiden. Bei der einen steht über der Titelzeile „Mitteilungsblatt des Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands“. Bei der anderen finde ich „Arbeitsgemeinschaft für Christentum und Sozialismus (Bund der religiösen Sozialisten)“ und „Probenummer“. Das Impressum unterscheidet sich nur in einem Punkt. Als Herausgeber werden genannt „Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft für Christentum und Sozialismus (Bund religiöser Sozialisten) bzw. „Im Auftrage des Bundes religiöser Sozialisten“. „Die hohe Startauflage lässt sich erklären. Zum einen sollten sich die klassischen BRSD-Mitglieder aus der Zeit vor 1933 wiederfinden, deswegen der Name, deswegen „Mitteilungsblatt des BRSD“ und deswegen Artikel prominenter Alt-BRSD'ler wie Lempp, wie Ar-

thur Rackwitz aus Berlin und wie Emil Fuchs. Die „neuen“ Bezieher sollten aus dem Kreis der ACS kommen. Auch sie sollten sich wiederfinden können und wahrscheinlich an sie richtete sich die Grußadresse von Wilhelm Keil, Präsident des Württ-Bad. Landtages und Spitzen-SPD'ler. Seine Aussage „Die Zahl der christlichen Sozialisten ist viel größer als es scheinen will“ mag auch die Auflagenhöhe stimuliert haben.

Vom Inhalt her war das neue SDAV etwas ganz anderes als das klassische SDAV. Lempp formulierte in seinem Leitartikel „... sind wir der Ansicht, dass wir in erster Linie eine religiöse Erneuerung brauchen, und ihr wollen wir den Weg bereiten“ und stellte das SDAV in die Reihe von Blumhardt, Kutter und Ragaz. Im Weimarer BRSD war die Richtung Ragaz minoritär gewesen, jetzt schien es nur noch sie zu geben. Während in Deutschland die Demontagekämpfe tobten, Hungerdemonstrationen stattfanden, die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien auf der Tagesordnung stand und sich die Arbeiterbewegung gegen die drohende Restauration kapitalistischer Herrschaft stemmte, bestimmte Heinrich Knetsch die Aufgaben des SDAV u.a. so:

„Du willst die Armen und Enterbten sammeln und sie in die Stille führen. Du willst Ihnen sagen, wie uns der Sonntag in edler innerer Freude zum Segen für Werktag werden kann. Als Sonntagsblatt der religiösen Sozialisten willst du die Gedanken des im Sonntagsgottesdienst gehörten Bibelwortes weiterführen und vergegenwärtigen. Du willst uns sagen, dass der Gottesdienst mit der Feierstunde in der Kirche nicht aufgehört hat, sondern erst eigentlich fortfährt und sich vollendet im Dienst am Menschenbruder, an Volk und Menschheit“.

Lediglich der Artikel des Berliner Pfarrers

Rackwitz, der zu dieser Zeit SED-Mitglied war, ließ noch etwas vom sozialistischen Geist des BRSD spüren. Ansonsten war es ein eher unpolitisches Erbauungsblatt. Gemacht von Leuten mit besten Absichten, aber ohne Verwurzelung in der sozialistischen Bewegung. Der Glaube ersetzte die Analyse. Genauso wurde auch vorgegangen.

Die Zeitschrift startete ohne jegliche finanzielle Grundlage als Mitteilungsblatt eines Bundes, der noch gar nicht richtig bestand. Die geringen Rücklagen wurden durch die Währungsreform vernichtet. Es kam, wie es kommen musste. Die Bestellungen blieben weit hinter den Erwartungen zurück, und die SPD verteilte nur schleppend oder gar nicht.

Nr. 2 erschien im Oktober trotzdem wieder in einer Auflage von 20.000 Stück und der Leitartikel von Lempp auf der Titelseite hatte erneut Predigtcharakter. Die letzte Seite enthielt Berichte über die Entwicklung von BRSD und ACS in Hessen, Württemberg und NRW. Für Nr.3 vom November 1948 steuerte Emil Fuchs die Titel-Besinnung „Gott ist die Liebe“ bei. Lempp verfasste einen Artikel „Was lehrt uns die Währungsreform?“ Die kritische Geschichtswissenschaft stimmt darin überein, dass die Währungsreform von 1948, die die Ersparnisse der Massen und die Schulden der Betriebe im Verhältnis von 20 Reichsmark zu 1 DM entwertete, die Konten und Aktienpakete der Kapitalgruppen dagegen unangetastet ließ, nur als gigantische Entschuldung des Kapitals und Ausplünderung der Bevölkerungsmehrheit zu interpretieren ist. (Hier hat u.a. die Angst vor dem Euro ihre Wurzel im kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung!)

Lempp schreibt stattdessen: „Ebenso zeigt uns diese Währungsreform, wie töricht es ist, sich an Geld und Besitz zu klammern“.

mern, als ob uns dies eine Sicherung für unsere Existenz geben könnte:“ Für eine Predigt war dies vielleicht noch akzeptabel, für eine ReSo-Zeitschrift mit Zielgruppe arbeitende Bevölkerung allerdings verfehlt. Mit dieser Ausrichtung war kein Blumentopf zu gewinnen. Im Impressum fehlt ab dieser Nummer die Druckauflage. Warum wohl?

Die nächste Ausgabe 4/5 erschien erst als Doppelnummer Januar/Februar 1949. Erstmals erscheint ein literarischer Teil, der auch Buchbesprechungen enthält. Druckort ist jetzt Eßlingen. Ursache für den Wechsel dürften unbezahlte Rechnungen gewesen sein. Die folgende Nummer 6 vom März 1949 trug aufgestempelt den Hinweis „Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes ab 1. April 1949 Christ und Sozialist“.

Wie kam dies zustande?

Ein „Sonntagsblatt“, das bestenfalls monatlich herauskommt und dann noch in Doppelnummern ist bestenfalls ein Monatsaber kein Sonntagsblatt. Zudem hatte die Empirie erwiesen, dass selbst ein Monatsblatt nicht genügend Abonnent(inn)en gefunden hatte. Die finanzielle Lage war desaströs. In dieser Phase kam Heinrich Schleich aus Frankfurt ins Spiel.

Schleich kam zum religiösen Sozialismus praktisch zufällig und hatte hier vorher keine Tradition. Er war im Liberalismus organisiert und sozialisiert worden und war wahrlich kein „Linker“. Aber er war fleißig und konnte organisieren, ganz im Gegensatz zu den pazifistischen Pfarrern und ethisch-sozialistischen Kräften im Bund. Eine Entscheidung der ersten Konferenz religiös-sozialistischer Initiativen und Gruppen, die vom 1. Bis 3. Juni 1948 in Kassel stattfand, machte seinen Aufstieg leicht. Der Frankfurter Rudolf Jentzsch, vor 1933 hessischer BRSD-Landesvorsitzender, wurde mit der Leitung der Geschäftsstelle betraut.

Bundessekretär blieb er dann fast 30 Jahre! Schleich überrollte mit seiner Dynamik nicht nur Jentzsch, der sich ihm bereitwillig unterordnete. Zu dieser Zeit gab es in mehreren Regionen, so z.B. in Kassel, Württemberg, Berlin und Mecklenburg hektographierte BRSD-Mitteilungsblätter. Für Südhessen gab Schleich ein Mitteilungsblatt mit dem Titel „Christ und Sozialist“ heraus. Der Titel stammte von Ludwig Metzger, Alt-Reso aus Darmstadt. Durch Jentzsch war Schleich sehr gut über die Entwicklung des SDAV informiert, und so dürfte es kein Zufall gewesen sein, dass sich in der Folgezeit beim SDAV einiges änderte.

4. Die „CuS“-Phase unter dem Redakteur Eberhard Lempp

Das de facto bereits bankrotte SDAV erschien ab Nr.7 vom April 1949 unter dem neuen Namen CuS, diesmal im Umfang von zwei A3-Bögen, aber mit der Unterzeile „Mitteilungsblatt der religiösen Sozialisten“, so stand's auch im Impressum. Verantwortlich war weiterhin Eberhard Lempp, der Redakteur war Walter Gaedicke, der Jahre später in CuS 7/ 1951 des finanziellen Betruges an BRSD-Genossen beschuldigt wurde. Der Druck erfolgte in Stuttgart-Vaihingen. Zur Auflagenhöhe gab es keine Angabe. Auf S. 5 stand allerdings eine Mitteilung der Redaktion.

„Um unserm Blatte einen größeren Leserstamm zu sichern und es damit finanziell endlich auf feste Füße zu stellen, haben wir mit Kreisen des uns nahestehenden Versöhnungsbundes vereinbart, unser Blatt gemeinsam mit ihrem Blatte („Die Versöhnung“) herauszugeben, in der Weise, daß der Hauptinhalt des künftigen Blattes in derselben Druckerei für beide Gruppen gemeinsam herausgegeben wird,

daß aber für unsere Leser der Titel „Christ und Sozialist“ nach wie vor bleibt und auf den letzten Seiten gesondert über unsere spezielle Arbeit Bericht gegeben wird. Das Blatt wird dadurch etwas größer, aber es erscheint dann nicht mehr alle Monate, sondern zwanglos alle 2-3 Monate, wozu wir ja in letzter Zeit sowieso gezwungen waren.“

Schleich stellte es später so dar, als habe er „Lempp unverbindlich die Erlaubnis erteilt“, den Frankfurter Namen zu verwenden. Sicher ist jedenfalls, dass er von Frankfurt aus die von Lempp aufgehäuften Schulden abtrug.

CuS unterschied sich kaum vom bisherigen SDAV. Drei Veränderungen fallen allerdings auf. Allgemeine Politik wird wahrgenommen, insofern sie sich auf Fragen des Pazifismus erstreckt. So wird etwa in Nr.8/1949 (ohne Datum und Monat) auf das Grundgesetz Bezug genommen und der Art.4 „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden“ positiv hervorgehoben. Außerdem werden verstärkt Fragen des christlich-jüdischen Dialoges und des Antisemitismus aufgenommen. Und erstmalig finden sich Inserate im Heft. So sucht etwa ein „Landwirt, 45 Jahre, charaktervoll, mit schönem Anwesen ein lieb, und tücht. Mädchen bis 36 Jahre zu baldiger Heirat“.

In diesem Heft wird auch erstmalig über finanzielle Probleme berichtet. „Wir haben noch Außenstände im Betrag von etwa 250,-DM. Daneben warten noch die Drucker und Papierlieferanten auf Bezahlung ihrer Arbeit“. Das Einzelexemplar kostete 25 Pf. Somit waren 1000 bestellte Exemplare noch nicht bezahlt. Die Nummer 11/1949 „mit dem Schwerpunkt „Zum 30. Todestag von Christoph Blumhardt“ war zu 2/3 gefüllt mit Beiträgen Lempps. Diese Ausga-

be war so zeitlos, dass 4/5 des Umfangs heute bei minimalen Änderungen nachdruckbar wäre, ohne dass dies auffiele.

Mit Beginn des Jahrgangs 1950 erfolgte aufgrund des ökonomischen Drucks eine Veränderung im Erscheinungsbild von CuS. Von A3 wurde auf A4-Bögen reduziert und CuS erschien künftig im Broschürenformat einspaltig, statt bisher dreispaltig. Der Umschlag war etwas dicker als die normalen Druckseiten, aber weiß und auch mit Text bedruckt. Verantwortlich zeichnete weiterhin Lempp, Redakteur Johannes Göpner, der Druckort war jetzt Altensteig/Württemberg, danach Mannheim-Seckenheim. Zu den Autoren zählte jetzt auch regelmäßig Heinrich Schleich. In diesem Jahrgang ist CuS deutlich politischer, weniger zeitlos und informativer geworden. Der Umfang betrug jetzt 24 Seiten A5, und es erschienen besondere Werbenummern mit geschmackvoll gestalteten Titelseiten. So z.B. die zweifarbige Nr.7/8 1950 zum zweiten evangelischen Kirchentag in Essen. Ebenso geht die finanzielle Sanierung von CuS weiter. Der Bezugspreis wird um 25% von 3,-DM jährlich auf 4,-DM jährlich angehoben.

5. „CuS“ im „Schleich-Tempo“

Im Herbst 1950 war Lempp am Ende. Der Schuldenberg war für ihn nicht mehr zu regulieren. Am 8.10.1950 fand eine Krisensitzung in Frankfurt statt. Sie hatte ein Ergebnis: Schleich übernimmt CuS und alle aufgelaufenen Rechnungen und Belastungen. Nummer 9/10 des CuS-Jahrgangs 1950 ist eine Zäsur, die aber redaktionell nicht deutlich gemacht wird. Als Herausgeber und Schriftleiter treten Heinrich Schleich und Albert Zschaler auf, der bereits in Nr. 8/1951 aus der Schriftleitung verschwand. Druckort ist ab jetzt Frankfurt

und die Druckerei Carl Bornkessel. Sie druckte CuS bis 1977. Außerdem erscheinen jetzt in CuS gewerbliche Anzeigen aus Wiesbaden und Frankfurt und ganzseitige Anzeigen des „Konsum“, der damaligen Konsumgenossenschaft der Arbeiterbewegung sowie der ebenfalls zu den Konsumgenossenschaften gehörenden „Südwestdeutschen Textil-Versorgung“. Erstmals inserierte in Nr.1 /1951 die „MoHa“-Milchversorgung Frankfurt/ Main, die bis zum Ende der 60er Jahre Hauptinserent von CuS blieb. Es wurde in diesem Heft beklagt, dass viele Bezieher mit der Abo-Zahlung im Rückstand waren. Mit der finanziellen Klemme wurde eine erneute Preiserhöhung auf 4,60 DM jährlich begründet. In Nr.3 / 1951 wurde vermerkt, dass „mehr als die Hälfte der Bezieher mit der Zahlung in Verzug ist“. Schleich war als Bundesleiter des BRD und Schriftleiter von CuS mit einer Ämter- und Machtfülle im BRSD ausgestattet, die neben ihm keinen Raum ließ. Näheres hierzu spare ich mir, denn Heinz Röhr hat sich hierzu in CuS 2/95 in seinem Aufsatz „Der Bund der religiösen Sozialisten nach 1945“ ausführlich geäußert. Es gab nach 1951 den BRSD als arbeitende Organisation außerhalb Frankfurts und Kassels nicht mehr. Aber Schleich schaffte es trotzdem, ständig prominente Sozialdemokraten an den Bund heranzuführen bzw. sich als religiöse Sozialisten verstehende SPD-Mandatsträger auch zu Beiträgen in CuS zu motivieren. Eine flüchtige Auszählung meinerseits ergab für die 50er Jahre drei Minister, vier Mitglieder des SPD-Bundesparteivorstandes und sechs Bundestagsabgeordnete. Unter Führung Schleichs kam es dazu, dass der BRSD der SPD gegenüber eine negative Avantgarderolle einnahm – er forderte früher als die Partei die Wiederbewaffnung der BRD, vertrat die Akzentuierung der

Frontstellung „gegen den Osten“ und lobte den Westen über den grünen Klee. Da Schleich in „seiner“ Zeitschrift keine anderen Positionen zuließ, diese sogar verfälschte um sie dadurch besser als „kommunistisch bestimmt“ diffamieren zu können, sank die Bereitschaft pazifistischer BRSD'ler, CuS zu vertreiben. So bestellten etwa 1953 ganze Ortsgruppen in Württemberg CuS ab. Schleich zwang Eberhard Lempp, der CuS begründet hatte, zum Rücktritt als württembergischer Landesvorsitzender, da dieser sich als Pazifist exponiert hatte und aus der SPD ausgetreten war. Zusammen mit Lempp schieden andere ReSoS aus. CuS verarmte intellektuell immer mehr, und sein Trägerkreis reduzierte sich kontinuierlich. CuS erschien häufiger verspätet, das letzte Heft eines Jahrgangs erschien erst im nächsten. Aber es erschien. Schleich bezahlte den Drucker, bezahlte das Porto. Womit, wo doch die Abo-Zahl kontinuierlich sank? Die Quellen und die Zeitzeugen antworten hier übereinstimmend: Weitgehend aus eigener Tasche.

Wundersamerweise war das Heft auch immer voll. Sogar die Zahl der Autoren nahm zu. Scheinbar wenigstens, denn CuS wurde zum Tummelplatz der Pseudonyme. So schrieb Schleich wahlweise und oft in der gleichen Nummer als: Heinrich Schleich, Schleich-Eurige, H. Dienstbach, hs, hse. H.D. und Eurige, während Rudolf Jentsch nicht nur als solcher, sondern auch als M. Mietchen und Rudolf Mietchen firmierte.

Aus dem Jahrgang 1953 stammt mein erstes CuS-Heft im braungelben Umschlag. Das erste Heft meiner Sammlung im sog. Schleich-Gelb stammt aus dem Jahrgang 1958.

Es gibt in dieser Periode kaum lesenswerte Artikel, von den Nachrufen zum

Tode alter religiöser Sozialistinnen und Sozialisten und den Berichten über den religiösen Sozialismus im Ausland abgesehen. Ein einziges Heft fällt aus dem Rahmen, die Nr.10-12 des Jahrgangs 1958, die dem 40. Jubiläum der deutschen religiösen Sozialisten und 10 Jahren CuS gewidmet ist mit Beiträgen von Georg Wünsch, Eberhard Lempp, Willem Banning vom internationalen Bund der religiösen Sozialisten und natürlich von Schleich. Daneben Grußworte über Grußworte, von Tillich, von Eduard Heimann, von den Ministern Metzger und Hennig, Staatssekretär Tröscher. Und von Willi Eichler für den PV der SPD. Dieser Nummer ist auch zu entnehmen, daß CuS jetzt pro Jahr 5,- DM kostet.

In der Zeit nach 1963 publiziert Heinz Röhr regelmäßig in CuS. Von seinen Beiträgen sind besonders zu nennen: Die Stichworte des „Theologischen Wörterbuches“, die Berichte von den Treffen der Habertshöfer und Neuwerker und die Vielzahl von Aufsätzen zu Geschichte und Theorie des religiösen Sozialismus. Ich hatte bei der Lektüre dieser CuS-Jahrgänge immer den Eindruck, dass CuS jeweils erst in der Druckerei aus zwei völlig verschiedenen Teilen zusammengesetzt wurde. Röhr schrieb im gen. CuS-Artikel von 1995: „Vertrat ich neben Schleich eine betont linke Linie, auch in CuS – und Schleich ließ mich gewähren“. Warum, hätte mich sehr interessiert. Hatte es möglicherweise damit zu tun, dass Röhr die Rolle des „zweiten Mannes“ nach Schleich akzeptierte und dass von ihm nicht die Gefahr des Vatermordes ausging?

Außerdem wird Schleich gewusst haben, dass das blutarme CuS dringend eine intellektuelle Transfusion braucht. Auch herrschte Artikel-Mangel, was unter anderem dadurch deutlich wurde, dass es viele Hefte gab, in denen 1 bis 3 Seiten frei blie-

ben und das bei einem Heftumfang von max. 32 Seiten. In jeder Nummer prangte auf der gesamten Rückseite die Anzeige „und deshalb Moha-Milch“, auf dem Titelbild war nur der Name CuS und die Ausgabe, und auf S. 2 des Umschlages befand sich das Inhaltsverzeichnis. Fester Bestandteil war die Rubrik „Von neuen Büchern, die uns interessieren“ im Umfang von 4 bis 9 Druckseiten, gefüllt mit nur wenige Zeilen umfassende Kurzbesprechungen von H.S. Informativ vor allem für denjenigen, den interessiert, was Schleich alles so las.

Wieviel zahlende Abonnenten es nach 1951 gab, wird unbekannt bleiben. Sicher ist jedoch, daß CuS in vielen Truppenbüchereien der Bundeswehr vorhanden war, ob als bezahltes Sammelabo oder als Geschenk habe ich nicht ermitteln können. Das Verteidigungsministerium hätte in jedem Fall ein Abo nicht zu bereuen gehabt. Eine kleine Geschmacksprobe: „Welchen Schaden haben unsere übermodernen Philosophen, die gegen alles und für nichts sind, angerichtet, wenn sie unsere westliche Jugend zum Haß gegen jegliche Autorität aufputschten“. Diese Sequenz stammt nicht aus einem Organ der rechten CDU oder der NPD, sondern aus dem Artikel „Zwischen Angst und Hoffnung – Was lehrt uns die Tragödie der CSSR?“ in CuS 3/ 1968, gezeichnet von H.S. Eurige. Wer wollte dafür 1968 ein Jahresabo von 6,-DM bezahlen? Diese Propaganda gab es seitens der Regierung kostenlos.

In den Folgejahren verödete CuS noch weiter. Nach meinen Unterlagen scheint es kaum noch Abonnenten gegeben haben. Heinz Röhr berichtet, dass die Auflage bis zu 1.000 Stück betrug, die Schleich bezahlte. Da mittlerweile auch die Moha-Milch abtrünnig geworden war, gab es überhaupt keine Einnahmen durch Inserate mehr.

Schleich versandte kostenlose Ausgaben und verschenkte die überwiegende Anzahl in Kirchen, SPD usw.

Die Nummer 4/1974 kündigt große Veränderungen an. Rita Wienand schreibt „Unser Weg zum Religiösen Sozialismus-Der Kohlenkeller an der Universität Bochum“ und kündigt für den 1.1.1975 den Eintritt von 11 Bochumerinnen und Bochum in den BRSD an. Für den damaligen BRSD, mit max. 50 zahlenden Mitgliedern, kaum jemand unter 60, eine halbe Revolution. In Heft 2/1975 schreibt Prof. Günter Ewald über „Portugal – ein zweites Kuba“. Zur Erinnerung: In Portugal hatte die „Nelkenrevolution“ das Regime Salazar gestürzt, und die Linke schaute fasziniert auf die portugiesischen Entwicklungen, die statt zum Sozialismus zu Mario Soares führten. Ewald nimmt für das revolutionäre Portugal Partei. Unmittelbar danach kommt ein Artikel „Vom Nationalsozialismus zum Internationalsozialismus“ mit der Gleichung Rot = Braun. Es war dasselbe Blatt! In diesem Jahr fällt eine weitere Preiserhöhung auf 10,-DM. 1976 folgt eine weitere auf 15,-DM. CuS druckt in diesem Jahrgang u.a. Beiträge von Arnold Pfeiffer, Helmut Gollwitzer, Günter Ewald, die das Niveau deutlich anheben.

Aber noch immer ist CuS zwei Zeitschriften in einer und dem Einen, der in CuS auch Leserbriefe gegen einen Chile-Beitrag Ewalds unkommentiert abdruckt, in denen dieser diffamiert und der chilenischen Militärjunta zugejubelt wird, gehört die Zeitschrift auch noch.

6. „CuS“ wird rot: Die Ära der leitenden Redakteure Siegfried Katterle, Klaus Kreppele und Erhard Griese 1977-1992

Die Nummer 1/1977 leitet eine neue CuS-Ära ein. Die Bochum-Bielefelder Gruppe gibt als ersten Versuch ein rotes CuS heraus. Das einzige was noch an Schleich er-

innert, ist die Verlags-Nennung. Ansonsten in der Redaktion außer Heinz Röhr nur neue Namen, darunter Reinhard Gaede. Dafür bei den 9 Autoren vier Professoren. Verantwortlich für die Nummer war Ewald statt Schleich. Im Inhalt kein Schleich, dafür ein Dutschke-Lied von Wolf Biermann, damals noch Kommunist. Und vor allem neue „Vorläufige Leitsätze“. Ein Heft mit links-sozialdemokratischer Ausrichtung. Im damaligen zeitgeschichtlichen Kontext der Nach-Studentenbewegungsjahre war diese Ausrichtung im links-kirchlichen Milieu eher gemäßigt. Man erinnere sich: Im kommunistischen Arbeiterkampf diskutierte die „Pfarrerkommission“ über Jesus, und nicht nur Antje Vollmer war bei den Maoisten, auch wenn viele ihre Vergangenheit für ungeschehen erklären möchten. (Nicht nur heute gilt: Die größten Kritiker der Elche waren früher selber welche!)

Auch wenn das Heft nicht rot gewesen wäre, Schleich hätte rot gesehen. Trotzdem: Seine Zeit war vorbei, auch wenn er sich wehrte und verstockte. Es kommt, wie es kommen musste. Wer nicht freiwillig und rechtzeitig abtritt, wird abgetreten. Darüber hat Reinhard Gaede in „Signalfarbe rot“ in CuS 4/96 ausführlich berichtet.

Fortsetzung folgt

Deswegen verzichte ich ab sofort auch auf die Fußnoten und die Angaben, woher ich all diese Erkenntnisse habe. Wer dies unbedingt wissen möchte, sende mir einen mit 3,-DM frankierten Rückumschlag an meine Adresse Fechnerstr.18, 10717 Berlin. (Heutige Adresse bei der Redaktion)

Die Sozialdemokratie und Karl Marx

Von Elmar Klink

Mit Marx zur Theologie der Befreiung

Karl Marx heftete seiner Lehre das Attribut des „wissenschaftlichen“ Sozialismus an und setzte diesen gegen einen „utopischen“ Sozialismus (siehe Friedrich Engels Schrift: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“). Er lieferte damit neben der Betonung der Wissenschaftlichkeit seines Werks auch vermeintlich objektive Kriterien, die viel später politisch von den Inhabern und Verwaltern marxistisch-kommunistischer Definitionsmacht dazu missbraucht werden konnten, Gegner, die nicht „auf Linie“ lagen in den eigenen Reihen zu diffamieren, in Parteitribunalen und Schauprozessen der Abweichung zu bezichtigen und damit ihre inquisitorische Verfolgung bis zu Verbannung in Lagern (GULAG), Inhaftierung in Gefängnissen und massenhaften Liquidationen zu rechtfertigen (Stalin-Ära). Die dunkle Seite eines willkürlichen „Sozialismus der Galgen“ (Albert Camus) und der Tribut einer blinden Gefolgschaft an einen ideologischen „Gott, der keiner war“. Allzu oft warfen dogmatische Marxisten anderen sozialistischen Denkrichtungen wie etwa dem Anarchismus und Anarcho-Syndikalismus oder genossenschaftlichem Sozialismus eine kleinbürgerliche Verirrung vor. Es war der jüdische Religionsphilosoph und freiheitliche Sozialist Martin Buber, der 1950 in seinem Buch „Pfade in Utopia“ (auch „Der utopische Sozialismus“) den verdrängten Traditionen nachspürte und anarchistische Denker wie Proudhon, Kropotkin und Landauer gleichrangig neben Marx' und Lenins Beiträge zur gesellschaftlichen Erneuerung stellte.

Der Schriftsteller und 68er-Aktivist Peter Schneider bemängelt in der TV-Dokumentation „Marx und seine Erben“ (D 2018) an Marx als Makel, dass es in seinem ganzen Denkgebäude keinen Satz gäbe wie du sollst nicht töten. Keinen Ansatz zu einem ethischen Imperativ. Im Gegenteil ziehe sich eine Blutspur durch die marxistische Geschichte. Dieser pauschalen Feststellung muss jedoch widersprochen werden, Marx hat keinen einzigen Menschen umgebracht. Und er hat sehr wohl in den oben schon erwähnten „Pariser Manuskripten“ eine zuerst anthropologische, dann historische Theorie der Entfremdung des Individuums entwickelt, mit der er den menschlichen Eigenwert als humanes Wesen hervorhob. Dies unterstrich auch der katholische Moraltheologe und Sozialethiker Theodor Steinbüchel in seinem exzellenten Marx-Essay von 1946 „Karl Marx, Gestalt – Werk – Ethos“ (in: T. Steinbüchel: „Sozialismus“; 1950). Der religiöse Sozialist und Brückenbauer zwischen Christentum und Marxismus, Emil Fuchs, widmete dem Thema „Christliche und marxistische Ethik“ gleich zwei Bände (Band I, 1956). Beide Quellen sind zum Verständnis des christlich-marxistischen Dialogs, wie er danach zwischen Vertretern aus Ost und West z. B. im Weltfriedensrat und in der Christlichen Friedenskonferenz (Josef L. Hromádka, Milan Machovec u. a.) einsetzte, von großer Bedeutung. Siehe auch die Beiträge dazu des 2015 verstorbenen evangelischen Theologen und CuS-Autors Wieland Zademach („Marxistischer Atheismus und die biblische Botschaft von der Rechtfertigung des Gottlosen“; 1973 und „Eurokom-

munismus – Weg oder Irrweg“; 1979) und Helmut Gollwitzer („Die marxistische Religionskritik und der christliche Glaube“; 1970). Die progressiven Dogmen-Aufbrüche des zweiten Vatikanum 1961-65 inspirierten vor allem in Lateinamerika eine politisch-theologische Bewegung für eine „Theologie der Befreiung“, in welcher der christlich-marxistische Dialog eine spezielle Vertiefung erfuhr und Fortsetzung fand, die in konkretes soziales Handeln mündete. Eine wichtige Zäsur stellte die 2. Lateinamerikanische Bischofskonferenz im kolumbianischen Medellin 1968 dar. Es fand zum Missfallen Roms eine politische und ideologische Differenzierung in der Katholischen Kirche statt und kam zur massenhaften Bildung christlicher Basisgemeinden sowie einer Auseinandersetzung mit der sozialistischen Theorie (Näheres z. B. bei U.-J. Heuer, S. 263f.). Die neu entstandene Befreiungstheologie (G. Gutierrez, F. Betto, L. Boff, E. Cardenal u. a.) wirkte wiederum auf die übrige Welt und besonders Europa zurück, wo sich christlich-sozialistische Gruppen neu bildeten. Der „Kommunismus der Bibel“ erschließt sich für diese aus materialistischer und sozialgeschichtlicher Bibelauslegung und dem Verständnis einer „Bibel in ge-rechter Sprache“.

Dass sich immer nur bestimmte „Marxismen“ durchsetzten, hat damit zu tun, was andere unter spezifischen Bedingungen daraus gemacht haben. Ein undogmatischer marxistischer Denker der „1968er“ wie Rudi Dutschke versuchte noch, in Differenzierung zwischen dem westlichen und asiatischen Weg zum Sozialismus „Lenin auf die Füße zu stellen“ (siehe seine gleichnamige Dissertation von 1973). Marx dachte zuletzt daran, dass sich der Kommunismus am besten in unterentwickelten Ländern wie Russland oder China durchsetzen lassen würde. Er rechnete eher damit in hochent-

wickelten kapitalistischen Ländern wie Deutschland oder England (siehe F. Engels' Studie „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“), wo ihm die Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in ihren Widersprüchen am entwickeltsten genug erschienen, dass ihre Proletariate den historischen dialektischen Umschlag in einer sozialen Revolution herbeiführen könnten.

Von Marx zur SPD

Marx formulierte seine grundlegende Kritik der politischen Ökonomie u.a. in Auseinandersetzung mit den ökonomischen Vorläufertheorien von Adam Smith und David Ricardo. Die Marx-Freunde Moses Hess und Wilhelm Weitling lieferten den Begriff des Kommunismus, Marx' mit und gegen die dialektisch-idealistische Geschichtsphilosophie Hegels und mithilfe der materialistischen Religionskritik. Feuerbachs entwickelte Lehre (siehe „Thesen über Feuerbach“; „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“, „Die deutsche Ideologie“, ist in erster Linie ein Werkzeug zum Verständnis und zur Kritik der politischen Ökonomie (Ware, Tausch, Geld, Preis, Profit, Arbeit, Zirkulation, Distribution, Akkumulation, Lohn, Mehrwert usw.) und ihrer Produktivkräfte in ihren Auswirkungen auf Mensch, Natur und Gesellschaft (vgl. Alfred Schmidt: „Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx“). In zweiter Linie lieferte Marx auch eine Ideologie- und Religionskritik („Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, dass der Mensch das höchste Wesen für den Menschen ist ...“. K. M., 1844). In dem Zusammenhang fiel auch der vielleicht am meisten sinnverdrehte, missverständliche Marx-Satz: „Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes.“ (MEW 1, S. 378, 1844)

Die ökonomische Lehre von Marx konnte und kann als Maßstab auf fast alle Länder angewendet werden, in denen diese Produktivkräfte in ihrem zerstörerischen Ausmaß hervortreten. Die zu Marx' Zeit gegründete, damals noch revolutionäre Sozialdemokratie und ihre Vorläufer wurden von ihm aufmerksam beobachtet bis skeptisch beäugt. August Bebel und Wilhelm Liebknecht standen Marx nahe und mit ihm in einem regen Austausch. Zur Vereinigung 1875 des Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins mit Liebknechts Sozialdemokratischer Arbeiterpartei zur Sozialistischen Arbeiterpartei, verfasste Marx die „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei“ (Kritik des Gothaer Programmentwurfs), in dem er u. a. zu viel Lassalleschen Reformeinfluss feststellte und kritisierte. Sie blieben in Parteikreisen allerdings ein nur wenig zirkulierendes, unbekanntes Dokument und wurden von Friedrich Engels posthum erst 1891 veröffentlicht, da zuvor durch Bismarcks Sozialistengesetze die Sozialistische Partei verboten worden war.

In der unvollendeten deutschen Revolution 1918/19 spaltete sich von der SPD, die nun in die bürgerliche Regierungsverantwortung (Ebert, Scheidemann) eintrat, u. a. über der Frage der Kriegskredite die USPD ab, von der sich ein Teil mit dem von Liebknecht/Luxemburg gegründeten Spartakusbund zur KPD vereinte. Ein sozialdemokratischer Reichswehrminister spielte mit Deckung höchster SPD-Repräsentanten und im Verbund mit illegaler „schwarzer“ Reichswehr (Freikorps) bei der militärischen Niederschlagung des Spartakusaufstandes in Berlin und roter Räterepubliken in Bremen, München und anderswo eine unrühmliche, kontraproduktive Rolle. Diese verstand und rechtfertigte Gustav Noske so, dass einer den „Bluthund“ geben musste.

Noske wurde alsbald in der SPD zur ungeliebten Randfigur. Rechte Freikorps ermordeten 1919 Liebknecht und Luxemburg. Die linkssozialistischen Räterepublikaner Kurt Eissner und Gustav Landauer fielen ebenfalls politischen Morden von rechts zum Opfer. Gewalt und Terror kamen in Deutschland immer zuerst von rechts.

SPD nach 1945

Die SPD hat sich nach 1945 von ihrer ursprünglich marxistischen Grundlage und Ausrichtung als einstiger Arbeiterpartei mit dem Godesberger Programm von 1959 verabschiedet und versteht sich seither als fortschrittliche Volkspartei der linken bürgerlichen „Mitte“. Es bleibt im Grunde ein Rätsel, sieht man vom bestimmenden Einfluss damaliger Wortführer und Koryphäen ab, warum sie sich nicht als moderne Arbeiterpartei neu definieren und ausrichten konnte und wollte, zumal die KPD verboten war und gewiss viele Kommunisten in sie eingetreten wären. Marx bei der SPD außer in wenigen linken Nischen (früher Peter von Oertzen, Manfred Coppel, Karl Heinz Hansen, der „rote Jochen“ Steffen, Heidemarie Wiczorek-Zeul u. a.) noch zu finden, ist heute weitgehend Fehlanzeige. Der heute nicht mehr in der Partei aktive Sozialexperte Rudolf Dressler (ehem. im Parteivorstand und MdB), auch CuS-Autor, repräsentiert noch immer als Außenseiter in der SPD eine kluge „linke Stimme“. Er warnt beharrlich vor den Folgen von Hartz IV für die Betroffenen und sprach sich im Herbst 2017 für Neuwahlen aus. Auch Erhard Eppler ist zu Aktivzeiten als ein Garant für konstruktive Entwicklungs- und Friedenspolitik zu nennen. Auch er schrieb für CuS. Und nicht zu übergehen ist auch eine sozialdemokratische Gestalt wie Gustav Heinemann, der als souveräner Justizminister und Grundrechtverteidiger, später erster SPD-Bundesprä-

sident, wirkte und den berühmten Imperativsatz prägte vom „Frieden als Ernstfall“. Aber solche klaren Persönlichkeiten und Stimmen sucht man heute in der SPD, wo nur noch das Mittelmaß bestimmt, weithin vergebens. Es gibt keinen einzigen Linken, keine Linke von Format und Einfluss mehr in der Partei. Und Nachwachsene wie der Juso-Vorsitzende Kühnert passen sich jetzt schon an den Mainstream in der Partei an.

Sozialdemokratischer Reform- Aufbruch und Polizeiaufrüstung

Der ab 1969 neue SPD-Bundeskanzler und Antifaschist Willy Brandt war mit dem ehrlichen Slogan „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ die linksbürgerlich gemäßigte Reformantwort auf den linksradikalen Studentenaufbruch der Jahre 1965-68. Manche meinen sogar überspitzt, er hätte dadurch den (West-)Deutschen eine Revolution erspart. Er läutete damit ein sozialliberales Jahrzehnt des innergesellschaftlichen kulturellen Aufbruchs, der vertraglichen Verständigung mit der DDR und Staaten in Osteuropa und auch demokratischen Reformen ein, Mitbestimmung, Abtreibungs-Paragraph, Bildungs- und Hochschulreform usw., die durch die paranoide Praxis der antikommunistischen Berufsverbote wiederum auch getrübt wurde. Nie fiel es der SPD im Unterschied zu Union und FDP ein, eine gewählte deutsche Regierung durch nur für den Notstandsfall vorgesehene, legale Geschäftsordnungs-Mittel des Parlaments aus dem Amt zu hebeln, wie es mit den so genannten konstruktiven Misstrauensvoten in den Jahren 1976 und 1982 der Union gegen die Schmidt-Regierung geschah. Nach Brandts wegen der Guillaume-Affäre von Kräften in der eigenen Partei erzwungener Ablösung 1974, übernahm Helmut Schmidt eher widerwillig die Kanzlerschaft und rudernte teilweise zurück. Im „Deutschen



Karl Marx

Herbst“ 1977 zeigte sich der ehemalige Wehrmacht-Leutnant hart und unnachgiebig. Der westdeutsche Staat gab sich wehrhaft, reagierte hys-

terisch aufgeschreckt auf den Terror einiger weniger „völlig über“ (Gerhart Baum, FDP) und opferte aus rigider Staatsraison mit dem durch ein „RAF-Kommando“ entführten und ermordeten Hanns Martin Schleyer sogar einen seiner treuesten Repräsentanten. Die Befreiung der Lufthansa-Geiseln in Mogadischu verschaffte der neuen geheimen Sonderpolizeitruppe GSG 9 allgemeine Anerkennung und gesellschaftliche Akzeptanz. Fortan rüstete der Staat – ob unter Führung von Union oder SPD – auch ohne konkrete Terrorbedrohung seine speziellen Ordnungskräfte weiter auf. Sie tauchen heute nicht nur in fast schon jeder zweiten TV-Tatort-Folge als schwer bewaffnete SEKs mit Zugriffsoption auf, sondern nahezu bei jeder größeren Demonstration als paramilitärisch ausgestattete und verummumt agierende Bundespolizei im Inneneinsatz.

SPD seit den 1990er Jahren

Bundespräsident Steinmeier (SPD) nahm die Marx-Ehrung zum Anlass, zu einer Auseinandersetzung mit Marx' Werk und Persönlichkeit aufzurufen. Wörtlich: „Ich glaube; Wir Deutschen, 2018, sollten Karl Marx weder überhöhen noch aus unserer Geschichte verbannen.“ „Wir müssen uns vor Marx nicht fürchten – noch müssen wir ihm goldene Statuen bauen.“ „Kurzum: Marx soll

streitbar bleiben.“ „Karl Marx war in all seiner Widersprüchlichkeit ein großer deutscher Denker.“ Unschwer ist in dieser ambivalenten Haltung der gewisse Bruch der SPD zu Marx nicht zu verkennen. In ähnlichem Tenor äußerte sich die bei der Trierer Marx-Feier anwesende, zuständige SPD-Ministerpräsidentin Malu Dreyer, die in ihrer Ansprache dafür plädierte, Marx' Verdienste weder zu schmälern noch ihn zum „Heiligen“ zu verklären. Während die aufmarschierte rechte AfD lautstark gegen „zuviel Jubel um Marx“ protestierte.

Die Sozialdemokratie hat vor allem seit Anfang der 1990er Jahre, die im vereinten Deutschland unter dem Zeichen der „Rekonstruktion des nationalen Subjekts“ (G. Fülberth) standen, fast 10 Millionen Wähler(innen) verloren und ist im selben Zeitraum etwa um die Hälfte ihres Mitgliederumfangs auf noch 458.000 geschrumpft. Dagegen verzeichnete man in der kurzen Schulz-Hochphase gerade mal ca. 26.000 Parteineueintritte. Einstige sichere „rote Bastionen“ wie das Ruhrgebiet gingen mit dem Ende der großen Kohle- und Stahlstandorte verloren, NRW wird heute CDU-FDP regiert, ähnliches geschah an der Saar (heute Union-SPD geführt). Lag ihr Arbeiteranteil in den frühen 1930er Jahren noch deutlich über 60 %, beträgt er heute noch 16 %(!) und ist der der Angestellten deutlich angewachsen auf 30 %. Diese rechnen marxistische Theoretiker inzwischen zum „Proletariat“. Es ist das nivellierende Streben in eine ideologisch verklärte, diffuse „Mitte“, die es als Klassen- oder relevante soziologische Kategorie gar nicht gibt, die die SPD neben bestimmten demographischen Faktoren viel von ihrem treuen Anhang und Zuspruch von außen gekostet hat. Es hat sie aber seit 2005 fast im Dauerzustand in die koalitionsfähige Nähe zu den Christlich-Konservativen der Union gerückt. Es darf nicht

übersehen werden, dass bei der September-Wahl 2017 Union und SPD zusammen nahezu 1,5 Millionen Stimmen an die rechts-nationale Alternative für Deutschland (AfD) verloren haben. Rechnet man die starke Abwanderung von der Linkspartei zur AfD hinzu, sind es 2 Millionen! Die Konzentration auf die „Mitte“ öffnet eindeutig Räume nach rechts. .

Einzig in der KPD (1956 verboten) und DKP (1968 neu gegründet) und bei den Jungsozialisten fristete in der alten BRD der Marxismus als Theorie des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ ein organisiertes Überleben. Es bleibt aber anzumerken, dass es nicht nur die eine marxistische Theorie gab und gibt innerhalb dieser Parteien und Vereinigungen, die nur einen Ausschnitt davon repräsentieren und heute zudem bei uns bedeutungslos sind. Der Niedergang des „realen Sozialismus“ hat kurioserweise nach 1990 dazu wesentlich beigetragen, dass ein neuer offener Blick auf einen pluralen Marxismus wieder möglich wurde. Die SPD schwieg im Wesentlichen zur neuen Lage. Sie musste erst noch verdauen, dass ihr Kohl und Genscher bei der Lösung der nationalen Frage 1989/90 ohne nennenswertes historisches Eigenverdienst (außer DM-Millionen für Ungarns Grenzöffnung und DDR-Kredit, die das Land bewusst kaputt sanierten), die Schau gestohlen und im Grunde schon ablösereif sich mit blühenden Landschafts-Versprechungen in eine weitere gemeinsame Regierungszeit gerettet hatten. Ein guter Teil des vollzogenen ideologischen Wandels fand in der Diskussion und theoretischen Neuorientierung innerhalb der „Partei des demokratischen Sozialismus“ (PDS) statt, welche die ehemalige DDR-Staatspartei SED nach deren kampflosen Selbstauflösung beerbte bzw. zu beerben hatte. Sie war der einzige Garant für den Erhalt eines differenzierten DDR-Bildes nach der

forcierten, politisch-ökonomisch-ideologisch konzentrierten Abwicklung (Treuhand, Enquêtekommission des Bundestags zur SED-Diktatur, Gauck-Stasi-Behörde, Honecker-Anklage usw.). Plötzlich wurden wieder bis dahin verfernte Kommunisten wie Bucharin und Trotzki interessant und diskutiert. Es wurde wieder möglich, den Marxismus als Teil einer gesamten sozialistischen Theorie und Strategie zu denken und hinsicht-

lich politischer Praxis zu entwerfen. Damit sei nicht gesagt, dass die Linkspartei eine marxistische wäre, aber die marxistische Philosophie spielt in innerparteilichen Arbeitsgemeinschaften und Strömungen wie der ‚Kommunistischen Plattform‘, der ‚Antikapitalistischen Linken‘ und des ‚Marxistischen Forums‘ eine nicht unbedeutende Rolle.

Fortsetzung folgt

„Was haben die aktuellen Kriege mit dem globalisierten Kapitalismus zu tun?“

Von Eva-Maria Schreiber

Der Philosoph Elmar Treptow hat dazu gesagt: „Unter den Voraussetzungen des Kapitalismus herrscht permanente Friedlosigkeit. Das zeigen die Theorie und die Praxis des Kapitalismus in Geschichte und Gegenwart, einschließlich des Imperialismus damals und heute.“

Seit Jahrhunderten versuchen die kapitalistischen Länder, ihr System anderen Ländern aufzuzwingen, und zwar durch ökonomische Vorherrschaft, politische Gleichschaltung, kulturelle Bevormundung und militärische Gewalt.

Dass Imperialismus und Demokratie sich nicht ausschließen, wurde seit dem Vietnamkrieg deutlicher als je zuvor.“

Bei der Vorbereitung habe ich mir die Frage gestellt, wo denn die „aktuellen Kriege“ überhaupt stattfinden. Spontan eingefallen sind mir da natürlich Syrien, Afghanistan, Jemen und die Ukraine. Doch all diese Kriege finden nicht zwischen verschiedenen Nationalstaaten statt. Sie sind vor Allem Bürgerkriege. Dennoch spielen ausländische Kräfte eine entscheidende Rolle, indem sie ihre Interessen stellvertretend durch

die Unterstützung der ein oder anderen Seite vertreten.

Die interessantere Frage ist für mich deshalb vielmehr die nach „aktuellen Krisen und drohenden Kriegen“, die der Kapitalismus mitverursacht, denn die globalen Verwerfungen, die von ihnen ausgehen, haben das Potential die genannten Kriege noch weit in den Schatten zu stellen.

Viele kennen sicher das Zitat „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.“ Gesagt hat es Jean Jaurès, ein französischer Sozialist. Er sollte auf tragische Weise doppelt Recht behalten: Ein Nationalist ermordete ihn ein paar Tage nach Ausbruch des ersten Weltkriegs.

Krieg gibt es bekanntlich nicht erst, seit der Kapitalismus sich als weltweites Wirtschaftssystem durchgesetzt hat. Eroberungsfeldzüge um Ressourcen könnte man als klassischen Kriegsgrund anführen – es gibt sie seit Menschengedenken. Auch Religionen – oder anders gesagt – Ideologien waren schon immer eine Triebfeder für kriegerische Auseinandersetzungen.

Dennoch kann man sagen, dass Kapitalismus und Krieg zwei Seiten einer Medaille sind. Das kapitalistische Wirtschaftssystem kann nur funktionieren, so lange es wirt-

schaftliches Wachstum gibt. Ein weiteres seiner Grundprinzipien ist die Konkurrenz. Profitmaximierung ist sein einziges Ziel. Ausbeutung, Expansion und unsolidarisches Verhalten sind die unweigerlichen Folgen.

Der Kapitalismus führt außerdem zu einer immer größeren Ungleichverteilung des Wohlstandes – was selbstverständlich Konflikte mit sich bringt.

Die reichsten 10 Prozent auf diesem Planeten besitzen heute etwa 85 Prozent des Weltvermögens. Mehr als die Hälfte der Menschheit besitzt so gut wie kein Vermögen. Der weltweite Reichtum konzentriert sich immer noch vor allem auf Nordamerika, Europa, Japan und Australien – wenn auch so genannte Schwellenländer wie China und Indien stark aufholen.

Während wir massenweise Nahrungsmittel verbrennen, ob als Überschuss oder in Autotanks, hungern gleichzeitig eine Milliarde Menschen auf der Welt, mehr als zwei Milliarden leben von weniger als zwei Dollar am Tag. Alle fünf Sekunden stirbt ein Kind an Unterernährung. Unzählige Menschen haben keinen Zugang zu Nahrung, Gesundheit, Bildung, Wasser. Die Lebenserwartung liegt in manchen Staaten Afrikas heute bei gerade einmal 35 Jahren, während sie in Europa bei über 80 Jahren liegt.

Die menschliche Erfahrung zeigt: Wo diese Ungleichgewichte zu groß werden, drohen Konflikte, die irgendwann auch mit Gewalt ausgetragen werden.

Krieg dient im Kapitalismus doppelt der Profitmaximierung:

Je verheerender die Zerstörung, desto mehr können Unternehmen anschließend am Wiederaufbau verdienen.

Je mehr Raketen abgefeuert, Panzer zerstört und Flugzeuge vom Himmel geholt werden, desto größer der Gewinn des industriell-militärischen Komplex' weltweit.

Wirtschaftliche Interessen haben im Kapitalismus absoluten Vorrang. Steigerung des Profits geht über alles und das Sichern des eigenen Vorteils auf Kosten anderer lohnt sich in zweifacher Hinsicht: Ich profitiere nicht nur unmittelbar, sondern auch von der Schwächung eines Konkurrenten.

Werte wie Gleichheit, Solidarität oder ein Konzept wie „die Menschenrechte“ sind dem Kapitalismus wesensfremd.

Papst Franziskus hat 2014 gesagt: „Damit das System fortbestehen kann, müssen Kriege geführt werden, wie es die großen Imperien immer getan haben. Einen Dritten Weltkrieg kann man jedoch nicht führen, und so greift man eben zu regionalen Kriegen.“

Und so sind große Kriege zwischen Staaten seit Ende der Ost-West-Konfrontation eher die Ausnahme. Stattdessen haben wir seit 17 Jahren „Krieg gegen den Terror“. Mit ferngesteuerten Drohnen und Geheimdiensten führt die so genannte westliche Wertegemeinschaft einen asymmetrischen Krieg gegen einen diffusen Feind. Extralegale Tötungen ohne Gerichtsurteil und Folter gehören zum Alltag. Keiner weiß, wann und wie dieser Krieg jemals gewonnen oder beendet werden kann. Keiner weiß, wer der Gegner genau ist.

Ähnlich ist es etwa mit dem „Krieg gegen die Drogen“, der seit 1972 andauert und ebenfalls unzählige Menschenleben gekostet hat. Die Summen, die dieser sinnlose Glaubenskampf verschlungen hat, sind kaum zu beziffern. Die Verheerungen, die er bis heute etwa in Mexiko und weiten Teilen Lateinamerikas anrichtet, ebensowenig. Schon länger sind sich Experten einig, dass eine drogenfreie Gesellschaft eine Utopie ist. Ganze Staaten versinken in Korruption, während die weltweite Mafia und die Rüstungsunternehmen sich eine goldene Nase verdienen.

Es bleibt festzustellen: Kriege gab es bereits vor dem weltweiten Siegszug des Kapitalismus. Doch seit dem Ende des real existierenden Sozialismus hat sich die Anzahl der kriegerischen Auseinandersetzungen nicht reduziert. Seit 2010 steigen die Opferzahlen wieder drastisch an.

Krieg dient heute vor allem ... der Sicherung von Rohstoffen

Ging es in der Vergangenheit um Gold und Silber, so stehen heute häufig fossile Rohstoffe oder seltene Erden im Mittelpunkt bewaffneter Konflikte. Der Irakkrieg ist hier sicher das bekannteste Beispiel der jüngeren Vergangenheit.

Am häufigsten führt der unstillbare Rohstoffhunger, der sich aus dem Wachstumsgrundsatz des kapitalistischen Wirtschaftssystems ergibt, jedoch zu Kriegen unterhalb der Staatenebene. Im Bürgerkrieg kämpfen verschiedene Parteien innerhalb eines Landes um die Kontrolle über die Gebiete, in denen Rohstoffvorkommen lagern.

Nehmen wir als Beispiel den Ressourcenkrieg in der Demokratischen Republik Kongo. Die DR Kongo ist sehr reich an verschiedensten Rohstoffen, besonders auch an dem in elektronischen Geräten enthaltenen Tantal.

Schätzungsweise 25 verschiedene bewaffnete Gruppen, darunter ugandische, ruandische und burundische Rebellengruppen sowie nationale Armee-Einheiten zwingen die Bevölkerung zum Abbau der Mineralien.

Dies alles geschieht unter grauenhaften Arbeitsbedingungen: Arbeiterinnen, Arbeiter und Kinder schleppen bis zu 50kg schwere Säcke oft tagelang durch den Dschungel und bekommen dafür nur einen Hungerlohn. Die Gruppen verkaufen die Mineralien zu Schleuderpreisen an die großen, meist westlichen Elektronikkonzerne. Den Hauptgewinn an dem Geschäft machen

sie. Konfliktmineralien sind in der Regel außerdem günstiger auf dem Weltmarkt als in regulären Minen geförderte Ressourcen.

Die am Geschäft beteiligten Gruppierungen vor Ort investieren ihre Gewinne zu guten Teilen wiederum in Waffen. Also profitieren auch die führenden Rüstungskonzerne von den Konflikten und Kriegen – doch dazu komme ich später.

... um Marktöffnung und Privatisierung

Ein weiterer Aspekt des kapitalistischen Interesses an Krieg ist die Erschließung neuer Absatzmärkte. Krieg dient heute häufig der Durchsetzung des neoliberalen Entwicklungswegs. Dieses Prinzip kam etwa bei der Zerschlagung Jugoslawiens zum Einsatz. Mithilfe von Bomben versuchen Industriestaaten in fremden Ländern willfährige Regierungen zu installieren. Diese sollen in der Folge eine Politik der Privatisierung und Marktöffnung betreiben, von der wiederum die Wirtschaftskonzerne der kriegführenden Partei profitieren. Ein gutes Beispiel für diese perfide Kriegspolitik war der Irakkrieg. Dick Cheney, als US-Vizepräsident der Bush-Administration unmittelbar an der Entscheidung zur Kriegführung beteiligt, war vor seinem Eintritt in die US-Regierung Vorstandsvorsitzender des US-Konzerns Halliburton, der lukrative Verträge zur Versorgung der US-Soldaten im Irak erhielt und auch am Vertrieb irakischen Öls beteiligt ist.

Die Strategie der Unterstützung lokaler Konflikte mit dem Ziel, im Anschluss einfacheren Zugriff auf Ressourcen zu haben und neue Absatzmärkte zu erschließen, lässt sich auch in Libyen, Syrien und der Ukraine erkennen.

... als Dienstleistung

Eine weitere Profitsteigerung ermöglichen Kriege heute zusätzlich durch eine be-

sonders perfide Entwicklung: die zunehmende Privatisierung des Krieges. Immer mehr private Sicherheitsfirmen bieten Kriegsdienstleistungen an. Wenn auch es schon immer Söldner gegeben hat, ist das Ausmaß des Einsatzes von privaten Militär- und Sicherheitsfirmen in bewaffneten Konflikten heute so groß wie nie. Alleine das ehemalige Unternehmen Blackwater, das sich vor allem wegen des Massakers an Zivilisten im Irak in Academi umbenannt hat, hat bis heute Milliarden an staatlichen Geldern erhalten.

Je größer die Privatisierung, desto größer wird das unmittelbare wirtschaftliche Interesse an der Aufrechterhaltung kriegerischer Konflikte. Da Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft oftmals eng miteinander verbunden sind, ergibt sich daraus ein großer Einfluss privat profitierender Wirtschaftsunternehmen im Sicherheitsbereich auf politische Entscheidungen über Krieg und Frieden.

... als Wirtschaftszweig

Weltweit werden heute rund 12 Milliarden Patronen jährlich produziert – bei einer Weltbevölkerung von aktuell rund 7,5 Milliarden Menschen.

Krieg ist ein immenser Wirtschaftszweig, und Rüstung bildet einen Bereich, wo der Staat selbst unmittelbar die Nachfrage beeinflussen kann. Heute rüstet die Welt so stark auf, wie seit dem Kalten Krieg nicht mehr. 2017 lagen die Rüstungsausgaben weltweit bei insgesamt rund 1739 Milliarden, 1,739 Billionen Euro. Der internationale Waffenhandel wuchs insgesamt um 10 Prozent.

Spitzenreiter bleiben mit gewaltigem Abstand die USA, die 610 Milliarden Dollar für ihr Militär Ausgaben und somit mehr als die sieben Länder auf den Rängen zwei bis acht zusammen. Und Trump hat angekündigt,

die finanziellen Mittel weiter aufzustocken in den nächsten Jahren.

Aber auch Indien, China und Saudi-Arabien investieren kräftig in Waffen und Militär. Der größte Waffenkäufer ist Indien mit einem Weltmarktanteil von 12 Prozent. Zweigrößter Importeur war Saudi Arabien, das seine Waffenkäufe mehr als verdreifachte.

Die USA, China, Saudi-Arabien, Russland und Indien sind zusammengenommen für 60 Prozent der weltweiten Rüstungsinvestitionen verantwortlich.

Im Ranking der Rüstungsausgaben landet Deutschland auf dem neunten Platz, in Europa belegt die Bundesregierung hinter Großbritannien und Frankreich Rang drei. Mit 44,3 Milliarden Euro gab die Regierung so viel aus wie zuletzt 1999. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Ausgaben um 3,5 Prozent. Doch die Bundesregierung hat angekündigt, der Bundeswehr alleine 2019 rund vier Milliarden Euro mehr zur Verfügung zu stellen. Um die Maßstäbe einmal deutlich zu machen: Das ist schon heute der zweitgrößte Haushaltstitel nach „Arbeit und Sozialem“ und mehr als für Bildung und Gesundheit zusammen!

Auch am internationalen Rüstungsgeschäft verdienen Bundesregierung und deutsche Rüstungsunternehmen hervorragend. Deutschland belegt weiter Platz vier unter den weltweiten Rüstungsexportnationen. Profiteure solcher Politik sind vor allem die Rüstungsschmieden, die staatliche Aufträge erhalten und private Profiteure aus den in die Rüstung fließenden Steuergeldern machen. Die enge Verknüpfung der Rüstungslobby mit der Politik konnte man hierzulande am besten erkennen, als der ehemalige Entwicklungsminister Dirk Niebel nur knapp zwei Jahre später als Lobbyist zu Rheinmetall wechselte.

Doch auch in Europa stehen die Weichen

auf Aufrüstung. Mittels der Aufrüstungsverpflichtung des Lissabon-Vertrags sollen auch hier Steuergelder dafür verwendet werden, Rüstungskonzerne zu fördern. Es liegt auf der Hand, dass diese ein Interesse daran haben, dass Rüstungsgüter auch eingesetzt werden; so steigen Bedarf und Profit. Insofern ist der Rüstungswirtschaft sehr daran gelegen, dass die EU ihren Aktionsradius weltweit ausdehnt und mithilfe von EU-Militäreinsätzen für stetige Nachfrage sorgt.

Krisen und drohende Konflikte

Die Weltwirtschaftskrise, die 2008 mit dem Zusammenbruch der Lehman-Bank begann, ist die tiefste kapitalistische Krise seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933. Die Versprechungen und Annahmen des Neoliberalismus, die seit den 1980er Jahren das ökonomische Denken und wirtschaftspolitische Handeln in den westlichen Ländern bestimmten, haben sich als falsch und verlogen erwiesen.

Der neoliberale Kapitalismus ist finanzmarktgetrieben; es herrschte die Illusion, man könne Rendite aus reiner Finanzwirtschaft „erwirtschaften“, losgelöst von der „Realwirtschaft“. Am Ende standen weltweit 200 Billionen Dollar Finanzvermögen einem globalen Bruttosozialprodukt von 55 Billionen Dollar pro Jahr gegenüber.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem im Allgemeinen und seine neoliberale Ausprägung im Besonderen sind jedoch ideologisch nahezu unbeschadet aus dieser existentiellen Krise hervorgegangen. Die engen Verbindungen zwischen den politischen und wirtschaftlichen Eliten in den Industrieländern haben daran einen großen Anteil.

Doch die Krise ist nicht wirklich vorbei. Zahlreiche Wirtschaftsexperten warnen regelmäßig vor neuen globalen Finanzkrisen.

Der Ausbruch des zweiten Weltkrieges war auch eine Folge der vorherigen Weltwirtschaftskrise. Die Gefahr kriegerischer Konflikte erhöht sich enorm, wenn es zu größeren Krisen kommt, das gilt auch in der Zukunft.

Der Peak-Oil, der Höhepunkt der globalen Ölförderung, wurde unzählige Male vorhergesagt und galt lange als größte Bedrohung des globalen Friedens. Tatsächlich hat die Erschließung neuer Fördertechniken – etwa der Ölsande in Kanada oder das Fracking in den USA – eine gewaltige Verschiebung des globalen Machtgefüges zu Ungunsten der OPEC-Staaten bewirkt:

Laut der Internationalen Energieagentur werden die USA spätestens im kommenden Jahr dank des Fracking-Booms zum weltgrößten Ölproduzenten. Der weltgrößte Ölexporteur Saudi-Arabien ist schon überholt. Die USA fördern heute so wieder rund 10 Millionen Barrel Rohöl am Tag und sind damit ungefähr wieder auf dem Stand von 1960. Damit sind sie immerhin in der Lage, ihren täglichen Bedarf von rund 10 Millionen Barrel zur Hälfte selbst zu decken.

Energiesicherheit wird jedoch auch weiterhin eines der strategischen Hauptziele eines jeden Nationalstaates bleiben: Ohne ausreichende Deckung des inländischen Bedarfs ist ein funktionierender Staat schlicht nicht zu gewährleisten.

Das Feld der Zukunft wird dabei wohl die Arktis sein. Die durch den übertriebenen Verbrauch fossiler Brennstoffe ausgelöste Erderwärmung lässt das ewige Eis schmelzen, bereits 2040 könnte die Arktis eisfrei sein.

Große Mengen Erdöl sollen tief unter dem Eis schlummern, außerdem Kohle, wertvolle Erze, auch Edelmetalle wie Gold und Silber und sogar Diamanten. Der Kontinent am Südpol gilt als Schatzkammer, als das letzte geologische Eldorado des Planeten. Die Begehrlichkeiten sind dement-

sprechend groß. USA, Russland, China aber auch Kanada und Dänemark ringen schon heute um den zukünftigen Zugriff auf rohstoffreiche Gebiete. Der Wettlauf um die verbleibenden, begrenzten natürlichen Rohstoffe birgt auch in Zukunft große Gefahren für den Weltfrieden.

Klimawandel und ökologische Grenzen

Die freien Kräfte eines Marktes, der sich nach Angebot und Nachfrage richtet und der immer weiter wachsen muss, um zu existieren, stoßen in einem begrenzten Ökosystem unweigerlich an Grenzen. Die Folgen sehen wir bereits heute: Der ungehemmte CO₂Ausstoß erwärmt das Klima in dramatischen Ausmaßen.

Eine direkter Eingriff in den freien Markt wäre der naheliegenste Lösungsansatz: Doch ein schnelles Verbot des Verbrennungsmotors etwa ist im kapitalistischen System kaum möglich: zu groß ist die Macht der Autokonzerne und anderer Nutznießer des Status quo.

Der Dieselskandal ist das beste Beispiel. Und nur wenige Tage, nachdem der Weltklimarat vor wenigen Wochen ein unbedingt sofortiges Umlenken gefordert hatte, bremste die Bundesregierung auf EU Ebene in den Verhandlungen über die Verringerung des CO₂-Ausstoßes bis 2030. Die Macht der Wirtschaftslobby ist in unserem heutigen Wirtschaftssystem so groß, dass keine Bundesregierung es bis heute gewagt hat, auch nur eine geringe Kerosinsteuer einzuführen.

Durch den Klimawandel drohen kriegsrische Konflikte, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat: Je weiter der Meeresspiegel ansteigt, desto größer werden die Flüchtlingsströme aus dem globalen Küstenmetropolregionen werden. Heute schon leben über 62 Prozent der Städte mit mehr als acht

Millionen Einwohner an der Küste – Tendenz steigend. Die Ausbreitung von Wüsten mit Ernteausfällen und weitere ökologische Katastrophen sind zu erwarten. Kriege werden unweigerlich die Folge sein.

Nur eine radikale Wende scheint die Menschheit noch vor dieser düsteren Zukunft bewahren zu können. Innerhalb der kapitalistischen Logik, funktionierend von absoluter wirtschaftlicher Freiheit und Wachstumszwang wird das nicht gelingen.

Wirtschaftskrieg gegen den globalen Süden

Bis heute wirkt die koloniale Vergangenheit nach. Das Weltwirtschaftssystem benachteiligt die Länder des globalen Südens bis heute. Die meisten Länder des Südens haben bis heute keine Möglichkeit, eine souveräne Wirtschaft aufzubauen und damit eigenständige Entwicklungswege konsequent zu verfolgen.

Das kapitalistische Weltwirtschaftssystem beutet die Länder des Südens weiterhin in einem System des Neokolonialismus systematisch aus. Es beruht darauf, dass der „Stärkere“ sich durchsetzt – das drückt sich bis in den Aufbau aller wesentlichen internationalen Organisationen aus, in denen die Industrieländer nahezu immer das Sagen haben. Die Industrieländer nutzen ihre wirtschaftliche, politische und militärische Macht, um ihren Hunger nach Rohstoffen und Absatzmärkten zu befriedigen. Sie wollen den Status Quo erhalten, ungestört neue Märkte erschließen und Länder ausbeuten.

Solange die reichen Industrienationen nicht bereit sind, eine nachholende wirtschaftliche Entwicklung etwa in afrikanischen Ländern auch entgegen den wirtschaftlichen Interessen der eigenen privatwirtschaftlichen Unternehmen zuzulassen, wird die Ungleichheit weiter zunehmen.

Die Folgen sehen wir bereits heute: Zunehmende Migrationsströme mit all den Verwerfungen die ich jetzt hier nicht noch einmal aufzählen muss. Ich halte sie sogar für eine Bedrohung unserer eigenen demokratischen Gesellschaftsordnung.

Denn schon heute führen wir, führt das kapitalistische Wirtschaftssystem gemeinsam mit den demokratischen Regierungen der EU, quasi einen unerklärten Krieg gegen Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas. Wir benötigen dazu momentan noch keine Schußwaffen, weil wie das Mittelmeer die Drecksarbeit für uns machen lassen. Doch ohne grundsätzlichen Kurswechsel wird auch dieser Konflikt sich in zukunfft massiv verschärfen.

Auch ohne Kapitalismus gab es bereits Kriege auf der Welt. Für mich aber fest: Frieden auf Erden kann es mit Kapitalismus niemals geben.

*Geboren in Köln; römisch-katholisch; verheiratet; vier Kinder.
1977 Abitur in Hürth bei Köln; 1979 bis 1982 Ausbildung zur Masseurin und medizinischen Bademeisterin; 1986 bis 1990 Ausbildung zur*

*Heilpraktikerin;
1999 bis 2004 Studium der Ethnologie, Religionswissenschaften und Interkulturellen Kommunikation, Abschluss Magister.*

1982 bis 1986 Inhaberin einer Diskothek in Köln; seit 1990 bis jetzt: freiberufliche Tätigkeit als Dozentin in der Erwachsenenbildung mit Schwerpunkt Interkulturelle Kommunikation und Pflege.

Seit 2011 Mitglied bei DIE LINKE. und Sprecherin der LAG Christ(inn)en DIE LINKE. Bayern; 2013 bis 2014 Mitglied im Ortsvorstand OV West/Mitte DIE LINKE. Kreisverband München; seit 2014 Kreissprecherin der LINKEN in München; seit 2016 Mitglied des Landesvorstands DIE LINKE. Bayern.

Seit 2014 Mitglied im Orgateam Bündnis STOP TTIP CETA TiSA München; Mitglied bei ver.di; Mitglied bei DGV (Deutsche Gesellschaft für Völkerkunde)



Eva-Maria Schreiber

Kirche des gerechten Friedens

Theologische Fundierung und Impulse aus der ökumenischen Bewegung*

Von Martin Schindehütte

Was bedeutet die biblische Spiritualität heute? Ich möchte den Blick auf einen uns zeitlich und geistlich nahen Menschen lenken, auf Dietrich Bonhoeffer:

*Menschen gehen zu Gott in ihrer Not,
flehen um Hilfe, bitten um Glück und Brot,*

*um Errettung aus Krankheit,
Schuld und Tod.*

*So tun sie alle, Christen und Heiden.
Menschen gehen zu Gott in Seiner Not,
finden ihn arm, geschmäht,
ohne Obdach und Brot,
seh'n ihn verschlungen von Sünde,
Schwachheit und Tod.*

*Christen stehen bei Gott in seinem Leiden.
Gott geht zu allen Menschen in ihrer Not,*

*sättigt den Leib und die Seele
mit seinem Brot,
stirbt für Christen und Heiden
den Kreuzestod,
und vergibt ihnen beiden.*

Bei kaum einem Theologen und bekennenden Christen sind eine tiefe Spiritualität und eine politische Entschiedenheit bis zum Widerstand gegen das rassistische Unrechtsregime der Nazis so ineinander verwoben wie bei ihm. Das ganze Werk Bonhoeffers, sein ganzes Leben und sein Märtyrertod zeugen davon.

Das Gedicht „Christen und Heiden“ geht von der ganz realen Leidenssituation aller Menschen aus, der Christen und Heiden. Diese Situation wird nicht als die beschrieben, aus der man eigentlich nur in religiöse Träume oder träumerische Visionen flüchten kann. Diese Realität wird angenommen und dadurch überwunden, dass Gott selbst sich dieser Realität stellt und sie erleidet bis in den Tod seines Sohnes Jesus Christus. So stehen Gott und Mensch beieinander – vielleicht sogar ineinander? Sie werden Geschwister nicht nur als Christen, sondern als alle Menschen: Christen und Heiden.

Diese Spiritualität, sich der Realität zu stellen und in ihr sich mit Gott verbunden und Seite an Seite zu erkennen, verbindet für Bonhoeffer offenkundig alle Menschen und alle Religionen. Nicht Lehrgebäude und exklusive Gotteserkenntnis, auch nicht politische und gesellschaftliche Theorien, sondern die gemeinsame Erfahrung des Lebens, das sich den Aufgaben seiner Gestaltung in Glück und Leiden stellt, ist die eigentliche Grundlage jedes Zusammenlebens derer, die religiöse gebunden sind oder sich auch als nichtreligiös bezeichnen. Diese Spiritualität hat nicht das Geringste mit Weltflucht oder Vertröstung zu tun. Es ist eine Spiritualität, die sich der Diesseitigkeit in al-

len Konsequenzen stellt. Und darum kann sie eben gar nicht anders als auch politisch sein.

Es gibt offenkundig eine Dimension von Spiritualität, die sich eben nicht zuerst aus speziellen religiösen Quellen und Übungen ableitet. Ich denke vielmehr – ganz Bonhoeffer und seinem Gedanken zu einem „religionslosen Christentum“ folgend – dass Spiritualität eine Grunddimension jeder menschlichen Existenz ist.

Wir können nicht leben ohne etwas, dem wir vertrauen und in das wir uns bergen können. Und wir brauchen eine Kraft, eine Orientierung, eine Bindung, in der wir über uns hinausdenken und über uns hinaus verantwortlich handeln können. Wir brauchen einen Geist, der uns voller Zuversicht und nicht in Angst in die Zukunft blicken lässt.

Liebe Schwestern und Brüder, ich glaube, dass Einsichten und Erfahrungen wie diese die Tiefendimension unseres Weges zum „Gerechten Frieden“ sind. In allen unseren Debatten, Schritten, Aktionen, Bündnissen kann uns diese Zusage und Erfahrung des Geleites unseres Gottes tragen, ermutigen und korrigieren. In einer Zeit, in der Fakten jenseits der Wahrheit benutzt werden, losgelöst in asozialen Netzwerken umgebogen werden und niemand mehr weiß, was er glauben soll, spielt das persönlich Zeugnis gelebten Gerechten Friedens eine zentrale Rolle. Papiere sind wichtig! Viel wichtiger sind Gesichter! Viel wichtiger ist Präsenz als Person, die einsteht für das, was ihr wichtig ist.

Das ist ganz besonders unsere Aufgabe als Christen und als eine Kirche, die aus der Nische herausgetreten ist und mitten im Leben, mitten in der Solidarität mit allen Menschen steht und darin den Konflikt nicht scheut!

Diese Einsicht führt unmittelbar in den zweiten Teil meines Vortrages: Impulse aus der ökumenischen Bewegung. Impulse meint,

was es meint: Wir bekommen einen Schubs! Es wirkt etwas auf uns ein, was uns in Bewegung setzen soll. Es gilt, das Wahrgenommene aus der ökumenischen Gemeinschaft mit zu leben und mitzugehen.

Wir sind also Teil eines Pilgerweges zum gerechten Frieden, der die christlichen Kirchen weltweit bewegt.

Aus der Dekade zu Überwindung von Gewalt wurde – konzentriert durch die Friedenskonvokation der Kirchen in Kingston, Jamaika – eine Einladung der Vollversammlung des ÖRK 2013 in Busan, Korea, an alle Kirchen und alle Christen, sich auf einen Pilgerweg des Gerechten Friedens zu begeben.

Ich zitiere aus der Erklärung zum Gerechten Frieden:

„Frieden ist eine Lebensform, in der sich die Mitwirkung des Menschen an der Liebe Gottes zur ganzen Schöpfung widerspiegelt.

Gemeinsam verpflichten wir uns, durch das Streben nach Frieden und den Schutz des Lebens Gottes Liebe zur Welt zu verbreiten. Wir verpflichten uns, auf neue Weise über Frieden nachzudenken, auf neue Weise für Frieden zu beten, Jung und Alt auf neue Weise vom Frieden zu erzählen und unser theologisches Nachdenken über die Verheißung und Praxis des Friedens zu vertiefen.

Gemeinsam verpflichten wir uns, in der Familie, in der Kirche und in der Gesellschaft eine Kultur des Friedens zu schaffen. Wir verpflichten uns, die Gaben in unserer Gemeinschaft zu mobilisieren, um gemeinsam in vielen Ländern unsere Stimme für den Frieden zu erheben.

Gemeinsam verpflichten wir uns, die Menschenwürde zu schützen, in unseren Familien und Gemeinschaften Gerechtigkeit zu üben, Konflikte gewaltlos zu lösen und alle Massenvernichtungswaffen zu verbieten.

Wir sind uns bewusst, dass der Schutz des Lebens heute wie nie zuvor eine gemeinschaftliche menschliche Verpflichtung dar-

stellt. Wir verpflichten uns, uns von einem Konsumverhalten abzuwenden, das in seiner Eigenschaft als Wachstumsmotor unseren Planeten verändert, und wir weigern uns zu akzeptieren, dass die Sicherheit irgendeines Staates es erfordert, andere Staaten vernichten zu können oder nach Gutdünken mutmaßliche Feinde überall auf der Erde anzugreifen zu können.

Wir bekräftigen den ökumenischen Aufruf zum gerechten Frieden, in dem es heißt: „Während das Leben in Gottes Hand unzerstörbar ist, herrscht doch noch kein Friede. Die Fürstentümer und Gewalten sind zwar nicht souverän, feiern aber noch ihre Siege, und wir bleiben rastlos und zerrissen, bis Friede herrscht. [...] Friedenstifter werden ihre Stimme in Ablehnung und Unterstützung erheben, niederreißen und aufbauen, klagen und feiern, trauern und froh sein. Bis unsere Sehnsucht ihren Halt findet in der Vollendung aller Dinge in Gott, wird die Friedensarbeit weitergehen als ein Aufflackern der uns zugesagten Gnade.“

Beschlüsse sind das eine. Die Umsetzung das andere. Ich will aufmerksam machen auf das, was der ökumenische Rat seitdem selbst unternommen hat:

Der ÖRK hat seine gesamte Arbeit auf diesen Weg des Gerechten Friedens ausgerichtet. Er erklärt:

Alle ÖRK-Programme wollen die Mitgliedskirchen und ökumenischen Partner auf dieser gemeinsamen Reise unterstützen und Gerechtigkeit und Frieden in unserer Welt als Ausdruck unseres Glaubens an den dreieinigen Gott fördern. ...

Alle Programme übernehmen gemeinsam die Verantwortung für die Vertiefung der Beziehungen zu den Mitgliedskirchen und ökumenischen Partnern, für das spirituelle Leben, die Einbeziehung junger Menschen, den interreligiösen Dialog und die interreligiöse Zusammenarbeit sowie für den Aufbau

einer gerechten Gemeinschaft von Frauen und Männern.

Wir haben in der Hannoverschen Landeskirche erklärt, dass der „Pilgerweg des Gerechten Friedens „ins Zentrum des kirchlichen Bewusstseins und Handelns gehört“. Das entspricht genau der Grundausrichtung des ÖRK.

Was bedeutet das im Einzelnen?

Der ÖRK hat die Zusammenarbeit mit der Römisch-Katholischen Kirche sehr vertieft. Auch die gemeinsame Arbeitsgruppe des ÖRK und des Vatikan legt den Schwerpunkt in ihrer Arbeit konsequent auf Friedensförderung und Migration:

„Das Ziel der Gruppe zum Thema Friedensförderung ist es, die positiven Beiträge zu identifizieren, die Kirchen zur Lösung von Konflikten und für die Prävention von Gewalt gemeinsam leisten können. ... Die Gruppe anerkennt die Tatsache, dass Kultur, Religion und sogar Dialog missbraucht werden können, um Gewalt und Konflikt zu entfachen.“

Im Juni dieses Jahres kam Papst Franziskus nach Genf zu einem expliziten Besuch nur beim ÖRK. Das könnte ein ökumenischer Meilenstein gewesen sein und ganz gewiss ein wichtiger Impuls für eine vertiefte gemeinsame Arbeit für den Gerechten Frieden.

Der interreligiöse Dialog beim ÖRK hat enorm an Bedeutung gewonnen:

Im September 2014 erklären alle Religionen gemeinsam bei einem interreligiösen Klimagipfel in New York ihre gemeinsame Verantwortung für die Schöpfung – unmittelbar vor dem großen Klimagipfel der UNO.

Im April 2017 kamen höchste Repräsentanten der christlichen Kirchen und der Muslime zu einer Friedenskonferenz in der Al-Azhar-Universität in Kairo zusammen. Der Großmufti Muhammad al-Thayyeb hatte eingeladen. Papst Franziskus, der Öku-

menische Patriarch Bartholomäus und der Generalsekretär des ÖRK hielten bemerkenswerte Reden.

Ich zitiere aus der Rede von Papst Franziskus:

„Gerade im Bereich des Dialogs, vor allem des interreligiösen Dialogs, sind wir immer aufgerufen, gemeinsam zu gehen in der Überzeugung, dass die Zukunft aller auch von der Begegnung der Religionen und Kulturen abhängig ist. ... Drei grundlegende Ausrichtungen können, wenn sie gut miteinander verbunden werden, für den Dialog hilfreich sein: die Verpflichtung zur Wahrung der Identität, der Mut zur Andersheit und die Aufrichtigkeit der Absichten. Verpflichtung zur Wahrung der Identität, weil ein echter Dialog nicht auf der Basis von Zweideutigkeiten oder der Preisgabe des Guten geführt werden kann, um dem anderen zu gefallen; Mut zur Andersheit, weil derjenige, der sich – kulturell oder religiös – von mir unterscheidet, nicht als Feind angesehen und behandelt werden darf, sondern als Weggefährte aufgenommen werden soll in der echten Überzeugung, dass das Wohl eines jeden im Wohl aller besteht; die Aufrichtigkeit der Absichten, weil der Dialog als authentischer Ausdruck des Humanen nicht eine Strategie ist, um Hintergedanken zu verwirklichen, sondern ein Weg der Wahrheit, und diesen geduldig zu gehen, lohnt sich, um Konkurrenz in Zusammenarbeit zu verwandeln.“

Nach dieser Konferenz hat sich im Herbst letzten Jahres eine Gemeinsame Kommission von Christen und Muslimen gebildet, die gemeinsame Beiträge der Religionen zum Frieden leisten und dem Missbrauch der Religionen zur Legitimierung von Gewalt wehren will.

Der ÖRK ist verstärkt Bündnisse eingegangen mit gesellschaftliche Kräften und politischen Institutionen. Die Pilgerreise ist

eben keine kirchliche Veranstaltung. Sie lädt alle ein zum Mitgehen.

Nur ein Beispiel: Über viele Jahre hat der ÖRK mit ICAN „International Campaign to Abolish Nuclear Weapons“ – „Internationale Kampagne zur Abschaffung aller Atomwaffen“ zusammengearbeitet. Das Büro der Organisation befindet sich im Ökumenischen Zentrum in Genf. Letztes Jahr erhielt ICAN den Friedensnobelpreis. Wenn man so will, hat ihn der ÖRK als wichtiger Mitakteur auch bekommen.

Delegationen des Ökumenischen Rates haben Pilgerreisen in zahlreiche Regionen unternommen, in der der Frieden und das Überleben der Menschen in besonderer Weise in Gefahr sind.

Zum Beispiel nach Korea, wo die Kirchen seit der Vollversammlung Ende 2013 in besonderer Weise für die Aussöhnung von Süd- und Nordkorea arbeiten und beten. Was gerade an Signalen der Annäherung geschieht, lässt Hoffnung keimen, dass Gebete erhört werden.

Ich weiß von vielen Brüdern und Schwestern weltweit und von vielen Kirchen, dass sie sich auf diese Pilgerreise begeben haben. Und ich bin sehr dankbar, ja ein bisschen glücklich, das eben auch in Deutschland in vielen Landeskirchen, in Kreisen, Gemeinden, Organisationen und Initiativgruppen diese Einladung des ÖRK angenommen worden ist und wir gemeinsam auf dem Wege sind.

Was also nehme ich wahr und kann ich anregen auch für Ihre Arbeit im Bund religiöser Sozialisten in Deutschland für die Pilgerreise vieler anderer im Bereich der EKD?

Ich bin dankbar dafür, dass in vielen Landeskirchen, immer auch mit Bezug auf die ökumenische Pilgerreise des ÖRK, Initiativen – gerade auch auf der Synodalen Ebene – ergriffen worden sind. Manche Landeskirchen sind noch in der Startphase, andere ha-

ben mittlerweile synodale Beschlüsse gefasst und erklärt, dass sie eine „Kirche des Gerechten Friedens“ werden wollen.

Mich bewegt die Frage, wie aus Texten, aus politischen Expertisen und Zukunftsentwürfen, wie aus den Debatten und Tagungen darüber, die wir allenthalben abhalten, eine echte Bewegung der Veränderung werden kann. Sprich: Ein realer Aufbruch. Eine tatsächliche Bewegung nicht nur den Gedanken. Eine Bewegung der Menschen, die wirklich, auch ganz konkret und körperlich aufeinander zugehen. Menschen – wir selbst – suchen Orte der Gefahr und Bedrohung auf. Menschen – wir selbst – gehen zu den Opfern. Da sind nicht nur die Flüchtlinge, die wir in bedrückendem Maße auf europäischer Ebene und eben auch in unserem Land auf skandalöse Weise und unter Bruch der Menschenrechte ausgrenzen. Da sind viele andere unter uns und weltweit, die die Gedankenlosigkeit der Anderen, oder die kühl kalkulierte Vorteilsnahme oder auch schlicht die Gier einer rücksichtslosen Ausbeutung aller Lebensressourcen zu Opfern macht.

Wie kann dieser Aufbruch zu einer breiten Bewegung werden?

Ich habe keine schlüssige Antwort darauf. Einige Gedanken aber schon.

Im Beschluss der Hannoverschen Synode heißt es:

„Als Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers sind wir dankbar für die vielfältigen „Schritte zu Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“, die in den Kirchengemeinden, Kirchenkreisen, Sprengeln und Einrichtungen unserer Landeskirche schon geschehen. Sie sollen verstärkt und ins Zentrum des kirchlichen Bewusstseins und Handelns gerückt werden.“

Zwei wesentliche Elemente enthalten die beiden Sätze.

Das erste Element: Hinschauen! Was ge-

schieht schon. Was kann vor Ort sich entwickeln? Wie wecken, entdecken und erschließen wir die Potentiale jedes einzelnen Gemeindegliedes, jeder Gruppe? Wie also kann eine Bewegung „von unten“ entdeckt und gefördert werden?

Das Zweite Element: „Kirche des Gerechten Friedens werden“ ist nicht irgendein neues Tätigkeitsfeld kirchlicher Arbeit. „Das müssen wir also auch noch machen! Wir haben doch wirklich genug zu tun!“ „Kirche des Gerechten Friedens werden“ gehört ins Zentrum des kirchlichen Bewusstseins und Handelns. Nicht – weil das heute angesichts der brisanten politischen Lage nötig wäre! Das auch! Nein, weil es schon immer zum Kern unserer christlichen Botschaft gehört. Weil wir aus der Bibel selbst, aus unserem Glauben gar nicht anders können, als Gottes Ruf zum Frieden zu folgen. Aus dem Pilgerweg durch die Bibel wird der Pilgerweg mit der Bibel.

So wie der ÖRK seine gesamte Arbeit in den Dienst dieses „Pilgerweges des Gerechten Friedens“ stellt, so gilt dies auch für unsere Arbeit auf allen Ebenen kirchlichen Handelns.

Die Hannoversche Landeskirche hat in der Folge dieses Beschlusses alle Handlungsfelder kirchlicher Arbeit aufgefordert, Beiträge und Impulse zu setzen und sich selbst auf diesem Weg zum „Gerechten Frieden“ zu entdecken. Z.B. das Zentrum für Gottesdienst, der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt, die Männer und Frauenarbeit, das Predigerseminar und die Akademie! Sie und alle anderen sind gefragt, was sie tun können, um Menschen einzuladen, zu unterstützen, zu qualifizieren, zu begleiten, zu trösten und zu ermutigen, ihren Weg des Gerechten Friedens zu gehen. Und sie sollen auch antworten und aufzeigen, wohin sie unterwegs sind.

Weil dabei vor allem die Ebene der Gemeinden und Kirchenkreise im Blick ist, wurde darüber nachgedacht, wie diese

Handlungsebene besonders unterstützt werden kann. So ist nun beschlossen, dass in jeder Region der Landeskirche ein Begegnungsort des Friedens geschaffen werden soll. Vorbild für diese Orte ist das sicher einigen von Ihnen bekannte „Antikriegshaus Sievershausen“, das von dem weitsichtigen Pfarrer Klaus Rauterberg schon vor 40 Jahren gegründet wurde. Nun trägt diese Initiative – nach einer biblischeren Zeitspanne von 40 Jahren – weitere Früchte. Die regionalen Zentren – vier oder fünf sollen es werden – haben die Aufgabe, das Leben des Gerechten Frieden vor Ort wahrzunehmen, gegebenenfalls auch mit zu initiieren, zu begleiten und zu qualifizieren. Die Begegnungsorte sind vor allem dazu da, aufgesucht zu werden von denen, die nach Rat und Hilfe, vor allem aber auch nach geistlicher Begleitung und gegenseitiger spiritueller Stärkung suchen. Es sollen keine Kadenschmieden sein, sondern Kraftorte, Hoffnungsorte, Widerstandsorte, Gottesdienstorte, Gebetsorte.

Ich sage nicht, liebe Schwestern und Brüder, dass dieses Konzept der Königsweg ist. Es ist aber wohl eine Möglichkeit, den Weg des Gerechten Friedens im doppelten Sinne des Wortes „vor Ort“ zu gehen. Vor Ort im Sinne einer Orientierung an der Basis. Vor Ort als besonderer Ort, zu dem man kommen, vielleicht sogar pilgern kann. Vor allem aber: Der Orte des Pilgerns entdecken lässt.

Was meine ich damit. Wir brauchen den Weg zueinander. Die unmittelbare Begegnung, gerade nicht nur mit den Gleichgesinnten. Nicht nur zu den Opfern. Wir brauchen den Pilgerweg zu denen, die auf den Frieden keine Hoffnung setzen, sondern auf Durchsetzung der eigenen Interessen auf Kosten anderer und die damit direkt oder indirekt auf Gewalt setzen.

Liebe Schwestern und Brüder, so konkret kann und muss unser Pilgerweg des Gerechten Friedens werden. Orte und Menschen

dafür finden sich genug! Orte der Bedrohung und Gefährdung wie sie beim Staffellauf „Frieden geht“ von Oberndorf über Kassel bis Berlin aufgesucht wurden. Zugleich aber wurden bei diesem Staffellauf auch Orte der Hoffnung und des Gelingens entdeckt, zum Beispiel, als die Kinder der Grundschule in Helsa, mit wunderbaren selbstgemachten Schildern zum Frieden in der Hand, die Pilgern mit lauter Stimme auf ihren Weg schickten.

Ich wiederhole: Es sind nicht allein Texte, Beschlüsse, Strategien und Strukturen. Ja die brauchen wir!

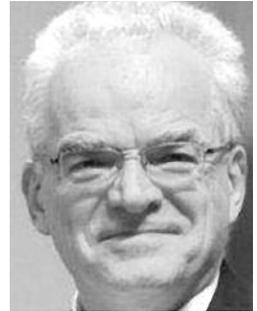
Es sind die Gesichter eines jeden Einzelnen von uns und der vielen weiteren – ob Christen oder nicht – die mit sich selbst den Gerechten Frieden bezeugen. Dorothee Sölle hat einmal bei einem Gottesdienst in Marburg in der Friedensbewegung der 80-er Jahre gesagt. „Wir haben kein anderes Medium als uns selbst!“ Wie bedrängend wahr ist das auch heute.

Darauf, liebe Schwestern und Brüder, lasst uns mit aller Kraft, aller Gelassenheit, allem Glauben und aller Dankbarkeit für den Frieden, den Gott uns gibt, nicht nur arbeiten, sondern singen und beten – und leben!

Auch erschienen im Loccumer Pelikan

**Zweiter Teil des Vortrags auf der Jahrestagung des BRSD Kassel, 19. Oktober 2018*

Martin Schindehütte wurde 1949 geboren und wuchs im ländlichen Raum Nordhessens auf. Nach dem Studium der Evangelischen Theologie und Sozialpädagogik wurde er 1975 Gemeindepfarrer in der Evangelischen Kirche von



Martin Schindehütte

Kurhessen-Waldeck. 1987 bis 1991 wirkte er als Studienleiter an der Evangelischen Akademie Hofgeismar. 1992 bis 1994 war er Oberkirchenrat im Kirchenamt der EKD für die Asyl- und Flüchtlingsarbeit, die Integration ausländischer Arbeitnehmer und den Konziliären Prozess „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“. 1995 bis 2002 leitete er in Hofgeismar die Evangelische Altenhilfe Gesundbrunnen. Bis 2006 war er Geistlicher Vizepräsident der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers. Dann übernahm er als Auslands-Bischof der EKD die Leitung der Hauptabteilung „Ökumene und Auslandsarbeit“ sowie die Leitung des Amtes der UEK. Im Dezember 2013 ging er in den Ruhestand.

Seebrücke Herford*

Von Winfrid Eisenberg

Seit Menschen zur See fahren, ist es eine absolute Selbstverständlichkeit, dass in Not geratene Mitmenschen gerettet werden. Aber nicht nur auf See ist die Hilfestellung selbstverständlich:

Bei einem Badeunfall ist die DLRG sofort zur Stelle, wenn jemand im Gebirge Schwierigkeiten hat, kommt die Bergwacht so

schnell wie möglich, bei Feuer können wir uns auf die Feuerwehr verlassen.

Was zur Zeit in der Wüste Sahara und auf dem Mittelmeer geschieht, ist angesichts der erwähnten Selbstverständlichkeiten einfach nicht zu glauben. Die europäische Politik der gewaltsamen Abschottung bedeutet, dass Tausenden Flüchtlingen die mögliche Hilfe verweigert wird; in der Sahara verdursten mehr Menschen als im Mittel-

meer ertrinken. Nachrichten der Massen-Verbrechen in der Wüste dringen aber kaum zu uns, und auch von der konstant unterlassenen Hilfeleistung im Mittelmeer erfahren wir nur einen Bruchteil, weil die meisten Medien nicht daran interessiert sind, Mitgefühl für die Geschundenen und Getöteten zu wecken. Das würde zu viele Menschen an der Rechtmäßigkeit der eingeschlagenen fremdenfeindlichen und latent rassistischen Politik zweifeln lassen. Der Gipfel der unmenschlichen Entwicklung in Europa ist nun die Kriminalisierung der Seenotretter. Ihnen wird der Prozess gemacht, sie werden eingesperrt und bestraft.

Abgesehen von der eingangs beschriebenen Selbstverständlichkeit, Menschen in Not zu helfen, läuft auch juristisch alles schief. Wir müssen unseren Politikern ihre eigenen Gesetze unter die Nase halten. Zum Beispiel den § 323c StGB: § 323c StGB: Unterlassene Hilfeleistung; Behinderung von hilfeleistenden Personen.

(1) Wer bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not nicht Hilfe leistet, obwohl dies erforderlich und ihm den Umständen nach zuzumuten, insbesondere ohne erhebliche eigene Gefahr und ohne Verletzung anderer wichtiger Pflichten möglich ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer in diesen Situationen eine Person behindert, die einem Dritten Hilfe leistet oder leisten will. Dementsprechend müssten die Herren Seehofer, Salvini, Orban und so manche andere vor Gericht gestellt werden, nicht die Kapitäne der Rettungsschiffe! Ein weiterer weltweit gültiger Gesetzestext stammt aus dem internationalen Seerecht:

Art. 98 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (SRÜ): „Jeder Staat verpflichtet den Kapitän eines seine Flagge führenden Schiffes, jeder Person, die auf See

in Lebensgefahr angetroffen wird, Hilfe zu leisten“.

Europa als ganzes mit der immer radikaler werdenden Abschottungspolitik ebenso wie einzelne europäische Regierungen, auch die deutsche und besonders die bayerische, handeln zur Zeit eindeutig gesetzeswidrig, indem sie jene Hilfeleistungen verweigern und wissentlich den Tod von Tausenden einkalkulieren.

Das geht einher mit zunehmender Verrohung der Sprache, mit Hetze gegen Geflüchtete, mit rassistischen Untertönen.

Wir wollen nicht zulassen, dass die Atmosphäre in unserem Land in dieser Weise vergiftet wird. Die Hunderttausende oder sogar Millionen, die 2015 Frau Merkels Satz „Wir schaffen das“ ernst genommen und sich spontan engagiert haben, sind ja nicht verschwunden; sie müssen sich jetzt aber Gehör verschaffen; sie sind in den Medien und Talkshows unterrepräsentiert und zu leise.

Flucht ist kein Verbrechen. Seenotrettung ist kein Verbrechen. Einen Antrag auf Asyl stellen zu können, ist ein Menschenrecht.

Wir wollen ein weltoffenes, nicht ein abgeschottetes Deutschland und Europa!

*Winfrid Eisenberg,
Dr. med., Kinder-
arzt, geb. 1937,
ist in seinem Ruhe-
stand aktiv bei der
IPPNW*

*(Internationale
Ärzte gegen den
Atomkrieg /
Ärzte in sozialer
Verantwortung)
und dem Arbeits-
kreis Flüchtlinge/Asyl*



Winfrid Eisenberg

**Rede am 11.08.2018, 11 h, Alter Markt Herford*

Gedenkansprache an den Gräbern von Henny und Heiko Ploeger*

Von Dieter Begemann

Verehrte Anwesende, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin beauftragt und überbringe gerne die Grüße der Stadt Herford zu diesem Gedenken, weil Bürgermeister Tim Kähler verhindert ist, und weil auch seine Stellvertreter andere Termine wahrnehmen müssen.

In diesem Jahr sind 74 Jahre vergangen, seit Heiko Ploeger ermordet wurde. Vor nunmehr 32 Jahren hat der DGB Kreis Herford damit begonnen, jeweils am 15. September mit einer Kranzniederlegung und einigen Worten des Gedenkens, an einen lange Vergessenen zu erinnern. So seltsam das klingen mag: Hier ist einerseits eine besondere Tradition entstanden, aber andererseits ist es auch bis heute noch so, dass Heiko Ploeger seit seiner Ermordung in Herford länger vergessen war, als dass an ihn erinnert wurde. Das zeigt, der angemessene Umgang mit Geschichte ist keine Selbstverständlichkeit, und es kann lange dauern, bis es dazu kommt.

Es ist nicht das erste Mal, dass ich an dieser Stelle Gedenkworte sprechen darf. Aber wenn ich ehrlich bin, ist mir die Suche nach passenden Worten und Gedanken noch nie so schwer gefallen, wie in diesem Jahr. Wie formuliert man dieses Gedenken angemessen am Grab eines Menschen, der von deutschen Richtern als angeblicher „Volksverräter“ verurteilt wurde, um ihn hinzurichten, in einer Zeit, in der es politische Kräfte gibt, die versuchen, diesen und andere Kampfbegriffe wieder gesellschaftsfähig zu machen?

Wie geht man verantwortlich mit diesem

Thema um in den Zeiten von Chemnitz und Köthen? Ich habe das Gefühl, es gibt dazu auf der Seite der Demokraten sehr viel Verunsicherung und offene Fragen.

Bei allem, was uns aus der rechten Ecke zugemutet wird, ist es ja nun wirklich nicht so, als stünden wir vor einer Machtübernahme faschistoider Feinde des Parlamentarismus, die mit Gewalt auf der Straße die Gesetze und Verfassung außer Kraft setzen wollen. Stattdessen werden wir Zeugen, wie Gegner der Demokratie die Parlamente benutzen, um sich als Vertreter einer angeblich „schweigenden Mehrheit“ zu inszenieren.

Diese Gegner der Demokratie schwingen nicht den Knüttel. Ihre Taktik ist die eines Virus, der mit ständig wiederholten falschen Behauptungen, halben Wahrheiten und dubiosen Verdächtigungen dafür sorgt, dass es im politischen Leben nichts und niemand mehr gibt, dem man glauben und worauf man vertrauen kann.

Wir stehen hier an den Gräbern zweier Menschen, die es in ihrer Zeit gewagt haben, im Schutz der Dunkelheit ihren Nachbarn Flugblätter gegen das Nazi-Regime in die Briefkästen zu stecken. Hier liegt ein Mann begraben, der es gewagt hat, während des Krieges, in einem kriegswichtigen Rüstungsbetrieb mit einzelnen Kollegen (nicht mit allen), heimlich die Vorstellungen von einem besseren Deutschland zu entwickeln. Ein Deutschland, das es nur dann geben konnte, wenn das herrschende Regime beseitigt war.

Diese zwei, Henny und Heiko Ploeger, mussten glauben und vertrauen. Um sich nicht in Gefahr zu bringen, mussten sie klug sein und vorsichtig. Auch deshalb ist

hier nicht der Ort für starke Worte des „Nie wieder“. Hier hilft kein „Wir müssen“ und auch ein noch so oft wiederholtes „Wir dürfen es nicht zulassen“, macht hier niemanden klüger.

Wenn von Widerstand gesprochen wird, dann steht für uns ja gerne dieses Hollywood-Bild des tapferen Helden parat. Aber Henny und Heiko Ploeger waren ganz anders. Heiko Ploeger war ein einfacher und bescheidener Mann. Einer wie er hatte – wie sein Bruder es mir einmal sagte – nur einen Sonntagsanzug. Aber er hatte Haltung und Charakter. Für ihn und seine Henny galt das ruhige gesprochene Wort.

Wenn er etwas sagte, dann hatte das Gewicht. Einer wie er hatte die natürliche Autorität, um einen heimlichen Gesprächskreis von Dürkopp-Arbeitern in Bielefeld zu organisieren, die sich gegenseitig austauschten über die Kriegssituation. In ihren sogenannten Rauchpausen waren sie klug genug zu erkennen, dass das Nazi-Regime vermutlich nicht vom eigenen Volk davon gejagt werden würde.

Sie waren sicher, dass es ein Ende der NS-Herrschaft ohne die militärische Niederlage Deutschlands nicht geben würde. Sie hofften auf diese Niederlage, und sie entwickelten Pläne für ein besseres Deutschland, das danach kommen sollte. Ein Land, das sie sich von Grund auf demokratisch vorstellten, in dem die Macht des großen Geldes gebrochen wird, und in dem den Verantwortlichen des Regimes und seinen Schergen der Prozess gemacht werden sollte.

Wenn es nach dem Ende der Nazi-Herrschaft jemanden gab, der ein Recht darauf gehabt hätte, sich beim Aufbau dieses besseren Deutschlands zu Wort zu melden und zu beteiligen, dann waren das solche wie die Ploegers. Solche wie sie hätten diesem Nachkriegs-Deutschland gut getan. Sie hätten die

natürliche Autorität gehabt, diejenigen in die Schranken zu weisen, die behaupteten und teilweise noch bis heute behaupten, in der Nazi-Zeit wäre nicht alles schlecht gewesen.

Es ist nicht ohne Reiz, sich darüber Gedanken zu machen, wie dieses Deutschland heute aussehen könnte, wenn alle diejenigen, die von den Nazis ermordet wurden, nach der

Befreiung durch die Alliierten ihre Ideen und Vorschläge, vor allem aber ihre Autorität als Vertreter des Widerstand und als Demokraten hätten einbringen können.

Natürlich ändern solche Gedankenspiele nichts. Aber ich gestehe, ich wüsste nur zu gerne, wie wohl ein Polizei- und Geheimdienstapparat ausgesehen hätte, bei dessen Aufbau nach 1945 und in den Jahrzehnten danach nicht alte Kameraden und Nazi-Seilschaften ihre Spuren hinterlassen haben. Ich würde nur zu gerne einmal einen Verfassungsschutz als eine von Grund auf demokratische Institution erleben. Eine Institution, die keine Akten schreddert, wenn es um die Aufklärung der Verbrechen einer rechtsradikalen Bande geht, die in den letzten Jahren mordend und bombend durch diese Republik gezogen ist.

Niemand kann sagen, wie ein Deutschland aussähe, in dem die vielen ermordeten Nazi-Opfer wie Henny und Heiko Ploeger ihre Spuren hätten hinterlassen können. Niemand weiß, ob es wirklich besser wäre. Eines ließe sich aber mit Sicherheit sagen, es hätte die Chance gehabt, besser zu sein. Und mit Sicherheit hätte es eine andere, sehr wahrscheinlich eine größere menschliche und moralische Integrität. Nach innen und nach außen.

Auch das gehört zu den Dingen, die Menschen wie Heiko Ploeger bis heute fehlen lassen. Sie sind nicht nur Opfer. Mit ihnen hat man uns auch heute noch etwas genommen,

nämlich Chancen. Mit ihnen wäre dieses Deutschland vielleicht nicht so sehr anders, aber es würde sich wohl anders anfühlen, weil das Gute für das sie standen, eine bessere Chance gehabt hätte.

Deshalb fehlen sie. Bis heute.

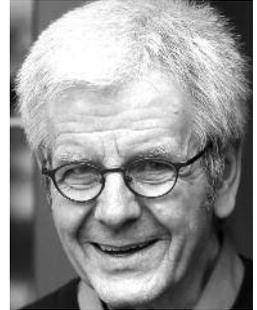
Eigentlich wollte ich an dieser Stelle Schluss machen. Jetzt möchte ich gerne eine persönliche Bitte anhängen. Ich habe vor fünf Jahren zum ersten Mal darauf hingewiesen, dass wir hier vor einem großen Grabstein stehen, aber an den Gräbern zweier Menschen, die sich gegen das Nazi-Regime engagiert haben.

Es ist gut und richtig, das Hinrichtungsdatum Heiko Ploegers zum Anlass der Kranzniederlegung zu nehmen. Aber eigentlich ist auch Henny mit ihm zum Tode verurteilt worden. Nach seiner Hinrichtung verlor sie alle Kraft und Lebensmut. Sie starb ein halbes Jahr nach dem Mann, der ihr der Liebste war. Eigentlich ging sie elend zugrunde, an Magenkrebs. Ich finde, der

Kranz, den wir hier niederlegen, sollte ab heute immer für beide bestimmt sein und dies sollte künftig auch in den Einladungen deutlich gemacht sein.

**Rede auf dem Friedhof „Ewiger Frieden“, Herford, 15.9.2018*

Dieter Begemann, geb. 1953. Nach dem Besuch der Volksschule zunächst eine handwerkliche, dann eine kaufmännische Berufsausbildung. Nach mehreren Berufsjahren Abitur und Studium der Geschichtswissenschaften auf dem Zweiten Bildungsweg. Seit 1990 Historiker und Stadtarchivar in Herford, verschiedene Publikationen.



Dieter Begemann

Leserbrief zu Elmar Klinks Artikel „Eine andere Demokratie“, CuS 1/18, S. 17–20

(Ungeordnete) Gedanken zum Thema „Eine andere Demokratie“

Von Siegfried Wendt

(1) Der Philosoph Karl Popper hat als wichtigstes Merkmal der Demokratie herausgestellt, dass in dieser Staatsform das Volk die Möglichkeit haben muss, eine unfähige oder ungeliebte Regierung unblutig wieder los zu werden. Unsere derzeitige Demokratie ist aber eine „Parteien-Demokratie“, die das von Popper geforderte Merkmal nicht hat. Das wird durch die Vorgänge nach der letzten Bundestagswahl deutlich:

Obwohl die letzte Regierung klar abgewählt wurde, ist sie jetzt wieder im Amt. Zwar wurden einige Personen ausgetauscht, aber eine wirklich andere Regierung ist es keineswegs. Deshalb muss die Parteien-Demokratie durch eine andere Demokratie-Form ersetzt werden. Übrigens schreibt unser Grundgesetz gar nicht vor, dass unsere Demokratie die Form einer Parteien-Demokratie haben muss. Das Problem ist zu kritisch, als dass ich hier auf die

Schnelle Vorschläge für andere Demokratieformen erfinden könnte.

- (2) Wer eine demokratische Verfassung formuliert, sollte Realist sein und berücksichtigen, dass etwas mehr als die Hälfte aller wahlberechtigten Bürger nicht politisch mündig ist! Sie lesen keine anspruchsvollen Zeitungen und Bücher zu politischen Problemen. Weil sie die Mehrheit bilden, sind es genau diese Bürger, auf die sich die Wahlstrategen konzentrieren. Das zeigt sich auch daran, dass sich die Parteien von den gleichen Werbepsychologen beraten lassen, die sich auch Kampagnen zur Einführung neuer – häufig völlig überflüssiger – Produkte auf dem Markt einfallen lassen. Man kann diesen politisch unmündigen Bürgern aber nicht das Wahlrecht vorenthalten, weil sie sich sonst als Bürger zweiter Klasse fühlen würden mit der Konsequenz, dass sie in schlimmer Form dagegen protestieren würden. Deshalb ist es besonders wichtig, dass das Spektrum der Alternativen, über die alle Wahlberechtigten bei einer Wahl mit gleichem Stimmengewicht entscheiden sollen, keine Alternativen enthält, die von den politisch mündigen Bürgern als peinliche Katastrophen eingestuft werden. Das bedeutet, dass diejenigen, die das Spektrum der zur Abstimmung gestellten Alternativen festlegen, die sehr viel größere Verantwortung tragen als die Wähler. So wird beispielsweise bei uns in Deutschland die Frage nach der Anwendung der Todesstrafe mit gutem Grund nicht zur Abstimmung gestellt. Die letzte Präsidentenwahl in den USA ist auch ein treffendes Beispiel: Der Kandidat Trump hätte nie auf den Wahlzettel kommen dürfen, sondern im Vorfeld ausgeschieden werden müssen.
- (3) Es könnte sinnvoll sein, nicht nach jeder Legislaturperiode das gesamte Parlament auszutauschen. Ein schönes Beispiel ist die Rechnerkommission der DFG, der ich neun Jahre lang angehörte. In dieser Kommission wurde alle drei Jahre ein Drittel der Mitglieder ausgetauscht. Dennoch wurden die Mitglieder jeweils für neun Jahre gewählt. Im ersten Drittel der Amtszeit war man ein „Lehrling“, der sich bei etlichen Entscheidungen enthalten hat. Im zweiten Drittel war man ein erfahrenes Mitglied, das bereits verantwortungsvoll entscheiden konnte. Und im letzten Drittel verhielt man sich weitgehend beratend, weil man wusste, dass man die Konsequenzen von Fehlentscheidungen nicht mehr mittragen muss. Nach Ablauf der neun Jahre war eine Wiederwahl nicht möglich.
- (4) Das vielleicht größte Problem der Demokratie ist die große Diskrepanz zwischen der Fähigkeit, das Amt zum Wohle der Allgemeinheit zu führen, und der Fähigkeit, sich das Amt gegen die Mitbewerber zu erobern. Richard von Weizsäcker hat einmal gesagt: „Was die politische Kaste am besten versteht, ist das Niederhalten des politischen Gegners.“ Viele sehr fähige Köpfe gehen nicht in die Politik, weil sie wissen, dass etliche deutlich weniger fähige Mitbewerber das Amt nur wegen der damit verbundenen Vorteile haben wollen, und dass diese sich nicht scheuen, einem deutlich fähigeren Mitbewerber Dreck ins Gesicht zu werfen.
- (5) Es gibt politische Probleme, die sind viel zu groß, als dass sie in einer Legislaturperiode bewältigt werden könnten. Das beste Beispiel hierfür ist die

Notwendigkeit, das kapitalistische Wirtschaftssystem in ein anderes zu überführen, das den Bedürfnissen der überwältigenden Mehrheit der Bürger deutlich mehr entspricht. Als nach dem zweiten Weltkrieg die Entscheidung fiel, bei uns das kapitalistische Wirtschaftssystem einzuführen, hatte Karl Marx zwar längst schon auf die schlimmen langfristigen Konsequenzen dieses System hingewiesen, aber zur Überwindung der damaligen Mangelwirtschaft war das kapitalistische System eindeutig die bessere Alternative. Man hat damals aber nicht erkannt, dass man dieses Wirtschaftssystem nur so lange tolerieren durfte, bis die Mangel-situation überwunden war. Inzwischen wurde immer offensichtlicher, dass die zu dem System gehörenden Wachstumszwänge die Lebens-Umstände für immer mehr Menschen immer weiter verschlechtern.

Vor über 2.500 Jahren hat schon der griechische Philosoph Thales von Milet erkannt, dass in einem Volk nur dann gerechte Zustände herrschen können, wenn es darin keine übermäßig Reichen und keine übermäßig Armen gibt. Das kapitalistische Wirtschaftssystem führt immer weiter von dieser Situation weg. Die jahrzehntelange Nutzung dieses Systems hat aber inzwischen ein so dichtes Netz von Abhängigkeiten geschaffen, dass eine oder zwei Legislatur-Perioden keinesfalls ausreichen, ein alternatives System zu etablieren. Und wenn gar jede neue Regierung die Entscheidungen der Vorgänger-Regierung wieder rückgängig machen kann – was aktuell in den USA bezüglich des Paares Obama/Trump geschieht –, dann ist eine echte Systemänderung überhaupt nicht mehr möglich.

Im Mai 2018

Und Friede auf Erden

Von Barbara Rauchwarter

*Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden bei den Menschen seines Wohlgefallens
(Lk 2, 14)*

Und Friede auf Erden – unser aller Hoffnung

*Seltsam verwoben mit dem Fest,
Anspruch an ein Datum Jahr für Jahr,
Erwartung auch des nüchternen Realisten
Inseheim – verschüttete Hoffnung.
Jahr um Jahr wächst die Enttäuschung,
dass dieses Fest nicht hält, was es verspricht:*

*Friede und Wohlgefallen?
Wie konnte auch Friede wachsen aus einem
Notquartier,
wohin es sie verschlug, die Heilige Familie,*

*weil Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit
im Wirtschaftsraum des Potentaten Roms
geschätzt, gemessen, aufgelistet wurde
für Größenwahn und Machterhalt
und selbst Köpfe der Habenichtse
besteuert wurden – auch in Bethlehem.*

Und doch:

*Seither die Sehnsucht nach Frieden wie damals,
seither die Hoffnung der Kindsköpfe:
Erinnerung an starkes Wünschen der Kinder,
das sich nicht niederhalten lässt in dieser
Nacht,
Erinnerung an eine Zeit, längst vergangen,
als wir noch fragten, hartnäckig und stur,
nach dem Grund für Armut,*

Und Friede auf Erden

und die Eltern schwiegen.
Als wir gegen den Krieg waren, blauäugig
und naiv,
und die Lehrer lächelten,
als der Friede noch einziger Zweck schien,
der Mittel heiligt,
und jedes Mittel recht war, nur nicht der
Tod.

Oder doch lieber Erinnerung
An eine seichte Zeit des leichten Sinns,
als Geschichte noch erzählen war
und nicht schwere Last und Erbe,
als Jesus noch herzlich war, rosiges Krippen-
kind,
nicht der einsame Erwachsene,
fremd, irgendwie peinlich, abstoßend
mit vierzehn Stationen von Demütigung
und Schmerz
in alten Kirchen,
als Engel noch mit dem Kind waren und uns,
weit entfernt von Zusammenbruch und To-
desschrei,
damals, als Barrabas das Volksbegehren war.

Friede und Wohlgefallen?
Unsere Sehnsucht noch immer:
Friede als Ruhe, Raum ohne Forderung,
ohne Anspruch an Mitleid und Spendenbe-
reitschaft.
Friede als ruhiger Ort des Einvernehmens
Ohne Fremdes, Anstößiges:
Lasst mich in Frieden –
nicht gefordert sein zum Widerstehen,
nicht antworten müssen auf das Grauen
rings um,
Mensch sein dürfen – nur Mensch sein,
den Wolfspelz abstreifen in dieser stillen
Nacht,
sorglos sein und nicht bedürftig,
alles haben und alles kriegen –
zufrieden?
Gefallen, wohl gefallen ,

angenommen und unarmt mitten im Fal-
schen,
hineingefallen, in dieser stillen Nacht,
umgarnt von einem Sehnen,
nun wieder Kind zu sein
an diesem Abend, am Ende eines dunklen
Jahres,
ein Kind zu sein und freigesprochen –

Und so nie begreifen, nie verstehen,
was dem Frieden vorausgeht:
Ehre sei Gott in der Höhe
Als Bedingung für Frieden und Wohlgefallen
Und endlich Freispruch:
Ehre sei Gott in der Tiefe –
der Niederung menschlichen Lebens,
seit damals in jener Nacht
Gott Mensch wurde,
seit damals:
Ehre sei Gott in diesem Kind,
seit damals:
Würde den Menschen auch in der Tiefe
Gegen allen Augenschein!

Barbara Rauchwar-
ter, geboren in
Hamburg 1942, ist
evangelische Theo-
login und Germani-
stin. Sie lehrte an
der Kirchlichen
Pädagogischen
Hochschule Wien in
den Fächern Bibel,
Theologie des
Neuen Testaments
und Fachdidaktik. 2012 ist ihr Buch „Genug
für alle. Biblische Ökonomie“ im Wieser Verlag
erschienen.



Barbara Rauchwarter

und Fachdidaktik. 2012 ist ihr Buch „Genug
für alle. Biblische Ökonomie“ im Wieser Verlag
erschienen.

Armut und soziale Ausgrenzung wahrnehmen, reduzieren, überwinden

Von Friedrich W. Bargheer

Arme habt ihr immer bei euch“. Armut und soziale Ausgrenzung wahrnehmen, reduzieren, überwinden. Hg. v. Gerhard K. Schäfer, Barbara Montag und Joachim Deterding, Göttingen: V&R 2018, 512 S., kart., € 30,00.

Das ist schwieriges, zum Teil vermintes Gelände, auf das sich das Herausgeber-Team um Gerhard K. Schäfer und die 26 Autorinnen und Autoren begeben haben. Wichtig: Der „Armutband“ soll etwas bewirken – mindestens anstoßen (siehe Untertitel: Armut und soziale Ausgrenzung wahrnehmen, reduzieren, überwinden). Adressaten sind gewiss nicht nur die drei evangelischen Landeskirchen in NRW und ihre Diakonie, die den Band gesponsert haben. Sie aber sicher auch. Denn: „Die christlichen Kirchen sehen sich bei der Bekämpfung der Armut in besonderer Weise in der Pflicht“ (4). Zumal sie sich seit Gründung der Bundesrepublik 1949 als Handlungspartner des Staates, aber auch als dessen kritisch-solidarisches Gegenüber verstehen.

Es ist vorgekommen, dass besonders „armutsbewegte“ Kirchenleute sogar von der Hl. Inquisition verfolgt und bedroht wurden, weil sie der Auffassung waren, Jesus (und seine Jünger(innen) seien besitzlos und arm gewesen. Und das sei ein Ideal für Leute, die christlichen Glauben vor allem als Nachfolge-Praxis leben wollen. Das erzähle Du mal in einer Zeit, in der Kritik an pompöser Lebenshaltung beim Papst-Hof in Avignon und am aufkommenden Frühkapitalismus (mit seinen späteren Gipfeln im Medici-Papsttum) als so etwas wie Hochverrat zählt ...! (Der Kritikus, ein gewisser Berengar OFM von den Franziskaner-Spiritualen, hat sich damals (1321) an den Hof Kaiser Ludwigs in Mün-

chen retten können; da hat er nochmal Glück gehabt ...! – Man kann in diese Grusel-Geschichte eintauchen in Umberto Ecos „Der Name der Rose“).

So etwas droht im demokratischen Gemeinwesen hier bei uns niemand, der, wie unser Herausgeber-Kreis, höchst Kritisches kolportiert. Zum Beispiel: Teil der Kritik am jüngsten Armutsbericht der Bundesregierung sei der Vorwurf, in ihm werde die Kluft zwischen Arm und Reich verharmlost (3). Auch dass Armut und Reichtum heute zu Kampfbegriffen heruntergekommen sind; dass Deutschland heute „Ungleichland“ gescholten wird und dass wir „von einem gesellschaftlichen Grundkonsens im Blick auf Armut und Reichtum und von einem breiten Bündnis gegen Armut ... weit entfernt“ sind, kommt gleich zu Anfang (3f.) auf den Tisch. So etwas publik zu machen, ist konform mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, und das Team um Gerhard Schäfer wird wohl kaum ab jetzt vom VS beobachtet. – Ob aber die Bedrohung von (up-gedatet) nicht 3,0, sondern 4,3(!) Millionen unter uns lebenden Kindern durch Armut – ob das auch verfassungskonform ist – das „kriegen wir später“ ... (Natürlich ist das einer von vielen Armut-Skandalen genauso wie jener Auto-Heck-Aufkleber für Nobel-Schlitten mit der Aufschrift „Eure Armut kotzt mich an“ – exemplarisches Menetekel der Entsolidarisierung in unserem Land ... Der Armut-Band kümmert sich um diese und andere sozialpolitische Baustellen; aber er skandalisiert nicht und gibt sich keiner Empörung-Attitüde hin, sondern er berichtet – abständig und durchdacht. Außer der Kinder-Armut werden im 3. Hauptteil benannt, dargestellt und besprochen

- Altersarmut (Gerhard Naegele, 99ff.),
- Armutsrisiko speziell von Frauen (Hilde-

gard Mogge-Grotjahn: Ist Armut weiblich? 114ff.),

- Erwerbsarmut d.h. prekäre Beschäftigungsverhältnisse (Thomas K. Bauer, 126ff.),
- Armut und Wohnungslosigkeit (Harald Ansen, 174ff.)
- Armut und Prostitution (Lara Salewski, 185ff.)
- Soziale Ausgrenzung und rechtspopulistische Radikalisierung (Alexander Häusler, 227ff.).

Die Herausgeber dazu: „Es geht ... nicht darum, die Lösung für das Problem zu beschreiben ..., vielmehr darum, möglichst genau die Wirklichkeit zu beschreiben, ein (sc. entsprechendes) Bewusstsein ... zu entwickeln und dann vor diesem Hintergrund Lösungsansätze zu entwickeln ... So vielschichtig die Ursachen für Armut sind, so vielfältig müssen ... auch die Überwindungsstrategien sein“ (6). – In diesem Sinne mündet das zentrale Kapitel 3 in den Beitrag von Johannes D. Schütte: *Armut-Spiralen in Deutschland ... Wirkungs-Zusammenhänge und Ansatzpunkte für Gegenstrategien* (265ff.). – Wir wissen ja längst und wollen gern beherzigen: „Es kommt darauf an, sie (sc. die Verhältnisse) zu verändern“; so Karl Marx in den „Feuerbach-Thesen“ von 1845. Um diesen 3. Hauptteil (87-278), der sich „Phänomene(n) und Diskurse(n)“ widmet, gruppieren sich die übrigen Kapitel:

1. Grundlagen und Traditionen (13–55),
2. Geschichten und Gesichter (61–84),
4. Globalisierung und Entwicklung (283–342),
5. Projekte und Initiativen (345–409),
6. Perspektiven und Strategien (413–504).

Zu Grundlagen gehört – für eine Publikation mit christlichem Hintergrund ein „Muss“ – die Darstellung „Biblischer Perspektiven“ (eröffnet vom Bochumer Alttestamentler Jürgen Ebach, 13ff.). Geradezu ein

„Kabinett-Stück“ will mir Gerhard K. Schäfers Überblick zur Geschichte der Armut von der Antike bis zur Neuzeit in neun knappen Abschnitten scheinen (25–41). Er lässt u.a. den ersten Vorsitzenden der Caritas, Lorenz Werthmann († 1921), zu Wort kommen, der die Bedeutung der Caritas, entsprechend Johann Hinrich Wicherns († 1881) Innerer Mission bzw. der Diakonie, darin sah, „staatliche Aufgaben durch wertgebundene Hilfe zu ergänzen, die Gesellschaft für Armutssituationen zu sensibilisieren, ‘Pfadfinderin zu sein für staatliche und gesetzgeberische Maßnahmen’ und als Trägerin sozialer Verantwortung in einer zerklüfteten Gesellschaft zu wirken.“ – Eben darin macht Schäfer „bleibende Aufgaben für ein armutssensibles christliches Engagement“ aus (39f.). – Es fehlt nicht die Erinnerung an den Urheber der Dependenztheorie (nach Karl Marx entspricht der Akkumulation von Reichtum die Akkumulation von Elend und umgekehrt) – das gilt ja allgemein und nicht nur zu Zeiten von Marx/Engels in der Ersten Industriellen Revolution mit der Entstehung des Industrie-Proletariats. Für Dom Helder Câmara und seine lateinamerikanischen Bischöfs-Kollegen lag und liegt hier seit einem halben Jhd. (Medellin 1968) der Sachgrund für die Theologie der Befreiung mit ihrer „vorrangigen Option für die Armen“, die Leute-ohne-Land („semterras“), nicht nur in Brasilien ... (Was sind CIA, Vatikan, Kalte Krieger und die Vereinigte reaktionäre Rechte nicht dagegen Sturm gelaufen! – Alles Kommunisten und Systemveränderer im Schafspelz der Soutane! – Immerhin: Dom Helder ist eines natürlichen Todes gestorben; da konnte man nicht sicher sein ...). Seinen Ansatz hat Adveniat 2000 adaptiert mit dem Slogan „Die Armen zuerst!“. – Im Teil 3 abschließenden Basis-Beitrag „Armut in Deutschland. Begriffe, Betroffenheit und Perspektiven“ (42–55) werden politische, empirische, ökonomische usw. unentbehrliche

Grundlagen „nachgereicht“ (von Jan Bertram und Ernst-Ulrich Huster). Die inhaltlich-thematischen Kerne der anderen Hauptteile (2, 4–6) sind: (2): Alltagsgeschichten (Bettina von Clausewitz, 61ff.) und ästhetische Kommunikation von Armut (Andreas Pitz: Kunst trotz(t) Armut, 74ff. – Beides dient der Sensibilisierung für realistische Wahrnehmung als nötigem Ausgleich zur Übermacht des unanschaulich-Statistischen; (4): Globalisierung und Entwicklung (281–342): Dies Kapitel versammelt Spots auf „Armutszuwanderung aus Südosteuropa“ (Rainer Staubach, 281ff), „Armut und Entwicklung“ (Philipp Lепенies, 298ff. – gemeint: Armutsbekämpfung als Aufgabe der Entwicklungspolitik), auf den „theologischen Ansatz von Brot für die Welt“ (Dietrich Werner schreibt 312ff. über „Reformatorische Tradition und Engagement für die Würde des Menschen“), schließlich „Eine Welt ohne Hunger und Armut ist möglich“ (Klaus Seitz, 327ff. – der Leiter der Abt. Politik von Brot für die Welt prognostiziert: „Die rechts-populistischen Strömungen in vielen Ländern Europas wie auch die ‘Amerika First’-Politik der derzeitigen US-amerikanischen Administration werden (den) Paradigmen-Wechsel hin zu einer nachhaltigen und solidarischen Weltinnenpolitik zwar verzögern, aber nicht aufhalten können. Aber ... das Ringen um Eine Welt ohne Armut und Hunger (wird) nicht ohne Konflikte vonstattengehen“ (341). (5): Projekte und Initiativen (345–409). Dieser Hauptteil wirkt wie ein Bündel von Hoffnungsstrahlen. In ihm berichten Wolfgang Biehl, Ulrich Hamacher, Martin Hamburger, Bartold Haase, Frank Bremskamp, Maike Cohrs, Cornelia Oßwald / Barbara Schulz, Uta Schütte-Haermeyer und Ulricht T. Christenn über ein Kinderbildungszentrum im Saarland (345ff.), den Runden Tisch gegen Kinder- und Familienarmut in Bonn (355ff), Armut und Langzeitarbeitslosigkeit in Wuppertal (362ff.), ein Praxisbei-

spiel von der Stiftung Eben-Ezer/Lemgo (368ff.), Medizinische Versorgung Wohnungsloser in Oberhausen (374ff.), Schuldnerberatung für Senioren in Köln (380ff.), die Caritas-Diakonie-Sprechstunde in Gerresheim (387ff.), die Anlaufstelle für EU-Zuwanderer(innen) in Dortmund (393ff.), Armut als Motiv für Kollekten und Fundraising (402ff.). (6): Perspektiven & Strategien (413–499). Hier kommen wir zu den Handlungs-Perspektiven. Da geht es z.B. um Konzentration auf den Zusammenhang von „Armut – Gemeinde – Sozialraum“ (Alexander Dietz, 413ff.); Birgit Zoerner berichtet über Armutsbekämpfung in kommunaler Perspektive am Beispiel Dortmund (422ff.); Benjamin Benz macht (429ff.) im Sinne der kommunalen Jugendhilfe aufmerksam auf die Begrenztheit der gegebenen Möglichkeiten. Das dient der Erdung von Hyper-Aktiven und Übermotivierten. Trotzdem: Bestehende Handlungsspielräume gilt es zu nutzen (444). – Guntram Schneider sieht (446ff.) in dem Sachverhalt, dass Armut und gesellschaftliche Teilhabe sich ausschließen, nicht abzuweisende politische Herausforderungen; Traugott Jähnichen fragt (456ff.), ob wir uns schon „Auf dem Weg zu einer Kirche mit den Armen“ sehen dürfen, statt etwa – aus der Position in einer einseitig leistungsorientierten Marktgesellschaft – sozial Schwache Objekte von Fürsorge bleiben zu lassen. In einer solchen Kirche könnten sich Arme „in authentischer Weise als angenommen erfahren“ (468). – Barbara Eschen plädiert (470ff.) für eine Nationale Armutskonferenz als „starke Stimme gegen Armut und Ausgrenzung“. – Katrin Hatzinger schließlich legt (485ff.) den Kirchen den „Kampf gegen Armut und für ein soziales Europa“ ans Herz. Was für einen Schatz haben Kirche, Diakonie/Caritas und Politik aller Ebenen an diesem Compendium!

Anarchismus und Gewaltfreiheit

Von Wilfried Gaum

Arbeitsgruppe Anarchismus und Gewaltfreiheit (Hrsg.): *Je mehr Gewalt, desto weniger Revolution; Texte zum gewaltfreien Anarchismus und anarchistischen Pazifismus – Band 1*; Verlag Graswurzelrevolution, Heidelberg 2018; 240 Seiten

In prägnanter Weise fasst Sebastian Kalicha als einer der Herausgeber bereits in der kurzen Einleitung zusammen, was den gewaltfreien Anarchismus vor allen anderen sozialistischen Theorien zu einer Inspiration für alle freiheitlich denkenden Menschen werden lassen müsste: „Viele essentielle Aspekte anarchistischer Theorie deuten unzweifelhaft in Richtung der Notwendigkeit einer radikalen, anarchistischen Kritik der Gewalt. Erwähnt seien nur einige Beispiele wie die Untrennbarkeit von Mitteln und Zielen (Ziel-Mittel-Relation), vorwegnehmende Politik, die Betonung der sozialen anstelle der politischen Revolution, libertärer Antimilitarismus, freiwillige Kooperation anstelle von staatlichen Befehlen und Gehorchen, gegenseitige Hilfe statt neoliberalen Konkurrenzdenken und Ellenbogenmentalität, die Problematisierung der unausweichlichen Wechselwirkung von Gewalt und Herrschaft (nicht nur beim Staat), die Analyse und Kritik struktureller Gewaltverhältnisse (wie Diskriminierung, Ausbeutung usw.) sowie ein Fokus auf eine umfassende Herrschaftskritik, die blinde Stellen vermeidet und nicht auf halbem Wege stehen bleibt.“ (S. 7f).

Mir scheint es kein Zufall zu sein, dass die Bewegungen, die nach 1968 bis heute am nachhaltigsten das zivile Gesicht dieser Republik geprägt haben, sowohl in ihrer inneren Logik wie auch in ihren Aktionsformen große Übereinstimmungen mit diesem Programm zeigen: angefangen von der antiaua-

toritären Kindererziehung, die kleine Menschen als selbstständige Wesen mit eigenem Willen und Wollen ansieht, über die Frage des Umgangs mit unserer Um- und Mitwelt und der Infragestellung einer Herrschaftsbeziehung zwischen Mensch und Natur, die Frage der Gleichberechtigung der Geschlechter und der sexuellen Orientierungen bis hin zur Freisetzung neuer libertärer Denk- und Forschungsansätze in der Wissenschaft außerhalb linearer und einfacher Ursache-Wirkungsmechanismen, dieser Geist der Freiheit und des Nonkonformismus hat für die politischen Bewegungen seinen reinsten Ausdruck sicher im gewaltfreien Anarchismus.

Auch hinsichtlich der Ziel-Mittel-Relation ist es das Verdienst des gewaltfreien Anarchismus, zu den üblicherweise in der sozialdemokratischen und kommunistischen Bewegung diskutierten Formen der Überwältigung der Gesellschaft, mit Hilfe von Werbemitteln und Wahlkampf oder aber durch bewaffneten Aufstand eroberte Macht, Alternativen aufgezeigt und vorgelebt zu haben: Sabotage, Boykott, Besetzungen, Massen- und Generalstreik, „ziviler Ungehorsam“. Alle diese Mittel lassen dem politischen und sozialen Gegenspieler seine Würde, machen ihn nicht zum bloßen Objekt oder nehmen ihm gar Gesundheit und Leben. Es gehört für mich zu den Rätseln der Geschichte der sozialistischen Bewegung in Deutschland, dass diese Ansätze, die das Freiwerden der eigenen Person in der Aktion mit der Befreiung breiter Schichten verbinden, in der Wahrnehmung und Wirklichkeit eine so geringe Rolle gespielt haben.

Ich denke daher, dass die „Stoßrichtung“ des Sammelbandes, wie sie in der Einleitung aufgezeigt wird, eindeutig zu passiv ausfällt. Geht es wirklich darum, dass „der gewaltfreie

Anarchismus...in Fragen der übersichtlichen Aufarbeitung und leichten Zugänglichkeit seiner Theorie und Praxis anderen anarchistischen Strömungen hinterher(hinkt)“? (S. S.9) Das alleine hätte mich nicht gereizt, den Sammelband in die Hand zu nehmen. Es ist doch eher die durch den Titel aufgeworfene, ja für den in der deutschen Tradition sozialisierten Sozialisten fast provokante Behauptung „Je mehr Gewalt, desto weniger Revolution“, die hinterfragt und belegt sein will. Mit anderen Worten: was hat der gewaltfreie Anarchismus zu den Fragen der Zeit zu sagen und welches Erbe bietet sich empirisch an, um seinen Beitrag zu plausibilisieren?

Im ersten Beitrag stellt Lou Marin das Herrschaftsmodell und Gegenstrategie in Étienne de la Boetie's „Rede über die freiwillige Knechtschaft“ dar, die erstmals 1577 veröffentlicht wurde. La Boetie's Ansatzpunkt ist, dass die „Zusammenarbeit, Unterstützung und Bewunderung (der Herrschaft) im Kern eine freiwillige Entscheidung derjenigen ganz unten ist, der Beherrschten.“(S. 14) Die Verweigerung materieller und geistiger Unterstützung der Herrschaftspyramide führt dann nicht nur zum Sturz dieser Herrschaft, sondern lässt die Beherrschten überhaupt erst sich selbst zuwenden und Solidarität untereinander entdecken. Marin zieht für moderne Gesellschaften mit ihrer vielfältigen Ausdifferenzierung mit der Förderung machtgieriger Menschen in allen gesellschaftlichen Schichten den Schluss, dass Gewalt nicht nur moralisch verwerflich, sondern wirkungslos bleibt, wenn nicht der Herrschaftsvirus bekämpft wird.

Der längere Beitrag von Alexandre Christyannopoulos über Tolstois Kritik an staatlicher Gewalt und Irreführung stellt ebenfalls heraus, dass auf jeder Sprosse der gesellschaftlichen Leiter Befehl und Gehorsam funktionieren, Verantwortung entweder nach oben oder nach unten abgeschoben wird. In

einem Land, in dem sich jahrhundertlang ein lutherisch begründeter Obrigkeitsstaat auch Individuen hervorgebracht hat, die selbst ihre aktive Teilnahme an Massenmord und Vernichtung wie im 2. Weltkrieg noch mit „Befehlen von oben“ rechtfertigten, ist das ein zentral wichtiger Ansatz. Es ist der Ansatz der persönlichen Verantwortung und der verantworteten Aktion. Und es liegt nahe, dass Individuen, die so sozialisiert sind, dazu gebracht werden können, „dass sie friedlich, sich gegenseitig fördernd und helfend, miteinander leben können, ohne dabei durch äußere Gewalt und äußeren Zwang beeinflusst und getrieben zu sein.“ (Oerter, Gewalt oder Gewaltlosigkeit – Vom Wesen der Gewalt und ihren Mitteln, S. 69, 81). Aber wie bringt man denn die Menschen dazu?

Ein wichtiges historisches Exempel arbeitet S. Münster in seiner Darstellung und Analyse der Niederschlagung des Kapp-Putsches 1920 durch einen Generalstreik auf. Der Angriff monarchistischer und revanchistischer Truppen auf die Republik wurde in einem einwöchigen Generalstreik der Arbeiterinnen und Arbeiter zurückgewiesen. Dieser Generalstreik wurde auch von den der Staatlichkeit skeptisch bis ablehnend gegenüberstehenden Fraktionen der Arbeiterschaft mitgetragen – so wie übrigens auch die spanischen SyndikalistInnen 1936 die Republik verteidigten und schließlich sogar in eine Regierung eintraten. Keiner wollte eine rechte Schreckensherrschaft, wie sie in Ungarn nach der Niederschlagung der dortigen Räterepublik errichtet worden war. Aber nach dem Rückzug der Putschisten zerbrach die innere Einheit der Bewegung. „Hätten die deutschen Arbeiter sich mehr mit der Eroberung des Bodens, der Fabrik, der Werkstatt, anstatt mit der Eroberung der politischen Macht beschäftigt... So wäre uns manche bittere Erfahrung erspart geblieben.“ (S. 93) Es besteht auch eine große Wahrscheinlichkeit

dafür, dass die anschließenden parteipolitischen Manöver, das Sektierertum und die Machtpolitik der großen Arbeiterorganisationen das ihre dazu beigetragen habe, dass die gespaltene, desillusionierte und entmutigte Arbeiterbewegung 1933 zu keiner Gegenwehr mehr fähig waren und nach 1945 nicht einmal mehr den ernsthaften Versuch unternahmen, sich die Produktionsmittel und den Boden selbsttätig und genossenschaftlich organisiert anzueignen.

Die Kernthemen des Sammelbandes sind damit angesprochen, interessant belegt und gut dokumentiert. Insoweit leistet der Sammelband gute Dienste und belegt, dass auch in dem obrigkeitsstaatlich geprägten Deutschland (und Österreich) eine staatskritische, auf die selbständige Aktion und freiwillige Solidarisierung von Menschen freien Geistes orientierte Bewegung existiert, die bis zu den Kämpfen gegen die Atomkraftwerke und um einen fundierten Frieden in der Bundesrepublik wirksam war. Nun kommt es darauf an, neue Formen und Felder zu suchen, auf denen mit solchen Potenzialen experimentiert wird, und zwar „aus der Erkenntnis und Erfahrung heraus, dass bestimmte Fragen nicht anders zu klären sind als dadurch, dass ein Versuch gemacht wird, der, da es nicht um

physikalische Naturgesetze geht, sondern um eine Selbsterfahrung menschlicher Gesellschaften, vorsichtig, korrigierbar, freiwillig unternommen werden sollte. `Keine Experimente` ist hingegen der sicherste Versuch, zum Versuchskaninchen gemacht zu werden.“ (S. Münster, Sozialismus und Experiment, S. 211, 220).

Nun käme es darauf an, die psychischen und sozialen Bedingungen für solche „Aufforderungen zum Sozialismus“ (Landauer) genauer zu bestimmen. Warum konnten Macht- und Parteipolitik so ermutigende Bewegungen wie die um 1918, 1920 und 1968 mit großem Erfolg transformieren? Welche psychischen Energien stehen der Emanzipation, der Selbsttätigkeit, dem Nonkonformismus und freiem Denken entgegen, welche unterstützen diese? Wie können die Unterstützer autoritärer, rassistischer, neoliberaler Konzepte so verunsichert werden, dass Räume für ein Umdenken und eine Zuwendung zu freierlichem Denken möglich werden? Ich würde mir wünschen, dass die angekündigte Fortsetzung des Sammelbandes sich auch mit solchen fundamentalen Fragen beschäftigen würde.

(31.07.2018)

Worüber ein christlicher Sozialist zu seiner Gemeinde predigt **Biblische Botschaft und ihre Korrelation**

Von Elmar Klink

Reinhard Gaede: *Sternstunden – Erfüllte Zeit. Predigten im Kirchenjahr. Bd. I Episteln und Altes Testament, Geb.*, 260 S., Fromm Verlag, 2018, 39,80 €, als E-Buch beim Autor, Schutzgebühr 5,00 € an BRSD.

Unter dem ansprechenden Titel „Sternstunden – Erfüllte Zeit“ hat Dr. Reinhard Gaede eine Auswahl seines pastoralen Predigtwirkens vorgelegt. Vor allem auch für

die vielen Mitglieder seiner ehemaligen letzten Pfarrgemeinde in Herford-Laar, die „es“ nochmal schwarz auf weiß haben können, was er wie und worüber zu ihnen in Gottesdiensten gesprochen hat und nun zur lebendigen Erinnerung von ihm das Buch überreicht bekommen. „Das Buch vereint Predigten und Meditationen über Episteln des Neuen und Texte des Alten Testaments“ (Klappentext). Die Predigt, das Wort, ist noch immer die zentrale Form der

christlichen „Agitation“ (Die beste theologisch-politische Erörterung hierzu ist Wolfgang Deresch's Untersuchung: „Predigt und Agitation der religiösen Sozialisten“; Hamburg 1971).

Sola scriptura („allein durch die Schrift“) gilt umso mehr in der evangelisch-protestantischen Kirche als sie aus der Reformation Luthers und anderer gegen die Selbstherrlichkeit Roms und seiner allzu irdenen Vertreter hervorging. Diese gaben allem Möglichen den Vorzug, wie etwa dem Handel mit Ablassbriefen, sich als Christ und Christin zu „rechtfertigen“ und von Sündenlast zu befreien – nur nicht dem rechten Tun und Trachten im Geist des Glaubens und der Heiligen Schrift. Um das scharfe, nicht selten medial nur abwertend benutzte Wort des „agitare“ (lat. für aufregen, aufwiegeln) hier nicht falsch zu verstehen: es geht nicht um Hardliner-Bekehrung oder fromme Mission in einer Zeit, in der allerhand populistische Seelenfänger unterwegs sind. Ja, es gibt auch einen christlichen Populismus und Fundamentalismus aus einem einseitigen, übersteigerten Religionsverständnis und Sendungsbewusstsein heraus.

Nun wird man Reinhard Gaede (*1942 in Siegen), den evangelischen Pfarrer und Seelsorger (29 Jahre Pfarramt im Kirchenkreis Herford), wissenschaftlichen Theologen und Soziologen (7 Jahre in der Forschung), religiösen Sozialisten, kirchlichen KDV-Beauftragten, Ehrenämter und Buchautor, im verdienten Ruhestand seit 2005, nicht in die Nähe irgendwelcher christlicher „Scharfmacher“ rücken können. Seine „Agitation“ des geistlichen Worts im Predigtamt war stets eine friedlich-dialogische, ökumenisch ausgerichtete und verstehende auch des religiösen Andersseins im Islam und Judentum. Vor allem aber eine seelsorgerliche, begleitende und Anteil neh-

mende. Das bezeugen eindrücklich die für das Buch ausgewählten Predigt-Texte.

Die Predigt ist der Methode der Korrelation (Paul Tillich) verpflichtet. Paul Tillich war einer der bedeutendsten protestantischen Theologen und religiösen Redner. Also der Wechselwirkung der Fragen des Lebens mit der biblischen Botschaft, in der wir Antworten entdecken. Und umgekehrt stellt uns die biblische Botschaft Fragen, auf die wir in unserem Leben Antwort finden sollen (Aus dem Klappentext). Christliche Predigt, die Homiletik (Predigtlehre), ist gelernte, geschulte Erzählung und „Übersetzung“ in einem. D. h. zeitgemäße Verkündigung und Auslegung der erfassbaren Sinn-Botschaften einzelner Bibelstellen, die als Motto und Aufhänger benutzt, dazu dienen, sie aus ihrem immer auch historisch bedingten und lebensweltlich geprägten Zusammenhang zu Heutigem in Beziehung zu setzen. Zu „kontextualisieren“ zu dem, was Christenmenschen aktuell bewegt, umtreibt, sorgenvoll erfüllt in persönlichen Lebenssituationen, sozialen und politischen Bedrängnissen. Das stellt auch eine Gefahr der Verirrung dar: man kann sich dabei zu weit vom eigentlichen Text entfernen und in falsche Kontexte geraten. Man kann aber auch, zu sehr dem Ursprungstext anhaftend, den Kontext und Bezug zu heute verfehlen. Beides sind sozusagen die Fallen, vor denen ein und eine Prediger/in sich hüten müssen. Sonst hat man wohl falsch gepredigt und wurde von den Zuhörenden nicht verstanden. Kritik bis hin zur Predigtstörung muss möglich bleiben.

Das Predigen, die Wortverkündigung, ist – wie es der holländische Liturgie-Reformer Kes Kok von der Amsterdam-Ekklesia ausdrücken würde – gleichrangiger Teil des „Liturgischen Dreiecks“ Wort (Lied/Chor) – Gemeinde (Dienst) – Gottesdienst (Eucharistie). Gibt es innerhalb dieser Tripolarität

Über- oder Untergewichte, wird eine der Säulen zu sehr überbetont oder vernachlässigt oder ganz ausgeblendet (z. B. wenn man nur noch Wortgottesdienste abhält, nicht singt, die Gemeinde nicht pflegt, sich Eliten herausbilden, der Ritus vorherrscht) läuft in einer Gemeinschaft von Christ(inn)en nach Kok etwas grundlegend falsch. Dann ist die Gemeinderealität im gestörten Ungleichgewicht, die mitunter bis zur Spaltung der Gläubigen in Lager reichen kann. Wer immer solches als bittere bis lehrreiche Erfahrung miterlebt und durchlebt hat, weiß, wovon die Rede ist. Zelebrant und Prediger müssen dafür offene, zugängliche Sinne haben und Aufmerksamkeit bewahren, müssen das Ganze im Blick haben. Genauso wie dies eine Aufgabe der ganzen Gemeinde ist. Es zeichnet die „gute“, die funktionierende Gemeinde aus, im Gleichgewicht des liturgischen Dreiecks zu sein, was nicht mit bloßer Harmonie verwechselt werden sollte.

Die Wahl von Predigt-Themen muss auf die Gemeinde zielen, ihre innere Verfassung, auf den Seelen-Zustand ihrer Mitglieder, auf den sozialen wie auch politischen Standort. In einer Gegend von meist Reichen und Wohlhabenden wird man vermutlich im Ansatz anders predigen als in einer Umgebung von überwiegend Mittellosen und Armen, wenn diese den Weg in die Kirche noch finden. Das anzunähernde Ziel dürfte dabei stets das gleiche sein: die soziale Gerechtigkeit. Oder dort, wo es in Kasernen Nähe viele Soldat(inn)en und ihre Familien gibt, wird man das inzwischen gängige Wort vom kirchlichen Leitbild des „gerechten Friedens“ in den Vordergrund stellen und es noch in ein allein friedensethisch bedeutsames erweitern. Soldat(inn)en-Seelsorge kann und darf nicht abgehoben von der Gemeinderealität stattfinden und sich in staatlich geförderten Institutionen wie der

„Seelsorge in der Bundeswehr“ (früher: Militärseelsorge) verschanzen oder Militärgar rechtfertigen.

Immer wieder wurden auch im katholischen Raum Liturgie-Überlegungen angestellt und sich dabei Gedanken über das Predigen gemacht. Zu nennen wäre Romano Guardinis Büchlein „Vom Geist der Liturgie“ aus dem Jahr 1918. Der konservative, reformabgewandte Joseph Kardinal Ratzinger, späterer Papst Benedikt XVI., knüpft in seinem Buch „Der Geist der Liturgie. Eine Einführung“ (2000) daran ausdrücklich an, ohne freilich zur offenen Haltung seines theologischen Vorgängers zu finden. Darin ist viel die ästhetisch-dogmatische Rede vom Wesen der Liturgie, von Zeit, Raum und Kunst in der Liturgie, von Gestalt und Ritus bis hin zum Knien, Stehen und Sitzen, aber im Unterkapitel „Die menschliche Stimme“ nur wenig von der Predigt und der Bedeutung des gesprochenen Worts im Liturgischen.

Auf den 260 Seiten des Predigten-Buches von Pfarrer Gaede werden in den Überschriften und zitierten Bibelstellen des Inhaltsverzeichnisses klare Sinnbezüge deutlich. Zusammen mit den vorangestellten Kirchenjahrs-Zuordnungen bieten sie den Lesenden Orientierung auf Themen, die sie vielleicht zuerst am meisten ansprechen. Schade nur, dass dem Buch kein einleitendes und hinführendes Vorwort oder eine theologische Einführung in das Predigtverständnis Gaedes vorangestellt ist. Man ist ab Seite 1 gleich unvermittelt auf den Predigt-Seiten. Diese müssen so für sich sprechen.

Bremen 8.10.2018

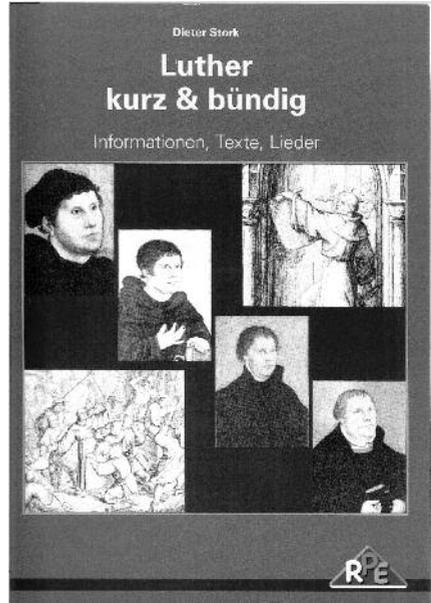
BUCHTIPP

„Luther kurz & bündig“

Luther kurz & bündig“ bietet eine facettenreiche Einführung in die Person Martin Luthers und das Epoche machende Geschehen, das er ausgelöst hat. Auf jeweils einer Doppelseite werden unterschiedliche Aspekte zusammengefasst und Impulse zur weiteren Beschäftigung mit Luthers bahnbrechender Erkenntnis vom gnädigen Gott gegeben:

- Luthers Verständnis von Bibel, Glaube und Gnade
- Menschenbild und reformatorische Entdeckung
- Folgen für Theologie und Kirche
- Luther und die Macht
- Luther und die Juden
- Bauernkrieg und Abendmahlsstreit
- Bekenntnisbildung und Entstehung des Landeskirchentums.

Das Heft eignet sich als Einstieg in das Thema „Martin Luther und die Reformation“ in Gemeinde und Schule sowie zur persönlichen Lektüre. Darüber hinaus kann es als Begleitmaterial zu den beiden Oratorien „Gaff nicht in den



Himmel – Martin Luther: Reformation heute“ und „Wie ein Pelz auf seinen Ärmeln – Martin Luther: Der Glaube ist ein hohes Ding“ eingesetzt werden.

Dieter Stork war bis zu seinem Ruhestand Gemeinde- und Jugendpfarrer sowie Schulreferent der Evangelischen Kirche von Westfalen. Er hat bereits zahlreiche Bücher im Bereich kreativer Projektarbeit sowie zu pädagogischen und theologischen Themen veröffentlicht. Als Texter und Liederdichter hat er mit vielen bekannten Komponisten zusammengearbeitet.

BUNDESNACHRICHTEN

Neue Vereinsnachrichten

Von Andreas & Sabine Herr

Aus der Mitgliederversammlung und dem Vorstand des Bundes gibt es folgendes zu berichten:
Neue Adresse des Vereins:

Der Sitz des Vereins ist in Frankfurt am Main. Die Adresse, bisher in Herford bei Dr. Reinhard Gaede lautet nun BRSD, Effnerstr. 26, 85049 Inngolstadt.

Der neue Bundessekretär Andreas Herr ist unter der Telefonnummer 08 41 / 9 00 42 65 oder unter der Mailadresse brsd-sued@gmx.de zu erreichen.

Um die Verwaltung des Vereines zu erleichtern, haben wir beschlossen, E-Mails als Benachrichtigung für Mitglieder zuzulassen. Leider haben wir noch nicht von allen Mitgliedern die vorhandene Mailadresse. Bitte sendet diese an brsd-sued@gmx.de.

Neue Gebührenordnung:

Der Normalbeitrag beträgt 51,- €, der ermäßigte Beitrag beträgt 30,- €. Für mittellose Mitglieder kann der Beitrag auf 12,- €/Jahr ermäßigt werden. Beim letzten Beitrag ist der Bezug der CuS nur dann möglich, wenn dem Verein durch Förderbeiträge genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden. Der Förderbeitrag beträgt daher 71,- € und mehr. Sowohl der ermäßigte Beitrag als auch der

Mittellosen-Beitrag muss beim Vorstand angefragt und begründet werden. Beide Beitragsermäßigungen werden maximal auf fünf Jahre begrenzt. Förderbeiträge (ab 71,- €/Jahr) sind freiwillige Leistungen der Mitglieder und der Wechsel zum Normalbeitrag ist jederzeit möglich. Die Mitgliedsgebühren sind im ersten Quartal eines jeden Jahres zu entrichten. Die Mitgliedsbeiträge für den BRSD sind steuerlich absetzbar. Spendenbescheinigungen gehen auf Wunsch (Vermerk auf dem Überweisungsträger) zu. Wer eine Einzugsermächtigung erteilt, bekommt automatisch am Jahresanfang für das vergangene Jahr eine Spendenbescheinigung ausgestellt.

Kirchentag:

„Was für ein Vertrauen“ ist das Leitwort des nächsten Kirchentags in Dortmund vom 19.–23.Juni 2019. Unser Stand ist vom Kirchentagspräsidium angenommen worden! Zusätzlich haben wir in Kooperation mit anderen Gruppen zwei Gottesdienste angemeldet. Was wir davon bekommen, wird sich in den nächsten Wochen zeigen. Den Stand werden wir gemeinsam mit der „Blumhardt Sozietät“ Bad Boll gestalten.

Neue Medien:

Wir weisen darauf hin, dass wir





eine Webseite im Internet haben: <https://religioesesozialisten.de/>, Suchwort: BRSD, auch pflegen wir bislang zwei Seiten in Facebook: www.facebook.com/ReligioeseSozialisten und für Süddeutschland: www.facebook.com/brsdbayern/.

Region SÜD:

Das Herbstregionaltreffen ist 17. November 2018 in Nürnberg, Dr. Manfred Böhm aus Bamberg wird zu „Karl Marx und sein Mehrwert“ referieren.

Auch im nächsten Jahr beteiligen wir uns im Kreis der Religionen am Corso Leopold in München (25./26.05. 2019), der unter dem Jubiläum des Grundgesetzes steht. Wir wollen uns vor allem dem Artikel 4 (Religionsfreiheit) zuwenden. Darüber hinaus beteiligen wir uns öfter an Aktionen und Demonstrationen, die Informationen dazu findet Ihr auf Facebook.

Region NORD: siehe S. 80.

Die Jahrestagung des BRSD in Kassel 19.–21.10.2018

Von Thomas Kegel

Die beste Jahrestagung seit einigen Jahren!“ ... so die Meinung einer Teilnehmerin unserer Jahrestagung bei der Abschlussrunde. Inhaltlich war viel geboten und das auf eine neue Weise mit modernen Methoden: Es gab ein abwechslungsreiches inhaltliches Programm mit zwei wegweisenden Vorträgen. Am Freitagabend nahm Altbischof Martin Schindehütte die über 30 Anwesenden mit auf einen Pilgerweg des „Gerechten Friedens“. M. Schindehütte begründete biblisch die Verpflichtung aller Christ(inn)en für ALLE Menschen aktiv an der Aufgabe „Unrecht und Gewalt beim Namen zu nennen und an ih-

rer Überwindung zu arbeiten und für einen gerechten Frieden einzutreten.“ Dieser biblische Auftrag für die Christ(inn)en ist nicht einer, der die Christenheit über die anderen Religionen stellt. Sondern es geht um einen multireligiösen Dialog mit allen anderen Religionen und darin immer um die Verantwortung auch für die fremden Nächsten. Damit ist unser christlicher Pilgerweg eine gelebte Spiritualität IN DIESER Welt und zielt in ihrer Kontemplation, ihrer Andacht, ihrem Beten und vor allem in ihrer Kritik am Bestehenden und in ihrem aktiven Handeln auf die Überwindung der Situationen voller Gewalt und Unrecht. Die Diskussion wurde auch angereichert durch Beiträge

zweier Vertreter(innen) des Kasseler Friedensforums. Dieses ist ein Zusammenschluss mehrerer Organisationen und aktiver Einzelner für die regionale Friedensarbeit. Schwerpunkte des Forums sind der Kampf gegen die Rüstungsexporte, auch aus der Rüstungshochburg Kassel mit seiner Rüstungsindustrie. Im Rahmen von Kampagnen gegen die geplanten Aufrüstungspläne der Bundesregierung finden viele Aktionen statt.

Der Samstag startete mit einer Lesung und deren Interpretation mit der Methode Bibliolog, angeleitet von Pfarrerin Anneke Ihlenfeldt vom Bundesvorstand. Der Bibliolog ist eine befreiungstheologisch inspirierte Methode des Nacherzählens und Nacherlebens der Biblischen Szene und sehr gut geeignet, um miteinander die Bibel zu teilen. Dadurch bekam unsere Tagungsgruppe eine biblisch fundierte gemeinsame Orientierung. Es schloss sich dann die erste Sequenz einer Situationsanalyse der gegenwärtigen Situation des Bundes an. Kurz zusammengefasst: Der Bund bewältigt gerade einen Generationswechsel im Vorstand, hat sich in finanzieller Hinsicht konsolidiert, orientiert sich auf neue Methoden der Öffentlichkeitsarbeit (gestützt auch auf das Internet) ohne Be-

währtes zu unterlassen. Erfreulich ist unsere kontinuierliche Präsenz auf den ev. Kirchentagen und seit neuestem auch auf dem Katholikentag mit jeweils einem eigenen repräsentativen thematischen Infostand. Die große Aufgabe des Bundes besteht in der Gewinnung neuer und weiterer Mitglieder – hier gibt es eine positive Tendenz, auch wenn die Anzahl der an einem Beitritt Interessierten noch gesteigert werden muss. Hier werden wir künftig für die Jüngeren auch Möglichkeiten über das Internet schaffen. So ist eine Facebook-Gruppe geplant, die der bundesweiten Vernetzung dient.

Am Samstagnachmittag hielt die Bundestagsabgeordnete Eva Maria Schreiber (Partei Die Linke) einen Vortrag zum Thema „Was haben die aktuellen Kriege mit dem ausufernden Kapitalismus zu tun?“ MdB E. M. Schreiber ist Mitglied bspw. im Bundestagsausschuss für Wirtschaftliche Entwicklung, Welternährungspolitik, Weltgesundheit und besucht in dieser Funktion häufig die Länder im Globalen Süden. Sie wies auf die in den grundlegenden Strukturen des Kapitalismus liegenden Zwänge zum Wachstum und zur Konkurrenz hin. Letztlich liegen hierin die ständig steigenden Gefahren für Kriege





und tatsächlich werden diese ja auch weltweit geführt. Teilweise als sog. „Stellvertreter-Kriege“, in denen brutale Regimes die Ausbeutungsordnung in den Ländern stellvertretend für den reichen Norden aufrechterhalten. Die Bundesregierung treibt in ihren Bündnissen, bspw. der NATO, die Krisentendenzen voran durch eine Koppelung von Entwicklungshilfen und Militärinterventionen. Es ist für uns klar: Diese Wirtschaft tötet – keine Frieden mit dem Kapitalismus!

Am Nachmittag wurde mit der Methode „Weltcafé“ an Themen-Diskussionstischen gearbeitet. Ergebnisorientiert diskutiert wurden die Themen: „Unsere Spiritualität – gerade KEINE auf ein Jenseits bezogene Spiritualität“ (Thementisch 1), „Was ist Gerechter Frieden – was können wir als BRSD dafür tun?“ (Thementisch 2), „Was hat Gerechtigkeit mit Sozialismus zu tun? Wie können wir sozialistische Tendenzen im Hier und Heute stärken?“ (Thementisch 3). Der Abend wurde bei einem Abendessen mit italienischer Küche beschlossen.

Der Sonntag begann mit einem Gottesdienst, den unsere Gruppe mitgestaltete. Liedauswahl, Interpretation der Perikopen-Lesung, Fürbitten – alle unsere Beiträge

waren befreiungstheologisch inspiriert und kamen, so die Rückmeldungen, bei unserer gastgebenden Kirchengemeinde Wehlheide gut an.

Danach begann die Mitgliederversammlung. Von dieser ist zu berichten, dass der alte Vorstand entlastet wurde, die Kasse geprüft und die Kassenführung entlastet wurde und ein neuer Vorstand gewählt wurde. Dem alten Vorstand wurde für dessen „grundlegenden Fundamente bereitende Arbeit“ sehr gedankt – gemeint war damit vor allem die finanzielle Fundierung des Bundes. Der neue Bundesvorstand besteht nun aus Andreas Herr (Bundessekretär), Sabine Herr (Bundeskassenführerin) – beide Ingolstadt. Als weitere Mitglieder des Bundesvorstands wurden gewählt: Gerhard Emil Fuchskittowski, Berlin und Jürgen Gorenflo, Hamburg und Thomas Kegel, Hannover. Mit den besten Wünschen für eine gute weitere Vorstandsarbeit und einem Reisesegen wurde die Mitgliederversammlung und Jahrestagung beendet.

Information über die Arbeit des BRSD Nord: Geplant sind u.a. Veranstaltungen zur Europa-Wahl 2019 – bitte mittels E-Mail Kontakt aufnehmen brsd.nord@mailbox.org oder Tel.: 05 11/34 08 92 53.

Stimmen zur Jahrestagung

Elmar: „Leider fand ich die Zeit am Freitagabend für die Diskussion des Referats von Bischof i.R. Schindehütte etwas zu kurz und abrupt zu Ende. Gerne wäre man vielleicht noch mehr eingegangen auf das derzeit existierende Leitbild der EKD vom „gerechten Frieden“ aus der EKD-Friedensdenkschrift von 2007. Denn noch immer lässt dieses Platz für „rechtserhaltende militärische Gewalt“, was dem Militär Hintertüren offen und es gerechtfertigt erscheinen lässt. Das neue aktuelle Papier in der Evangelischen Kirche in Baden „Sicherheit neu denken“ – Szenario 2040* blieb leider ganz außen vor.“

Das Referat am Samstagnachmittag von Eva Schreiber, MdB-Die Linke, hatte das Thema „Aktuelle Kriege und globalisierter Kapitalismus“. Die Referentin hat Gründe für Krieg aufgezählt: Sicherung von Rohstoffen, Marktöffnung und Privatisierung, Dienstleistung, Wirtschaftszweig, regelmäßige Finanzkrisen und Konflikte, Klimawandel, ökologische Grenzen, Wirtschaftskrieg gegen den globalen Süden.

Bleibt nur noch die Frage: Wie entsteht eins aus dem anderen mit der Folge: Krieg? Kann man noch mehr sagen als die Referentin?: Der Zu-

sammenhang für permanente Friedlosigkeit liegt also im globalen Kapitalismus. Den Teilnehmenden war dieser Zusammenhang nicht neu. Deshalb gab es nach dem Beifall keine Diskussion.

Der Workshop am Nachmittag zu Aspekten unseres Bundes bot gute Ansätze für ein breiteres, intensiveres Gespräch untereinander. Bitte künftig mehr davon!“

Beste Grüße, Elmar

* Beschluss der badischen Landessynode vom 24. Oktober 2013:

„Gleich dem nationalen Ausstiegsgesetz aus der nuklearen Energiegewinnung, gilt es – möglicherweise in Abstimmung mit anderen EU-Mitgliedsstaaten – ein Szenario zum mittelfristigen Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung zu entwerfen. Mitglieder und Mitarbeitende des EOK sowie Synodale werden gebeten, dieses Anliegen bei Begegnungen mit den in der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) zusammengesetzten Kirchen einzubringen.“

Elmar Klink, Bremen





Martina: „Seit Jahren habe ich wieder einmal an der Jahrestagung teilgenommen und freue mich, langjährige Genossen wiedergetroffen und auch neue – und eine Genossin – kennengelernt zu haben. Es gibt vieles an der Jahrestagung „Frieden – Streit – Macht“ zu loben, einiges m. E. auch in Zukunft anders zu gestalten. Nur drei Aspekte greife ich heraus: 1) Vorstand und Engagierte haben neue Arbeitsmethoden (Bibliolog als Bibelarbeit, Visualisierung der BRSD-Aktivitäten an Tafeln, Gruppenarbeit in Form des Weltcafés) in die Tagung eingebracht. Es könnte ertragreich sein, Derartiges weiter miteinander einzuüben. 2) Bei der MV wurden wichtige, strittige Themen und Dinge meiner Wahrnehmung

nach in angemessener Weise ausgesprochen und dadurch ins Bewusstsein gehoben. Ich bin überzeugt, dass Derartiges für die Wahrhaftigkeit des Religiösen Sozialismus und unsere Beziehungsgestaltung und Arbeitsfähigkeit nötig ist. Ich wünsche mir, auch das weiter mit euch einzuüben. 3) Der sonntägliche Gottesdienst der Gemeinde, bei der wir Räume nutzten, wurde ausdrücklich mit und unter inhaltlicher Beteiligung von uns Religiösen Sozialist/inn/en gefeiert. Das empfand ich als Höhepunkt der Tagung. In dem Zusammenhang danke ich meiner Freundin Daria, die uns mit der Gemeinde in Kontakt gebracht hat.“

Dr. Martina Ludwig, Erfurt

Der neue Vorstand des BRSD

Mein Name ist *Sabine Herr*, ich bin 44 Jahre alt und in Riesa an der Elbe geboren. Dort habe ich auch meine Schulzeit verbracht und im Sommer 1993 mit Abitur am Gymnasium mit Math.-Naturwiss.-Technischer Richtung abgeschlossen. Soll heißen, Rechnen kann ich. Als gelernte Hotelfachfrau arbeite ich in einem Restaurant nördlich von Ingolstadt. Zum religiösen Sozialismus bin ich durch *Andreas* gekommen. Mir ist der

Grundgedanke des Sozialismus wichtig und in der religiösen Ausrichtung wertvoll.

Ich freue mich, dass Ihr mir das Vertrauen schenkt, als Bundeskassenführerin in Zukunft im Verein mitzuarbeiten. Ich verspreche, dies nach bestem Wissen und Gewissen zu tun.

Ich, *Andreas Herr*, bin nun schon eine Weile im Vorstand. Zunächst habe ich die Organisation der Kirchen- und in diesem Jahr erstmals auch der Katholikentage übernom-

men. Organisation ist neben der Musik eines meiner Leidenschaften. Daher habe ich nun auch im Verein die Aufgabe des „Bundessekretärs“ übernommen, bzw. wurde von der Mitgliederversammlung dazu gewählt. Danke für Euer Vertrauen!

Wir sind nun für Euch alle die „interne“ Anlaufstelle im Verein. Unsere Adresse soll nun auch die Vereinsadresse sein. Das wird allerdings nicht bedeuten, dass wir den Verein alleine führen. Das wollen wir auf gar keinen Fall, denn das wäre ein Zustand, der dem Verein nicht gut tun würde. Wir wollen also im Team mit den anderen drei Vorständen dem Verein in die richtige Richtung bringen. Das wird viel Arbeit sein und geht niemals ohne die Hilfe weiterer Mitglieder im Bund.

Eines unserer Steckenpferde bei den RESOS ist die Stärkung regionaler Gruppen. Hier wollen wir jeden unterstützen, der hier tätig sein will. Wir haben in den letzten beiden Jahren das Süd-Treffen in Nürnberg aufgebaut und freuen uns auf den 17. November.

Wir sehen es als positiv an, dass die Organisation des BRSD nun auf kurzem Wege kommunizieren kann und freuen uns auf die nächsten zwei Jahre. Daher: Ein Ehepaar im Vorstand: Das ist gut!

Jürgen Gorenflo, geboren 1964 als Gärtnersohn in Karlsruhe, bin ich seit langem in Hamburg verankert. Neben einem Studium der ev. Theologie habe ich als Dipl. Betriebswirt abgeschlossen und beschäftige mich in dieser Kombination viel mit Wirtschaftsethik. Unter anderem versuche ich herauszufinden, wo und auf welche Weise sich Ethik in der Wirtschaft versteckt und welche Rolle dabei der Neoliberalismus spielt. 2009: Mitgründung eines Vereins für europäisch-arabische Zusammenarbeit, der mehr im wirtschaftlichen Sektor arbeitet. Zurzeit arbeite ich in der größten Tagespflege-Einrichtung in Deutschland.

Adresse: Forstweg 55, 22850 Norderstedt; Tel. 01 72/9 17 49 46, jgorenflo@web.de.

Thomas Kegel, Jg. 1959, Angestellter (Organisationsentwickler und -berater), Mitglied Gewerkschaft Verdi und in der Initiative „Kirche für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ in der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers (IKDR), ehrenamtlich engagiert in der kirchlichen Männerarbeit

Gerhard Emil Fuchs-Kittowski. Am 27. August, 1963 kam ich nördlich von Berlin, in der Schorfheide, in Groß-Schönebeck auf die Welt. Nach Abitur und zwangsmässig abgebro-





chenen Medizinstudium (wegen „bürgerlich-rudimentärer Anschauungen“) arbeitete ich beim Radio und Fernsehen, in einem Energie-Anlagenbau und (nach familiärer Tradition handwerklich) bei einem Schuster. Nach der Wende studierte ich Geschichte und kam schnell von der Theorie in die Praxis, als ich aufgefordert wurde, mich um die „restitution claims“ und „compensation rights“ für die Opfer des Nationalsozialismus und des Holocaust einzusetzen. Zunächst arbeitete ich in diesem Bereich für verschiedene Organisationen, wie der „TAKAM“, der Dachorganisation der Kibbuzim, sowie für diverse Rechtsanwaltskanzleien und bis heute noch für einzelne private Interessen

und Familien. Neben den oben beschriebenen Tätigkeiten arbeite ich heute Bereich des Technologie-Tranfers in Israel, in Palästina sowie in und für andere Länder im Nahen- und Mittleren Osten oder Afrikas (wie z.B.: Marocco, Kamerun).

Zum BRSD bin ich natürlich auch wegen meines bekannten Großvaters Emil Fuchs gekommen. So sind wir nun in der Familie in 4. Generation bei den religiösen Sozialisten, und ich freue mich, mein Wissen in den Vorstand einbringen zu können.

Ich habe 4 Kinder. Greta, 11 Jahre, Georg, 5 Jahre und Gerda 1,5 Jahre sowie den Sohn meiner Partnerin Carl, 15 Jahre, der mir wie ein eigenes gilt.

Glückwünsche für Prof. Friedrich-Wilhelm Bargheer zum 80. Geburtstag

Lieber Friedrich-Wilhelm! Noch zu Deinem 80. Geburtstag gratulieren wir Dir recht herzlich.

Wir danken herzlich für 13 Jahr treue Begleitung unserer Zeitschrift im Redaktions-Beirat CuS. Eine ganze Reihe von wichtigen Büchern hast Du uns in Deinen Rezensionen nahe gebracht. Und mit Spannung und Vergnügen lese ich Dein Manuskript „Wir haben doch noch die halbe Ukraine“ – Und andere Geschichten aus dem Leben eines Katego-

rischen Imperfekts“. Schön, dass Du uns und andere teilhaben lässt an Deinem Leben und vielen neuen Vorschlägen: <http://www.ncw24.de/bargheer/index.html>.

„Kirche muss Spaß machen“, sagst Du. Der liebe Gott erhalte Dir Deinen Humor! Viel Freude wünschen wir Dir im Kreis Deiner Familie und Freund(inn)en.

In multos annos! RG

Bilder und Fotos

Inge Lore Gaede	1
Gottfried Orth	9
Marco Hofheinz	23
Jens Riechmann	23
Wikipedia	28, 46
Elmar Klink	31
Religiös-Sozialistische Vereinigung der Deutschschweiz ..	33
Matthias Hui	34
Eva-Maria Schreiber	54
Martin Schindehütte	60
Winfrid Eisenberg	61
Dieter Begemann	64
Barbara Rauchwarter	67
RPE-Verlag	76
Thomas Kegel	78–81
Andreas & Sabine Herr	82
Jürgen Gorenflo	83
Thomas Kegel	83
Gerhard Emil Fuchs-Kittowski	84
Friedrich-Wilhelm Bargheer	84

Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Friedrich-Wilhelm Bargheer
Hinter dem Böhmerhof 1
32825 Blomberg

Dieter Begemann
Sachsenstraße 4a
32052 Herford

Dr. Winfrid Eisenberg
Wellbrocker Weg 61
32051 Herford

Wilfried Gaum
St.-Georg-Str. 26
30890 Barsinghausen

**Prof. Dr. Marco Hofheinz/
Dr. Jens Riechmann**
Leibniz Universität
Hannover
Appelstraße 11A
30167 Hannover

Matthias Hui
puncto Pressebüro
Optingenstrasse 54
CH-3013 Bern

Andreas & Sabine Herr
Effnerstr. 26
85049 Ingolstadt

Thomas Kegel
Oeltzenstr. 16
30169 Hannover

Elmar Klink
Thielenstr. 13/15
28215 Bremen

Prof. Dr. Gottfried Orth
Technische Universität
Braunschweig
Bienroder Weg 97
38106 Braunschweig

Barbara Rauchwarter
Brühler Strasse 16/4
A-2340 Mödling

Martin Schindehütte
Gräfe Str. 9
34121 Kassel

Eva-Maria Schreiber
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Dr. Siegfried Wendt
Albert Str. 1
67655 Kaiserslautern

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, auch mit Bildern.** (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Wir danken unseren Autor(inn)en für ihre ehrenamtliche Mitarbeit. Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für Leser(innen)briefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Artikel: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmefällen Zeit für das Eingeben von Manuskripten. Wir bitten, uns Texte und Bilder folgendermaßen zuzusenden:

- **Texte** in einem der PC-/Mac-üblichen Formate (RTF, TXT oder DOC) auf CD oder per E-Mail.
- **Bilder** bitte digital als JPG-, TIFF-, EPS- oder PDF-Format mit mindestens 300 dpi Auflösung. Keine Internetbilder (!), da sie nicht den Anforderungen des Offsetdrucks entsprechen. Im Notfall als scannfähiges Foto per Post.
Adresse: cus@brsd.de oder reinhard-gaede@gmx.de, bzw. Reinhard Gaede, Wiesestr. 65, 32052 Herford.

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V./www.BRSD.de

Erscheint seit 1948 (vorher gab es bis zur Unterdrückung durch den Hitler-Faschismus: Das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1924–1933, das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten 1929–1930 und die Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1929–1933).

Helmut Gollwitzer: Warum bin ich als Christ Sozialist? Warum wird ein Mensch Sozialist?

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist, oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionären Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, Ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, dass gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille. (Auszug aus: Warum bin ich als Christ Sozialist?, CuS 1/1980)

Abonnements:

Per Post:
Andreas & Sabine Herr, Effnerstr. 26,
85049 Ingolstadt

Per Telephon:
08 41/9 00 42 65

Per E-Mail:
brsd-sued@gmx.de

Bezugspreise (inkl. Versand):

Inland € 20,- pro Jahr · Ausland € 30,-, pro Jahr
Förderabonnement € 25,- oder mehr. Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V.

KD-Bank · IBAN DE15 3506 0190 2119 4570 10
BIC GENODED1DKD

Kündigungen werden zum Jahresende wirksam